

Erste Hessische Integrationskonferenz
am 14. September 2009 im Hessischen Landtag

Dokumentation



Vielfalt in Hessen
leben und gestalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

„Vielfalt leben und gestalten“ – das war Motto der ersten Hessischen Integrationskonferenz. Dies ist und bleibt für uns Aufgabe und Ziel zugleich. Die Hessische Landesregierung möchte mit Entschlossenheit und großem



Engagement eine erfolgreiche Integrationspolitik gestalten, die der hohen gesellschaftspolitischen Bedeutung der Thematik gerecht wird. Alle Ressorts ziehen hierbei an einem Strang – das Integrationsministerium sichert die notwendige Koordinierung.

Unser Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, wird nur mit einer

gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zu realisieren sein. Es erfordert den Mut, neue Wege zu gehen und die Gestaltungskraft aller zu verbinden.

Deshalb haben wir Sie eingeladen, Ihre Kompetenz und Kreativität in diesen gemeinsamen Prozess mit einzubringen.

Herzlich danke ich den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der ersten Hessischen Integrationskonferenz, die mit der Hessischen Landesregierung in einen direkten und wichtigen Dialog über die erfolgreichsten Konzepte nachhaltiger Integrationspolitik eingetreten sind, um daraus gemeinsame Strategien für die Zukunft zu entwickeln!

Ihr

Jörg-Uwe Hahn

Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa
Stellvertretender Ministerpräsident

Inhalt

1	Vorwort.....	2
2	Programm – Hessische Integrationskonferenz.....	4
2.1	Begrüßung	5
2.1.1	Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags.....	5
2.2	Eröffnungsrede.....	7
2.2.1	Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa, Stellvertretender Ministerpräsident	7
2.3	Themenschwerpunkt „Bildung – der Schlüssel zur Integration!“	14
2.3.1	Einführung und Moderation: Andreas Horchler, Hessischer Rundfunk.....	14
2.3.2	Dorothea Henzler, Hessische Kultusministerin	16
2.3.3	Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft.....	19
2.3.4	Franco Marincola, Geschäftsführer CGIL-Bildungswerk.....	23
2.4	Diskussion	28
2.4.1	Impulsbeitrag Volker Bouffier, Hessischer Minister des Innern und für Sport ...	33
2.5	Themenschwerpunkt „Wirtschaft und Arbeit – dynamische Integrationsimpulse!“	47
2.5.1	Einführung und Moderation: Andreas Horchler, Hessischer Rundfunk.....	47
2.5.2	Jürgen Banzer, Hessischer Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit.....	49
2.5.3	Dieter Posch, Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.....	53
2.5.4	Wolfgang Forell, Bundesagentur für Arbeit, Vorsitzender der Geschäftsführung Regionaldirektion Hessen	57
2.5.5	Arif Arslaner, Geschäftsführer KUBI e.V.	60
2.6	Diskussion	64
2.7	Abschlussrede	83
2.7.1	Roland Koch, Hessischer Ministerpräsident	83
2.8	Schlusswort.....	89
2.8.1	Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa....	89
3	Pressemitteilungen und Pressestimmen	90
3.1	Pressemitteilungen des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa	90
3.2	Pressestimmen der Fraktionen im Hessischen Landtag	94
3.3	Allgemeine Pressestimme	95
4	Kleine Fotodokumentation	96
5	Liste der geladenen Gäste	98
6	Impressum	104

Programm

2 Programm – Hessische Integrationskonferenz

Montag, 14. September 2009, 10.00 bis 16.00 Uhr
Plenarsaal des Hessischen Landtags Wiesbaden, Eingang Grabenstraße

Moderation: **Andreas Horchler**, Hessischer Rundfunk

9.30 Uhr Einlass

10.00 – 10.45 Uhr Begrüßung:
Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags

Eröffnungsrede:
Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa, Stellvertretender Ministerpräsident

10.45 – 12.30 Uhr **Bildung – der Schlüssel zur Integration!**
Dorothea Henzler, Hessische Kultusministerin

Dr. Roland Kaeblbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft

Franco Marincola, Geschäftsführer CGIL-Bildungswerk

Anschließend Diskussion und

Impulsbeitrag
Volker Bouffier, Hessischer Minister des Innern und für Sport

12.30 – 13.30 Uhr Mittagsimbiss

13.30 – 15.30 Uhr **Wirtschaft und Arbeit – dynamische Integrationsimpulse!**

Jürgen Banzer, Hessischer Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit

Dieter Posch, Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Wolfgang Forell, Bundesagentur für Arbeit, Vorsitzender der Geschäftsführung Regionaldirektion Hessen

Arif Arslaner, Geschäftsführer KUBI e. V.

Anschließend Diskussion

15.30 – 16.00 Uhr **Abschlussrede:**
Roland Koch, Hessischer Ministerpräsident

Begrüßung

2.1 Begrüßung

2.1.1 Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags

Sehr geehrter Herr Stellvertretender Ministerpräsident, Herr Staatsminister Hahn, sehr geehrter Herr Innenminister Bouffier, meine Damen und Herren Mitglieder der Landesregierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Hessischen Landtag, Exzellenzen und Eminenzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste.

Ich begrüße Sie herzlich im Hessischen Landtag zur ersten Hessischen Integrationskonferenz. In diesem Saal sollen nicht nur Landtagssitzungen stattfinden, sondern wir wollen auch immer wieder verschiedenen Institutionen die Gelegenheit geben, hier ihre Tagungen abzuhalten. Es ist ein Raum des Gesprächs, es ist ein Raum von harten Debatten, es ist ein Raum von Diskussionen über Ziele für unser Land, für rund 6,1 Millionen Menschen, also das verfassungsmäßige Zentrum einer parlamentarischen Demokratie.

Kein Raum wäre besser geeignet, eine Integrationskonferenz durchzuführen, weil wir an dieser Stelle immer wieder diese Fragestellung erörtern. Integration, meine Damen und Herren, ist ein bedeutendes, ein spannendes, ein schwieriges, aber ich glaube auch ein lösbares Problem unserer Zeit. Und nicht nur unserer Zeit. Wenn Menschen auf dieser Erde zusammenleben, findet Integration statt, oder sie stellt ein Problem dar, tagtäglich und irgendwo auf dieser Welt. Wir haben in Deutschland eine lange Geschichte mit Integrationsvorgängen. Sie können die deutsche Geschichte durchblättern und werden immer wieder darauf stoßen.

In unserer Bundesrepublik Deutschland hatten wir schon vor der eigentlichen Gründung der Bundesrepublik Deutschland in den schon existierenden Ländern Integrationsprobleme zu lösen. Die Heimatvertriebenen haben hier Platz und eine neue Heimat gefunden, nachdem sie vertrieben worden waren. Es kamen dann erste Bürgerinnen und Bürger aus anderen europäischen Ländern, bis zum heutigen Tage aus allen Ländern der Welt, und immer wieder ging es um Integration. Mal ist es einfach, mal ist es schwierig. In den letzten Jahren ist es sicherlich schwieriger geworden. Das ist mit ein Grund, dass Sie heute darüber diskutieren. Auch wir, die Politiker, suchen immer wieder nach Lösungen, über die Parteigrenzen hinweg, oftmals mit unterschiedlichen Richtungen und Ansätzen, die die Integration in vernünftige Bahnen lenken sollen.

Doch Integration, meine Damen und Herren, – das ist eine Binsenweisheit – ist nicht zu machen ohne all diejenigen, die heute nicht hier im Saal sind: unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie, meine Damen und Herren, bringen, wenn ich die Liste der Anmeldungen sehe, aus den verschiedenen Ebenen eine breite Erfahrung in diesem Bereich mit. Wir alle können daher gespannt sein auf die Vorträge der Mitglieder der Landesregierung und der Referenten, die nachher von Herrn Horchler vom Hessischen Rundfunk vorgestellt werden. Ich wünsche mir, dass wir heute Abend sehen, dass es Sinn macht, die avisierte zweite Konferenz im Frühjahr durchzuführen. Ich wünsche mir, dass wir wieder sehr viel voneinander lernen beziehungsweise auch neue Wege beschreiten können.

Deshalb bedanke ich mich, dass Sie hierher gekommen sind, dass die Regierung für ihre Veranstaltung den Plenarsaal auserwählt hat und dass wir mit Sicherheit auch in diesen



Begrüßung

Tagen mit dieser Konferenz Aufmerksamkeit erzeugen werden. Es gibt ein wichtiges Element für Diskussionen über die Probleme, die man zu lösen sich vornimmt, nämlich dass viele es mitbekommen und dass letztlich sich viele an den Lösungen beteiligen.

In diesem Sinne wünsche ich dem heutigen Tag einen guten Verlauf. Das ist eine klassische Floskel, doch für diese Konferenz bedeutet es, dass es wirklich eine Öffnung des Themas gibt, dass man sich eben nicht nur darüber austauscht, wer bessere oder schlechtere Integrationspolitik gestaltet, sondern dass Zielsetzungen formuliert werden, die weiterführen. Wir sind ja nicht am Anfang eines Prozesses, wir sind in einem fortlaufenden Prozess. Nochmals herzlich Willkommen im Hessischen Landtag. Es wird nun der Stellvertretende Ministerpräsident, Herr Staatsminister Jörg-Uwe Hahn, beginnen, der das Integrationsministerium des Landes Hessen leitet, welches ja seit Beginn dieser Legislaturperiode auch in der Begrifflichkeit erstmalig in Hessen eingerichtet worden ist. Herzlich Willkommen, Herr Staatsminister Hahn, Sie haben das Wort. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Eröffnungsrede

2.2 Eröffnungsrede

2.2.1 Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa, Stellvertretender Ministerpräsident

Herr Präsident, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte Sie heute ganz herzlich zu der ersten Hessischen Integrationskonferenz begrüßen. Ich freue mich, dass Sie der Einladung der Hessischen Landesregierung gefolgt sind und dass Sie damit Ihr Interesse an dem Thema „Gestaltung von Integration in Hessen“ deutlich gemacht haben.

Wie Sie wissen, habe ich zu dieser Konferenz ausgewiesene Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, wie z. B. Wirtschaft, Kultur, Sport, Migrantenorganisationen, Sozialpartnern und Stiftungen eingeladen, um mit Ihnen als Experten über die Perspektiven unseres Handelns zu diskutieren. Da Sie durch Ihre Arbeit und Ihr persönliches Engagement intensiv mit dem Thema befasst sind, erhoffen wir uns von Ihnen wichtige Anregungen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den letzten Jahren ist sehr intensiv und ich finde auch sehr konstruktiv über die richtigen Wege für eine erfolgreiche Integrationspolitik diskutiert worden. Der Nationale Integrationsgipfel war dafür ein wichtiges Signal. Deshalb ist diese Konferenz auch nicht dazu da, Ihnen tief greifende Erkenntnisse über die Notwendigkeiten einer Integrationspolitik zu erklären. Sie sind alle Expertinnen und Experten Ihres Faches. Nein, wichtig war mir heute etwas anderes. Schauen Sie sich doch einfach mal um! Hier im Hessischen Landtag sitzen heute Persönlichkeiten, die sonst so nicht zusammenkommen. Nicht weil sie es nicht wollen, sondern weil Rahmenbedingungen bestehen, die oftmals nicht die Gelegenheit dazu eröffnen. Wir alle sind heute hier, um die Grenzen unseres eigenen Handelns zu überschreiten und mit Ihnen als Fachleute über die Perspektiven einer erfolgreichen, einer noch erfolgreicherer Integrationspolitik zu sprechen.

Von mir kann ich sagen, dass ich heute intensiv zuhören und die Chance ergreifen möchte, von Ihren konkreten Erfahrungen und Ihrem Wissen zu lernen. Ich möchte mich mit Ihnen austauschen, und wie man es jetzt ja neudeutsch sagt, Networking betreiben. In Hessen hat es eine Veranstaltung dieser Art noch nicht gegeben und ich bin froh, heute derjenige zu sein, der hessenweit viele, ja leider nicht alle Fachleute hier begrüßen kann. Ich erhoffe mir von dieser Konferenz, dass der Kick-off für den weiteren fachlichen Austausch hier beginnt, dass wir eine offene, dass wir eine spannende Diskussion haben.

Liebe Gäste dieser Integrationskonferenz, wir sind in den letzten Jahren ungeduldig geworden. Obwohl seit der Süßmuth-Kommission im Jahre 2000, also vor fast zehn Jahren, und dem Anerkennen von „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens des Zuwanderungsgesetzes 2005 erst wenige Jahre vergangen sind, wären wir trotzdem froh, wenn schon mehr erreicht wäre. Ich empfinde diese Ungeduld beispielsweise immer, wenn ich Jugendliche treffe, die bedingt durch ihren Lebensweg weniger Chancen haben, selbstständig im Leben zurechtzukommen. Um hier Unterstützung anzubieten, wurde in Hessen eine Vielzahl von Angeboten geschaffen. Ministerin Henzler

Eröffnungsrede

und meine Kollegen Minister Banzer und Posch werden nachher einen kurzen Einblick in die hessischen Schwerpunkte ihrer Ressorts geben.

Meines Erachtens, meine sehr verehrten Damen und Herren, lässt sich die Ungeduld auch mit der Erkenntnis erklären, dass die große Vielzahl von unterschiedlichen Projekten noch nicht den nachhaltigen Integrationserfolg eröffnen, den wir uns alle in diesem Raum erhoffen.

Daher bedarf es neuer Anstrengungen, und wir als Hessische Landesregierung haben uns zur Aufgabe gemacht, neue Impulse zu setzen. Neue Impulse ist vielleicht etwas zurückhaltend formuliert. Lassen Sie es mich etwas provokativer formulieren: Wir wollen langfristig unsere Gesellschaft weiterentwickeln, denn wir wissen, dass die Frage nach der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kein Randgruppenthema mehr ist, sondern die gesamtgesellschaftliche Herausforderung, der wir uns alle – und die Landesregierung im Besonderen – stellen wollen.

Wir werden in den nächsten Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit einem positiven Integrationsverständnis operieren. Für uns ist es eine Bereicherung, in einer Gesellschaft zu leben, die durch ihre Vielfalt besticht. Weltoffenheit und viele unterschiedliche kulturelle Einflüsse lassen uns lebendig bleiben und stoßen gesellschaftliche Weiterentwicklungen ja geradezu an. Dies zeigt auch der Blick in die Geschichte unseres Hessenlandes, die immer besonders geprägt war von Zuwanderung.



Deshalb hat die Hessische Landesregierung – der Landtagspräsident hat bereits darauf hingewiesen – die Integrationspolitik ins Zentrum der politischen Agenda gerückt, sie hat ein Integrationsministerium eingerichtet und mich als den stellvertretenden Ministerpräsidenten mit dieser Aufgabe betraut.

Ergänzt wird diese Schwerpunktsetzung auch auf der Ebene des Hessischen Landtages. So haben alle Fraktionen gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode ihren Willen zum Ausdruck gebracht, eine Enquête-Kommission Integration einzurichten.

Die Hessische Landesregierung hat für das, was wir in den nächsten Jahren vorhaben, einen strategischen Beschluss der Zusammenarbeit aller Ressorts in allen Fragen der Integrationspolitik gefasst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch aus statistischem Blickwinkel heraus möchte ich noch einmal begründen, warum wir diesen Schwerpunkt setzen: Jeder achte Mensch in Hessen hat einen nichtdeutschen Pass. Jeder vierte hat einen Migrationshintergrund. Und ebendies gilt für fast jedes zweite Kind unter sechs Jahren. In Frankfurt, ich begrüße die Integrationsdezernentin an dieser Stelle ganz ausdrücklich, in Frankfurt ist es bei zwei Dritteln der Kinder unter sechs Jahren der Fall. Wer da vom Randgruppenthema spricht, der hat die Koordinaten ganz offensichtlich verloren. Hessen liegt damit in der Spitzengruppe der Flächenländer. Und wir haben uns deshalb nicht nur aus menschlichen Gesichtspunkten heraus – natürlich insbesondere aus diesen –, sondern auch aus statistischen, organisatorischen und demografischen Gründen heraus als Land Hessen, als Landesregierung, mit diesem Thema zu befassen.

Meine lieben Gäste dieser Konferenz, denken wir einmal zurück, welchen Weg die hessische Integrationspolitik in den letzten zehn Jahren von 1999 bis 2009 gegangen ist. Mit dem Regierungsprogramm 1999 hat die damalige Hessische Landesregierung die Weichen für eine neue Integrationspolitik gestellt. Die damit eingeleiteten Maßnahmen haben nicht nur die Integrationspolitik in Hessen neu begründet, sondern inzwischen bundesweit zu einem Paradigmenwechsel geführt. „Frühe Sprachförderung“, „Integrationsbeiräte“, „Integration als wechselseitiger Prozess“, „Integration als Querschnittsaufgabe“, „Integration in der Kommune“ sind nur einige der zu dieser damaligen Zeit noch heftig umstrittenen Stichworte, die heute zum bundesweiten Allgemeingut zählen.

Auch der Nationale Integrationsplan folgt diesen Weichenstellungen. Er ist sogar anhand der hessischen Erfahrungen und in Hessen von Herrn Dr. Kindermann und anderen erfunden und ausgearbeitet worden. Die bisher initiierten Maßnahmen sind wirkungsvoll, das ist inzwischen bundesweit anerkannt, das wird in Studien bestätigt. Die Ihnen bekannte Studie des Berlin-Instituts bescheinigt uns gar Platz 1 in der Bundesrepublik. Aber das darf uns nicht reichen. Bei aller Wertschätzung für die Arbeit im letzten Jahrzehnt: Wenn ich mir die Daten insgesamt anschau, dann gibt es in diesem Feld keinen besten Platz, sondern nur einen am wenigsten schlechten. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir auch in den Köpfen der Menschen, der Politiker, bei Ihnen und den Repräsentanten der Gesellschaft verankern.

Liebe Gäste, was wollen wir erreichen? Wo stehen wir? Was heißt das eigentlich: „Integration“? Die Wissenschaft untergliedert diesen Begriff. Sie spricht von struktureller, von kultureller, von sozialer und am Schluss des Prozesses von identikativer Integration. Man geht davon aus, dass Integration im strukturellen Bereich beginnt und sich mit der Identifikation vollendet. Wenn wir also gemeinsam erfolgreich sein wollen, dann müssen wir anstreben, dass die Integration in allen diesen Bereichen auch gelingt. Sehen wir uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, einmal den ersten Bereich an, da, wo alles beginnt: die strukturelle Integration. Sie ist verwirklicht, wenn es in den wesentlichen Strukturdaten des Arbeitsmarktes, der Wirtschaft, der Bildung, der gesellschaftlichen Partizipation etc. keine relevanten Unterschiede mehr gibt. Und wie sieht die Wirklichkeit aus? Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen dramatisch höher sind als bei Einheimischen.

Eröffnungsrede

Zweitens, dass die Arbeitsmarktbeteiligung beispielsweise türkischer Frauen sehr niedrig ist.

Drittens, dass es hier viele Eltern gibt, die ihren Kindern nur unzureichend Unterstützung auf ihrem Bildungsweg geben können.

Viertens, dass die Schulabschlüsse dieser Kinder dramatisch niedriger sind als die der einheimischen Kinder und **fünftens**, dass deren in der Folge niedriges Qualifikationsprofil äußerst ungünstige Perspektiven für künftige Erwerbschancen bietet.

Diese fünf Punkte machen deutlich: Wir haben nicht die gleichen Chancen am Start, und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir ändern.

Dass diese Ergebnisse vor allem eine Folge der spezifischen Zuwanderung bildungsferner Schichten in die alte Bundesrepublik Deutschland ist, zeigt der Vergleich mit den deutlich besseren Bildungsdaten junger Menschen mit Migrationshintergrund in den neuen Bundesländern, und da bin ich schon für eine ungeschminkte Analyse.

Die nähere Analyse auch des neuen Bundesbildungsberichts zeigt, dass sich die Bildungssituation zum einen bei verschiedenen Nationalitätengruppen sehr unterschiedlich darstellt, zum anderen aber auch natürlich eine Abhängigkeit zum sozioökonomischen Hintergrund der Eltern besteht.



Vereinfacht ausgedrückt: Je besser der sozioökonomische Hintergrund, desto besser der Bildungserfolg. Aber anders herum: Armut und geringe Bildung der Eltern allein erklären nicht alles. Auch arme und wenig gebildete Eltern können für die Bildung ihrer Kinder kämpfen. Beispielsweise haben auch Kinder von armen und wenig gebildeten Vietnamesen im statistischen Mittel einen deutlich besseren Bildungserfolg als Kinder von armen und wenig gebildeten Türken. Wiederum anders: Viele heute erfolgreiche Menschen türkischer Herkunft hatten arme und bildungsferne Eltern. Was lehrt uns das? Genau hinsehen, differenzieren und dann klug handeln.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie viel Arbeit allein bei dem Aspekt „strukturelle Integration“ vor uns liegt.

Und dann kommen noch die Wertefragen bis hin zur Religion, die intensive Herausforderungen an uns stellen. Wenn wir uns alles dies vergegenwärtigen, dann wird deutlich: Integrationspolitik betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche.

Als ich kürzlich einem Freund geschildert habe, was hier zu tun ist, ich bitte, meine Fußballpräferenz zu entschuldigen, meinte er: „Logisch, dass einen Eintracht-Fan wie dich diese Herausforderung reizt. Das ist kein Tennis, das ist kein Schach. Das ist die Organisa-

tion eines Teamspiels.“ Und wie bei der Eintracht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Situation so schwierig, dass sie nur mit gutem Teamgeist bewältigt werden kann. Sie werden verstehen, das ist ein Zitat aus der letzten Spielperiode der Eintracht und nicht aus dieser.

Was will ich damit sagen? Wir müssen eine Analyse vornehmen, die vorurteilsfrei ist. Diagnose, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist niemals diskriminierend. Und wir müssen dann, wenn wir die Daten aufbereitet haben, noch viel mehr in Teilsegmente hineingehen und entsprechende Lösungsvorschläge finden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es darf keine Programmeritis in Hessen mehr geben, sondern wir müssen schauen, dass wir die Programme aufeinander abstimmen. Und eines der Ziele der Integrationskonferenz des heutigen Tages ist hoffentlich, dass wir dieses Problem nicht nur erkennen, sondern dass wir es dann miteinander in der Zukunft auch lösen. Wir müssen gemeinsam mit den Kommunen und z. B. auch mit Stiftungen Hand in Hand arbeiten.

Und in der Tat, meine sehr verehrten Damen und Herren, jede Ministerin und jeder Minister dieser Landesregierung betreibt bereits engagierte Integrationspolitik.

Jürgen Banzers Arbeitsmarktpolitik, seine Kindergarten-, Jugend- und seine Familienpolitik sind Integrationspolitik. Dorothea Henzlers Schulpolitik ist genauso Integrationspolitik wie Dieter Poschs Wirtschaftspolitik. Eva Kühne-Hörmann in der Hochschulpolitik macht bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen praktische Integrationspolitik. Und natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage es zum Schluss, weil ich es etwas herausheben will, ist die Arbeit von Volker Bouffier nicht nur als Innenminister, sondern auch als Sportminister, Integrationspolitik.

Vernünftige Integrationspolitik ist dann fruchtbar, wenn wir alle fünf gemeinsam an einem Strang ziehen. Und deshalb wurde in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, dass wir eine Integrationspolitik aus einem Guss machen wollen. Wir möchten, dass die Arbeit der Koordinierung, die Erarbeitung der Ziele und auch die Kommunikation das Integrationsministerium durchführt. Natürlich an der Spitze Herr Staatssekretär Dr. Kriszeleit und der zuständige Abteilungsleiter Herr Dr. Kindermann.

Aber, wie bereits gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchten wir nicht nur in diesem Hause Integrationspolitik machen. Denn das können wir alleine gar nicht. Sondern wir brauchen dazu die Unterstützung, die Ideen und das Engagement, insbesondere in den Häusern, die ich gerade beschrieben habe. Nur, brauchen wir darüber hinaus auch noch verstärkt das Engagement der Kommunen und deshalb, meine sehr verehrten kommunalen Vertreterinnen und Vertreter, bin ich sehr dankbar, dass Sie heute in so großer Zahl unserer Einladung gefolgt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt nur ein paar unserer großen Projekte benennen: Modellregionen Integration. Die Bewerbungen, 17 an der Zahl, sind eingegangen. Wir werden nun in einem transparenten Prozess fünf bis sechs Regionen herausuchen.

Sie wissen, dass es Gespräche zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes gegeben hat. Ich weise darauf hin, dass ich sehr erfreut darüber bin, dass es Gruppierungen, Vereine, Verbände, Organisationen aus dem Bereich der muslimischen Religion gibt, die sagen, wir wollen jetzt den Marathonlauf beginnen, um eine Religionsgemeinschaft zu werden, sodass die Regeln unseres Grundgesetzes Artikel 7 Absatz 3 eingehalten werden. Es ist deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Irrtum, wenn man nun meint, in großen Kreisen über dieses Thema diskutieren zu müssen, weil große Kreise keine Entscheidungen treffen können.

Islamischer Religionsunterricht, so wie ihn die Landesregierung machen will, ist eine Entscheidung von muslimischen Religionsgemeinschaften, ein Anerkennungsverfahren zu durchlaufen, wie es die alevitische Religionsgemeinschaft nunmehr fast abschließend geschafft hat.

Und wir wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Integrationsmonitoring einführen. Ich glaube, die Zeit ist reif, nicht immer das zu tun, was man meint, was gut ist. Man muss auch den Mut haben, alles das, was man meint, was gut ist, auf den Prüfstand zu stellen. Und wieso sollte es in der Integrationspolitik anders sein als in anderen Bereichen? Manches, was gut gemeint ist, wird sich sicherlich nicht immer auch als gut gemacht entwickeln.

Ich möchte noch auf einen weiteren Schwerpunkt hinweisen: Ich glaube, dass wir ihn in den nächsten Debatten noch intensiv erörtern werden müssen. Das ist die Frage eines integrationsorientierten Wohnumfeldes. Viele Studien belegen die steigende Bedeutung des Quartiers als Integrationsraum, als wichtigen Begegnungsort, der Orientierung und eine Form von Heimat bieten kann. Die Daten, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigen uns aber auch, dass sich in hessischen Kommunen Stadtteile mit hohem Zuwanderungsanteil bei oft gleichzeitig vorliegenden städtebaulichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Problemlagen gebildet haben. Hier werden wir die Kommunen vor Ort bei der Entwicklung von neuen Konzepten und der Schaffung einer bedürfnisorientierten, integrationsfreundlichen sozialen Infrastruktur unterstützen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte mit diesen ausgewählten Beispielen dokumentieren, dass die Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung in den nächsten Jahren zwar auf Bewährtem aufbauen wird, dass sich aber die Konsequenz und die Nachhaltigkeit staatlichen Handelns unter meiner Leitung deutlich verstärken werden.

Ich werde aber auch nicht müde zu betonen: Wir alle wollen diese Anstrengungen im Team umsetzen. Denn die Erfahrung hat gezeigt: Wir alle können das nur gemeinsam.

Deshalb bin ich auch ein wenig stolz darauf, dass es uns allen mit dieser Konferenz gelungen ist, nahezu alle wichtigen Partner – wenn ich im Bild des Fußballs bleiben darf – auf dem Feld der Integration zu begrüßen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden nun die zentralen Probleme der Integration bearbeiten. Wir werden hoffentlich die dringenden Maßnahmen dazu auf den Weg bringen. Sie wissen, dass es immer wieder ausländische Migrationsforscher gibt, die Deutschland sehr treffend als ein unwilliges Einwanderungsland bezeichnen.

Es ist aber mittlerweile klar: Unsere Sichtweise hat sich geändert. Wir sind kein widerstrebendes, sich sträubendes Einwanderungsland mehr. Wir in Hessen möchten diesen Prozess mit Ihnen zusammen gestalten, bestehende Problemlagen aktiv angehen und Lösungen erarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich heute Zeit genommen haben, hier in den Hessischen Landtag zu kommen. Der Präsident hat schon darauf hingewiesen, dass der Ort der ersten Hessischen Integrationskonferenz bewusst gewählt worden ist. Da ging es nicht darum, einen günstigen Besprechungsraum zu finden, sondern, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ging darum, deutlich zu machen, dass Integration eine zentrale Aufgabe des Parlamentes, der ersten Gewalt, wie natürlich auch der Regierung, der zweiten Gewalt, ist. Integration, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist dann erfolgreich, wenn wir, wie eine Aktion eines türkischen Medienunternehmens in den letzten Wochen immer wieder deutlich gemacht hat, alle nachher sagen: „Mein Hessen“.

Ich hoffe, dass wir dieses Gefühl entwickeln können. Ich bitte darum, die Urteile, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten ein bisschen schnell gefasst worden sind, dahingehend noch einmal zu überdenken, ob sie auch wirklich richtig sind. Ich bitte darum, dass wir vorurteilsfrei an diese Arbeit herangehen. Dann können wir erfolgreich sein und dann kann auch aus Hessen heraus ein Zeichen an die anderen Bundesländer gehen: Ja, es ist richtig, Integration im Titel des Ministeriums zu führen und damit die Bedeutung des Themas zu unterstreichen. Ja, es ist richtig, dass Integrationskonferenzen nicht nur auf Bundesebene durchgeführt werden müssen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles ist letztlich nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, dass wir die Situation der Männer und Frauen, der Kinder, und zwar der Kinder mit deutschem Uropa genauso wie der Kinder mit türkischem Uropa, künftig verbessern, sodass sie gemeinsam unser Land weiterentwickeln können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!



Themenschwerpunkt

2.3 Themenschwerpunkt „Bildung – der Schlüssel zur Integration!“

2.3.1 Einführung und Moderation: Andreas Horchler, Hessischer Rundfunk

Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister Hahn, Frau Ministerin, Herr Minister, Abgeordnete, Staatssekretäre, Vertreter der gesellschaftlichen Gruppen in unserem Bundesland, der Kultur, der Wirtschaft.

Das wird heute ein spannender Tag, da bin ich mir ganz sicher. Schon im Vorfeld haben Kolleginnen sowie Kollegen und ich uns sehr für dieses Thema auf Landesebene interessiert. Hessen hat ein Integrationsministerium, hat einen Integrationsminister. Das ist eine Neuerung. Wir haben in den Ausführungen von Herrn Hahn gerade gehört, was er sich vorgenommen hat für diese neudeutsch „Kick-off-Veranstaltung“. Wenn wir sehen, wie am Ende der Ertrag aussieht, vielleicht ist es möglich, ein wenig Beton bröckeln zu sehen an diesem heutigen Tag. Denn die Überzeugung, wenn man privat mit Menschen redet, ist sehr ausgeprägt, dass Integration, Parteipolitik und Ideologie gar nicht so furchtbar viel miteinander zu tun haben. Wir werden sehen, was aus diesem Tag wird. Ich möchte den Minister zitieren mit einem einfachen, ganz kleinen Satz, den ich aber als Zielvorgabe für unseren heutigen Tag ganz klasse finde: „Besser zusammenleben als nebeneinander her!“ Wenn wir das schaffen, haben wir alles geschafft. Dann hat eine Integrationskonferenz zum Erfolg geführt, möglicherweise auch die nächste, die übernächste.

Schlüsselthema „Integration“ ganz ohne Frage, die Zahlen liegen auf dem Tisch, die Demografie spielt eine große Rolle. Herr Minister hat die Zahlen vorgelegt. Ich möchte sie nochmals ganz kurz wiederholen, denn sie sind eindrücklich. Jeder achte Mensch in Hessen hat einen nichtdeutschen Pass, jeder vierte einen Migrationshintergrund. Dramatischer wird die Situation im Süden unseres Landes und in der Stadt Frankfurt. Zwei Drittel der Kinder unter sechs Jahren haben einen solchen Hintergrund. Also Handlungsbedarf ist, glaube ich, geboten, so viel steht fest.

Eine Integrationskonferenz, die erste ihrer Art, die kann und soll natürlich vielerlei: eine Bestandsaufnahme leisten, Austausch aller Gruppen und Kräfte, eine Vereinbarung von Projekten, von dem, was man vorhat, vielleicht für eine zweite Konferenz oder kleinere Konferenzen mit entsprechenden Interessengruppen und eine Vernetzung aller Akteure in diesem spannenden und vielschichtigen



Themenbereich. Interessant finde ich, dass Herr Minister Hahn schon in seiner Eingangsrede formuliert hat: Ja, wir möchten über die Parteigrenzen hinweggehen! Und was ebenso interessant und ein relativ neuer Weg ist: Wir wollen über die Ressortgrenzen hinwegkommen!

Der Ort zeigt, es wird ernst genommen, meine Damen und Herren, und ich bin jetzt gespannt auf interessante Diskussionen. Die Spielregeln für unsere Podien werden sein: Wir haben uns zwei sehr große Themenkomplexe vorgenommen. Der erste heißt „Bildung“, der zweite heißt „Wirtschaft“ und anverwandte Themenkomplexe. Jeweils ungefähr eineinhalb Stunden Diskussion mit Impulsstatements, kurzen Referaten von je drei Teilnehmern. Wir möchten dann die Diskussion relativ schnell eröffnen. Ich würde Sie ganz herzlich bitten, wenn es nachher in die Diskussion hineingeht, möglichst keine Koreferate zu halten. Wir sind bemüht, so viel wie möglich zu sammeln, um einen großen Ertrag zu haben, den wir dann mitnehmen können in die weitere Verwertung und die weitere Besprechung. Wenn das möglich wäre, würde ich mich sehr freuen.

Es sind Fragebögen verteilt worden, meine Damen und Herren. Haben Sie alle einen bekommen? Wunderbar. Wir hatten vereinbart, dass wir diese Fragebögen gerne ungefähr bis zur Mittagspause um 12.30 Uhr schon ausgefüllt haben. Möglicherweise ergibt sich für Sie während der Diskussion die Gelegenheit, sie auszufüllen, denn wir möchten sie während dieser ersten Integrationskonferenz in Hessen auswerten und Ihnen die Ergebnisse am Nachmittag dann schon vorstellen.

Erste Diskussionsrunde: Auf dem Podium ist die Hessische Kultusministerin, Dorothea Henzler. Bildung ist unser Thema: Bildung – der Schlüssel zur Integration. Wir werden das spiegeln, einmal über die politische Seite, einmal über die Stiftungsseite und einmal über das Bildungswerk. In Kurzreferaten, die wir zunächst an den Anfang unserer Diskussion stellen. Frau Henzler, es ist klar, nachdem was Minister Hahn uns vorgetragen hat, dass bei Ihnen die Arbeit sozusagen anfängt. Es ist eine komplexe und eine hochkomplizierte Arbeit. Von Ihnen würden wir gerne eine Standortbestimmung und eine Zielbestimmung hören. Wie steht es um die Integration in unserem Bundesland, in Hessen?

Bitte, Frau Ministerin.



Themenschwerpunkt

2.3.2 Dorothea Henzler, Hessische Kultusministerin

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Bildung – der Schlüssel zur Integration, so ist dieser Abschnitt der heutigen Integrationskonferenz überschrieben. Diese Aussage ist richtig. Aber Bildung ist noch viel mehr. Bildung macht die Menschen zu starken Persönlichkeiten. Und sie ist daher die Grundlage jedes demokratischen Zusammenlebens in Frieden und Freiheit. Den negativen Beweis dafür erbringen alle undemokratischen Systeme auf der ganzen Welt. Sie schließen als Erstes bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Teilhabe an Bildung aus. Das geschah im früheren Südafrika, dort war es die sogenannte schwarze Minderheit, das passierte bei den Taliban in Afghanistan, dort war es insbesondere der weibliche Teil der Bevölkerung. Und das geschah in der deutschen Vergangenheit, hier waren es die Menschen jüdischen Glaubens. Bildung ist heute in unserem Land zum Glück ein Grundrecht für alle Menschen. Deshalb ist auch die Pflicht zum Schulbesuch und die Teilnahme an allen Fächern für alle Kinder ein wichtiges, gesetzlich verankertes Recht des Staats, der sich in diesem Fall mit gutem Grund in die Rechte der Eltern einmischt und sich über sie hinwegsetzt. Die Bildung aller in einer Gesellschaft zusammenlebenden Menschen ist also ein ungeheures gesellschaftliches Kapital. Das haben nicht nur viele Menschen in unserer eigenen deutschen Nachkriegsgeschichte erkannt, sondern heute sind sich auch Eltern und junge Menschen mit Migrationshintergrund dieser Tatsache bewusst.



Der Gedanke in den Sechzigerjahren, dass wir Gastarbeiter bei uns haben, die irgendwann wieder gehen werden, war von Anfang an falsch. Wir haben Menschen zu uns geholt, die wir nicht nur dringend brauchten und brauchen, sondern Familien, die uns zeigen, wie vielfältig und anregend das Leben durch den Einfluss unterschiedlicher Kulturen sein kann. Sie leben zum Teil bereits seit mehreren Generationen in Hessen, haben die deutsche Staatsbürgerschaft und möchten ihren Kindern endlich einen gesellschaftlichen und beruflichen Aufstieg hier bei uns ermöglichen. Das Streben dieser Menschen nach weiterführender Bildung ist also unverkennbar hoch! Triebfedern für solches Handeln sind in Vergangenheit und Gegenwart die Aussicht auf ein besseres Leben und der Wunsch nach kultureller und wirtschaftlicher Teilhabe an der Gesellschaft.

Ich hatte die Freude, in der vergangenen Woche weitere 22 Stipendiaten der START-Stiftung begrüßen zu dürfen, deren persönliche Lebensläufe mich tief berührt haben. Hier

geht es um eine Initiative der Hertie-Stiftung, die, im Verbund mit anderen Stiftungen, jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die gute schulische Leistungen und hohes soziales Engagement zeigen, finanzielle und persönliche Hilfe für ihre schulische und berufliche Laufbahn anbieten. Bei diesen jungen Menschen kann man erkennen, wie bildungshungrig, sozial engagiert und wie zuversichtlich sie sind. Viele haben es bereits geschafft, mit Fleiß, Hartnäckigkeit und dem Willen, sich nicht unterkriegen zu lassen, auch wenn die Verhältnisse schwierig sind.

Am Beginn der Integration steht die Beherrschung der Landessprache. Sie ist Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am Unterricht und damit der Schlüssel zum schulischen Erfolg. Der ist wiederum eine Grundlage für ein zufriedenes Leben in Beruf und Gesellschaft. Der sichere Umgang mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist deshalb ein Schwerpunkt unserer schulischen Integrationsarbeit. Er wird untermauert mit 1.013 Lehrerstellen, das sind in Geld umgerechnet mehr als 45 Millionen Euro. Begonnen haben wir dieses Programm der frühen Sprachschulung in Gestalt der Vorlaufkurse, in der ersten Koalition der CDU und FDP zwischen 1999 und 2003 aufgrund einer Initiative der FDP. Im gerade abgelaufenen Schuljahr 2008/2009 besuchten hessenweit 7.300 Zuwandererkinder vor ihrer Einschulung im August 2009 insgesamt 870 neunmonatige Vorlaufkurse zum Erlernen der deutschen Sprache. Damit haben nahezu 99 Prozent aller Eltern die Empfehlung der Schule zu einem freiwilligen Vorlaufkurs für ihr Kind angenommen. Das belegt eindeutig, dass die Eltern die Bedeutung eines guten Starts in der Schule erkannt haben. Und sie geben damit das Signal, dass sie wollen, dass ihre Kinder in der Schule integriert sind und dass sie sich für die Bildung ihrer Kinder einsetzen.

Seit Einführung der Vorlaufkurse in Hessen haben 42.900 Kinder aus rund 90 Nationen von diesen Maßnahmen profitiert. Doch schulische Förderung bleibt dabei nicht stehen. Insgesamt wurden im Schuljahr 2008/2009 in den allgemeinbildenden Schulen 79.250 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in rund 10.600 schulischen Angeboten gefördert. Das ist sowohl von den Angeboten als auch von der Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer her seit dem Schuljahr 1999 jeweils mehr als eine Verdreifachung. Hinzu kommt eine intensive Kooperation mit vielen Stiftungen und Bildungsvereinen, mit denen wir zusammen in einer privat-öffentlichen Partnerschaft neue Modelle für eine gelingende schulische Förderung erarbeitet haben. Wir sind gerade dabei, in einem intensiven Dialog diese Förderung auszuarbeiten.

In der Zusammenarbeit mit Universitäten liegt der Fokus auf einer adäquaten Ausbildung von Lehrkräften für die schulische Integrationsarbeit. Wichtig ist die Erkenntnis, dass der korrekte Gebrauch der deutschen Sprache durchgängig in allen Fächern geübt und praktiziert werden muss. Das gilt übrigens nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund, sondern für alle Kinder.

Leider ist das Gespräch miteinander und das mit dem Gespräch verbundene Training der Sprache in allen Familien gegenüber den Medien, die passiv zu konsumieren sind, vernachlässigt worden.

Kinder einer anderen Muttersprache bringen bereits von Geburt an eine Zweisprachigkeit mit. Dieses Potenzial gilt es einfach zu fördern. Sie sind damit bestens vorbereitet auf

eine zunehmende Globalisierung. Da die Beherrschung der Unterrichtssprache ein so wichtiger Faktor ist, können wir gar nicht früh genug mit einer entsprechenden Förderung beginnen. Daher werden wir die Vorlaufkurse in Hessen ab dem kommenden Schuljahr 2010/2011 von neun auf zwölf Monate ausweiten.

Meine Damen und Herren, die Hessische Landesregierung möchte mit der heutigen Integrationskonferenz ein Signal senden, das da heißt: Lasst uns Fremde zu Freunden machen, und das in allen Bereichen der Landespolitik! Das Kultusministerium ist dazu bereit.

Vielen Dank!

Moderation: Andreas Horchler

Vielen Dank, Frau Ministerin Henzler. Nächster auf unserer Rednerliste ist Dr. Roland Kaehlbrandt. Er ist zu uns gekommen als Vorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft. Sie kümmern sich um Bildungsbiografien, inhaltliche Impulse bei Sprach- und Leseförderung. Sie haben Ihren Vortrag heute überschrieben mit „Integration durch Bildung – fünf Gemeinschaftsaufgaben“.

Herr Dr. Kaehlbrandt, bitte.

2.3.3 Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrter Herr Stellvertretender Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Minister, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir hier in Hessen neigen ja immer ein wenig zur Skepsis. Aber es ist ein weiterer Fortschritt, dass wir nun ein eigenes Integrationsministerium haben. Dass die vielen Helfer der Integration hier in den Landtag eingeladen sind von der Landesregierung, das ist eine ermutigende Geste.

Ich habe fünf Minuten Zeit für meinen Beitrag. Diese fünf Minuten nutze ich für die knappe Beschreibung von fünf Gemeinschaftsaufgaben. Warum „Gemeinschaftsaufgaben“? Weil es Aufgaben sind, die über die Schule hinausgehen und die uns deshalb auch alle angehen.

Die fünf Aufgaben sind:

1. **Sprachbildung: Es muss uns endlich gelingen, dass die Zuwanderer genauso gut Deutsch beherrschen wie die deutschstämmigen Bürger.**

Das ist nicht neu, aber deswegen weder verkehrt noch banal. Im Gegenteil: Alle Kinder dieses Landes müssen Deutsch können, und zwar so differenziert wie möglich. Es muss aufhören, dass Zuwandererkinder, selbst die, die in Deutschland geboren sind, die deutsche Sprache noch nach Beginn der Schulzeit als eine Art Naturereignis empfinden, an dem sie immer wieder auf rätselhafte Weise scheitern.

Im Gegenteil: Es muss uns gelingen, dass sie sich die Sprache zu eigen machen, anverwandeln oder verschlingen, wie Goethe es einmal genannt hat. Sie muss ihr geistiges Eigentum werden, über das sie souverän verfügen. Der Botenstoff – um einmal mit einem Bild der Hirnforschung zu sprechen – der Botenstoff, der hier allerdings mehr hilft als Appelle und Aufrufe zur sprachlichen Pflichterfüllung, ist das Wecken von Interesse, besser noch: von Begeisterung. Kinder sind von Natur aus sprachbegeistert.

Wir erleben in unserem Frankfurter DeutschSommer, wie Kinder, die unsicher und gehemmt im Deutschen sind, in den drei Wochen sprachlich aufblühen, wie sie sich die Sprache anverwandeln, wie sie in ihren Aufführungen machen, Zeitungen erstellen – mit anderen Worten: Wie die deutsche Sprache ihnen gelingt, und wie sie dieses Gelingen in Sprachfreude und in Sprachbewusstsein verwandeln. Das ist auch das, was wir anschließend aus den Schulen hören. Sprachbegeisterung wecken – das ist ein Bildungsziel. Der schönste Satz, den ich je über unsere Landessprache gehört habe, stammt von einer Nordhessin. Sie kommt aus Kassel-Baunatal, ist aber im Libanon geboren. Sie schrieb mir über die deutsche Sprache folgenden Satz: „Die deutsche Sprache ist für mich die Sprache des aufgeklärten Geistes und eines freiheitlich-optimistischen Lebensgefühls.“



Um in der Deutschförderung erfolgreicher zu werden – anders werden wir im Übrigen auch keine höheren Abiturquoten bei Zuwanderern erzielen –, müssen wir noch besser werden. Dazu ist eine Deutschförderung nötig aus einem Guss von den Kindergärten bis in die Grundschulen hinein, entlang des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans, so abgestimmt, kohärent und verlässlich wie nötig. Die Vorlaufkurse sind ein deutlicher Fortschritt. Auch über die Schule hinaus gibt es gute Ansätze wie Frühstart, Mama lernt Deutsch, den DeutschSommer. Wir haben aber bei uns noch zu viel Stückwerk! Wichtig sind Systematik, Kohärenz und Verlässlichkeit!

2. Erziehung zu Mitwirkung und Verantwortung. Denn nichts hat stärkere Integrationskraft als der eigene Beitrag zum Gemeinwesen. Das ist auch eine Bildungsaufgabe – im Sinne der Persönlichkeitsbildung.

Entscheidend für Integration ist nicht nur schulisches, also überwiegend theoretisches Wissen, sondern auch die praktische Erfahrung des Einzelnen, dass er das Gemeinwesen mitgestalten kann. In den Landschulheimen in Deutschland gibt es eine alte und begeisterte Tradition des Lernens von Verantwortung und der Übernahme von Verantwortung in der Schulgemeinschaft. Das sollten wir dringend verstärkt in den normalen Schulbetrieb übertragen und hier gezielt Zuwanderer ermutigen. Bei aller Leistungsorientierung dürfen wir nicht vergessen, dass Bildung vor allem praktische Persönlichkeitsbildung heißt. Das ist etwas anderes als die sogenannten „skills“! Wir haben das Vermächtnis der deutschen Aufklärung, große Namen wie Pestalozzi, Diesterweg, ein Gründungsvater der Polytechnischen Gesellschaft im Übrigen, Fröbel. Das sind große Namen, das sind Menschen, die vor 200 Jahren schon erkannt haben, dass es nicht nur um Leistung und abfragbares Wissen geht, sondern um die Förderung der gesamten Persönlichkeit. Wie sagte es Schleiermacher schon vor 200 Jahren: „Mit Schmerzen sehe ich täglich, wie die Wut des Verstehens den Sinn gar nicht aufkommen lässt“.

Auch außerhalb der Schule sind Verantwortung und Mitwirkung eine Fahrkarte zur Integration. Die Vereine leisten hier unersetzliche Arbeit. Wir selbst haben in unserem Ehrenamtsstipendium „Stadtteilbotschafter“ erfahren können, wie groß die Anerkennung ist, die engagierten Zuwanderern aus der Öffentlichkeit entgegenkommt. Ich habe erleben können, wie Zuwandererjugendliche durch die Übernahme von Verantwortung auch wieder Motivation für den Schulerfolg gewonnen haben. Und diesen „Botenstoff“ (der Motivation) müssen wir pflegen!



3. Begabtenförderung. Vorbilder und Geschichten des gelungenen Aufstiegs durch Bildung sind starke Anreize. Dazu brauchen wir eine starke Einwanderer-Elite im besten Sinne, nämlich eine Leistungs- und Verantwortungselite, die (gern auch) von unten kommt und die systematisch in Schulen und Vereinen gefördert wird.

Hier sind wir allerdings durch das START-Programm auch schon deutlich vorangekommen. Es ist immer wieder mitreißend zu sehen, welche Lernbegeisterung und auch welche Identifikation mit der neuen Heimat diese Jugendlichen entwickeln. Hier sieht man, welcher Elan entsteht, wenn der Aufstieg durch Bildung tatsächlich greifbar ist. Wir dürfen nicht ruhen, bis die Abiturquoten noch besser geworden sind und schließlich, bis mehr und mehr Zuwanderer in Spitzenpositionen gekommen sind: als Polizeipräsidenten, als Uni-Rektoren, als Wirtschaftsführer.



4. Familienbildung: Die Zuwandererfamilien haben ein ausgeprägtes Interesse am Bildungsaufstieg ihrer Kinder. Viele von ihnen kennen aber das Bildungssystem kaum. Die naturgegebene Motivation der Familien zu nutzen und sie durch Kenntnis zu stärken, ist eine noch nicht wahrgenommene Zukunftsaufgabe.

Die Integrationsbemühungen haben sich in den letzten Jahren stark auf Kindergarten und Schule konzentriert. Nach der Fendt-Studie spielen die Familien aber eine deutlich prägendere Rolle. Familienbildung und Elternarbeit sind zwar viel beschworene Themen. Meistens wird aber doch vor einer systematischen Familienarbeit zurückgeschreckt, und zwar weil die Familien so vielgestaltig sind und institutionell schwer zu greifen sind. Die Familien bieten aber eine große Chance der Integration. Familienbildung für Zuwanderer muss ein Leitthema werden – und zwar so eng wie möglich mit den Schulen verzahnt, am besten in die Schulen integriert.

Unsere Erfahrungen im Diesterweg-Stipendium für Kinder und Eltern (Deutschlands erstem Familienstipendium) zeigen, dass man weiterkommt, wenn man nicht nur die Kinder fördert (mit dem Risiko, dass die Kinder sich von den Eltern weg entwickeln, statt die Eltern mitzunehmen), sondern die Familie als Bildungsgemeinschaft anspricht. (Das geht natürlich nicht bei allen, aber doch bei sehr vielen). Wenn wir die Eltern frühzeitig als Bildungsbegleiter ihrer Kinder gewinnen und qualifizieren, können wir uns viele spätere Reparaturen sparen.

5. Dazu gehört auch eine weitere Aufgabe: Deutschland erklären (praktische Landeskunde). Es ist erstaunlich, wie wenig viele Zuwanderer Deutschland kennen; wie wenig sie die öffentlichen Räume kennen; wie unsicher sie sich folglich im öffentlichen Raum bewegen. Wir müssen unser Land verständlich erklären und zugänglicher machen.

Öffentliche Plätze, Gebäude, zentrale Verkehrsverbindungen – viele Familien, vor allem Eltern, kennen sich nicht gut aus. Viele leben deshalb auf einem begrenzten Kompetenzraum, auf dem sie mit viel Geschick, aber letztlich ohne auch nur annähernde Nutzung

dessen, was das Land ihnen zu bieten hat, ihr Überleben zu sichern versuchen. Uns ist in unserer Arbeit mit Familien bewusst und greifbar geworden, dass die Kenntnis des öffentlichen Raums in seiner ganzen Bedeutung, auch in seiner staatsbürgerlichen Bedeutung, elementar ist. Zur Signatur unseres Landes gehört auch das Entziffern unseres Bildungswesens, auch der vielen kommunalen Angebote! Ein freies Land zu kennen ist die Bedingung für die Wahrnehmung der Freiheit. Wir erleben, dass die Menschen letztlich sehr interessiert sind.

Wir müssen sie mehr ansprechen und lernen, sie adäquat anzusprechen. Das geht über die Schule hinaus – es ist Volksbildung. So weit meine fünf Hauptaufgaben.

Was mir noch wichtig ist: Bildung und Integration sind eine Gemeinschaftsaufgabe aller vitalen Kräfte des Landes. Das heißt, dass wir Verantwortung übernehmen müssen, statt über Zuständigkeit zu streiten! Integration und Bildung gehen z. B. die Kommunen an – und wie! Sie gehen die Vereine an. Sie betreffen Verbände. Und auch die Stiftungen haben sich diese Aufgaben auf die Fahnen geschrieben.

Bei unseren Initiativen, die fast immer in öffentlich-privater Partnerschaft lanciert werden, wird mir von außen in großer Monotonie immer wieder die Frage gestellt: Liegt denn hier nicht ein Versäumnis des Staates vor? Wie konnte es zu diesen Defiziten überhaupt erst kommen? Wieso wird das Thema erst jetzt angepackt? Es sind die klassischen Fragen, die aus dem alten Zuständigkeitsdenken herrühren.

In unserer Kooperationskultur hat sich in Hessen in den letzten Jahren sehr viel bewegt. Man wird gehört, man ist erwünscht. Modelle einer öffentlich-privaten Partnerschaft werden häufiger, sie werden populärer. Warum? Weil sie erfolgreich sind. Private Initiatoren können Experimentierfreude und Innovationsbereitschaft mitbringen. Öffentliche Partner bringen hohe fachliche Kompetenz, Kenntnis des regulären Apparats und die nicht zu unterschätzende Fähigkeit mit, Dinge in die Fläche zu bringen.

Zum Schluss noch ein Plädoyer: Integration ist keine Last! Es ist im Gegenteil eine Chance für unser in seinem Selbstverständnis so unsicheres Land, durch die Notwendigkeit zur Integration zu eigener Selbstvergewisserung zu kommen. Denn wer integrieren will, muss auch sagen, wer er ist und welche Chance er dem Neuankömmling geben kann. Daraus kann unser Land insgesamt einen großen Nutzen ziehen.

Vielen Dank!

Moderation: Andreas Horchler

Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Kaehlbrandt. Ich glaube, wir haben jetzt ein dickes Aufgabenheft von Ihnen geschrieben bekommen und werden das in der kommenden Diskussion vertiefen können. Wir möchten unsere Eingangsstatements beenden mit Herrn Marincola. Ihre Stiftung macht ja eigentlich eine ganze Menge von dem, was Herr Dr. Kaehlbrandt angemahnt hat. Sie gehen zu den Leuten hin und ermutigen sie. Sie sind sozusagen Stiftungs- oder Institution gewordener Botenstoff.

2.3.4 Franco Marincola, Geschäftsführer CGIL-Bildungswerk

Sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren! Wie schon einführend gesagt wurde, sind wir eine Institution, die mit den Problemen zu kämpfen hat, die die Ministerin und Herr Dr. Kaehlbrandt gerade angesprochen haben. Wir sind eine Bildungseinrichtung, die seit über 20 Jahren Integrationsprojekte durchführt.

Ich werde Ihnen heute – in Auszügen – aus dem Beitrag, den das CGIL-Bildungswerk zum Nationalen Integrationsplan in Zusammenarbeit mit den weiteren beteiligten Migrantenorganisationen der AG 3 in Berlin erstellt hat, berichten. Wir haben damals sieben Aufgabenbereiche als besonders wichtig erachtet.

Ich fange damit an, dass wir damals in Berlin einhellig der Meinung waren, dass die Schule ein zentraler Ort der Integration ist. Und ich kann Ihnen aus der Praxis versichern, ohne die Aufgabe der Schule jetzt überbelasten zu wollen, dass die Schule die Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche ist, die in ihrer Familie nicht die Chance haben, eine zukunftsichernde Bildung zu erhalten. Nur dort wird es in Zukunft möglich sein, die Kinder zu Mitgliedern einer Gesellschaft zu machen, die wir uns alle wünschen. Zu Kindern, die später in ihrem beruflichen Leben Erfolg haben und hier in Deutschland als Gleiche unter Gleichen dazugehören werden.

Wir sind eine Einrichtung, die von außen wirkend mit ihren Projekten an die Schulen geht, um gemeinsam an der Förderung der Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund zu arbeiten. Aber wir sind meiner Meinung nach letztendlich überfordert, wenn die Schule ihre Aufgaben, die sie wahrnehmen müsste, nicht wahrnehmen kann. Dies geschieht aus verschiedenen Gründen: Wenn die Schule politisch, finanziell und technisch nicht dafür ausgestattet oder aber die Lehrerschaft nicht in der Lage ist, Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund zu fördern und ihnen zu einem erfolgreichen Schulabschluss zu verhelfen, dann haben wir im Nachhinein ein riesiges Problem, das Ganze wieder ins Lot zu bringen. Und das ist leider wirklich nicht einfach.

Wir haben in Berlin auch gesagt, dass die Schule eigentlich die Hauptverantwortliche ist, wenn es z. B. um das leidige Thema „Erlernen der deutschen Sprache“ bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund geht. Leidig sage ich nur, weil wir als ausländische Eltern und als Migrantenorganisation immer gerne darauf angesprochen werden, dass wir und unsere Eltern dafür zu sorgen hätten, dass unsere Kinder besser Deutsch sprechen können. Ich kann Ihnen aus gelebter Praxis sagen: Hätten meine Eltern mir Deutsch beibringen müssen, hätte ich heute nicht so mit Ihnen Deutsch sprechen können. Meine Eltern konnten damals nicht mit mir Deutsch sprechen. Das haben sie nicht mit Absicht gemacht. Es ist einfach die Logik der Dinge. Wenn man die Menschen kennt, über die wir heute reden, dann sind das Menschen, die in ein fremdes Land kommen, oft auch selbst keine höhere Schulbildung mitbringen, Schwierigkeiten haben, als Erwachsene sich in Deutschland zu integrieren, sprachlich und im allgemeinen kulturellen Bereich. Und diese Menschen sind oft überfordert, ihren Kindern das beizubringen, was diese für den schulischen Erfolg bräuchten. Und was wir im Normalfall richtigerweise von den Eltern verlangen. Das



Themenschwerpunkt

ist ein ganz schwieriges Themengebiet! Es ist nicht zu unterschätzen, wie schwierig es für diese Menschen ist, ihre Kinder im schulischen Alltag zu unterstützen. Ich rede jetzt nicht – und auch diese Kunden haben wir bei uns im privaten Unterrichtsbereich – z. B. von Eltern aus Italien, die als Mitarbeiter zur Europäischen Zentralbank nach Frankfurt kommen. Die haben weniger Probleme damit, ihre Kinder adäquat zu fördern, das kann ich Ihnen garantieren. Die Mehrsprachigkeit ist dort z. B. ein vollkommen normales, dazugehörendes Bildungsgut, und die Eltern wollen von uns einfach noch eine zusätzliche Förderung für ihre Kinder angeboten haben.

Anders stellt sich die Situation für uns als Bildungseinrichtung in den Kommunen vor Ort dar. Hier haben wir es in der Integrationsarbeit nur allzu oft mit Eltern zu tun, die einfach nicht in der Lage sind, das zu bewältigen, was „starke“ Eltern an Unterstützung für ihre Kinder leisten können.

Ich möchte das noch einmal betonen, weil die oftmals fehlende Unterstützung durch das „bildungsfremde“ Elternhaus dieser Kinder meiner Meinung nach der Knackpunkt ist, den wir zu bewältigen haben. Hier sehe ich eigentlich nur die Chance zur Auflösung der Problematik durch eine professionalisierte Schule. Im Vorfeld der Schule natürlich in Zusammenarbeit mit Kindergärten und Krippen. Es erscheint mir absolut richtig, die Vorlaufkurse durch die Landesregierung zu initiieren, und es zeigt sich inzwischen, wie fruchtbar diese Maßnahme war, Kinder frühzeitig an die Sprache und die Kultur dieses Landes heranzubringen. Aber ich denke auch, wenn Jugendliche zehn Jahre in die deutsche Schule gegangen sind, dann sollten sie dort auch ausreichende Deutschkenntnisse erlangt haben. Das können wir, glaube ich, verlangen. Die Personalausstattung in der Lehrerschaft, die wir hier in Hessen haben, besteht ja aus Fachkräften erster Güte. Sie sind Fachkräfte, die die deutsche Sprache so gut beherrschen wie kaum jemand anderes.

Weshalb sind also die mangelnden Sprachkenntnisse in Deutsch bei Kindern mit Migrationshintergrund immer noch ein Problem? Ich will jetzt niemandem die Schuld für diese prekäre Situation, die wir als Bildungseinrichtung immer wieder in Ordnung bringen müssen, in die Schuhe schieben. Aber ich denke, dass die Schaltstelle Schule inzwischen zu dieser Professionalisierung kommen muss. Wir haben auch auf dem Integrationsgipfel in Berlin betont, wie wichtig es ist, die Lehrerschaft adäquat auszubilden.

Zu diesem Thema fokussiere ich jetzt mal auf die Stadt Offenbach, ich könnte aber auch Hamburg oder Berlin wählen, wo wir auch tätig sind. Wenn in einem Stadtteil fast nur noch Kinder mit Eltern nichtdeutscher Herkunft in den Klassen sind, teilweise zu 100 Prozent, dann muss die Lehrkraft auf diese Situation vorbereitet sein.

Sie ist es aus unserer Erfahrung her oft nicht. Wir kommen dann hinzu, versuchen, als Mittler zu arbeiten bzw. den Kindern außerschulisch Hilfen zu geben. Aber eigentlich sind sie fast acht Stunden am Tag in der Schule. Es erscheint mir als nicht zu kompliziert, wenn man es denn auch will, dass man in diesen acht Stunden fächerübergreifend die deutsche Sprache vermittelt. Und damit hätten wir eins der Hauptprobleme gelöst.

Ein weiterer Punkt, den wir in Berlin angesprochen haben, war die Herkunfts- oder Muttersprache. Sie wurde uns oft als problematisch für unser zukünftiges Curriculum Vitae dar-

gestellt. Ich kann Ihnen versichern, meine Kinder und viele Kinder der Kolleginnen und Kollegen, einige heute hier anwesend, sind perfekt zweisprachig aufgewachsen. Das Kind hat keine Schwierigkeiten, zwei Sprachen von Anfang an im Leben zu erlernen. Wer etwas anderes behauptet, der erzählt etwas, was ich aus der gelebten Erfahrung nicht bestätigen kann. Selbstverständlich ist der qualitative Aspekt der Sprachkenntnisse immer wichtig. Aber selbst wenn ein Kind italienische Mundart oder türkischen Dialekt spricht, lassen wir es ihm. Denn es ist eine Kommunikationsform, es ist seine Kommunikationssprache, und wir dürfen es nicht damit belasten, sie aufzugeben. Ich bin jetzt wahrscheinlich in ein Fettöpfchen bei vielen Sprachwissenschaftlern getreten, aber ich wiederhole noch einmal,

und persönlich kann ich es bestimmt zwei-, dreihundertfach aus vielen mir bekannten Familien belegen, das Beherrschen der Herkunftssprache hindert niemanden am Erlernen der deutschen Sprache. Mehrsprachigkeit ist nicht das Hauptproblem.

Nun zum Interesse der ausländischen Eltern für ihre Kinder, welches Herr Dr. Kaehlbrandt schon positiv betont hat. Ich möchte es noch einmal ausdrücklich hervorheben: Ich kenne keine ausländischen Eltern, die nicht das maximale Interesse an der Ausbildung ihrer Kinder aufzeigen. Sie möchten, dass ihre Kinder „etwas werden“, so wie es alle deutschen Eltern auch möchten. Ich kann

es Ihnen versichern. Also dieses Potenzial haben wir bei den Familien mit Migrationshintergrund! Und dieses Potenzial gilt es aufzugreifen. Ich weiß, dass dies enorm schwierig ist, nachdem wir es so viele Jahre versäumt haben, dieses Potenzial zu fördern. Aber ich denke, mit den Möglichkeiten, die die verschiedenen Ministerien in unserem Land haben, gibt es durchaus eine Chance, diese Potenziale zu nutzen. Nachdem jetzt das neue Integrationsministerium diese Aufgabe angehen will, bin ich für die Zukunft auf jeden Fall besserer Hoffnung.

Ich würde zusätzlich darum bitten, auch den Anteil der Kinder in den höheren Schulformen zu begleiten und zu fördern. Das ist äußerst wichtig. Diese Kinder müssen gefördert werden in all ihren Stärken, und wir müssen versuchen, sie auch später in die Studiengänge zu bekommen oder in eine vernünftige Ausbildung. Denn erfahrungsgemäß ist dazu kein Automatismus vorhanden. Dazu sind verschiedene Aktionsfelder nötig, die zusammengreifen müssen. Hierzu muss das Problem strukturell erkannt werden. Und ich wiederhole, die Schule ist einfach der Ort, wo dies am besten geschehen kann.



Themenschwerpunkt

Nun komme ich noch zu dem Punkt über die Anerkennung ausländischer schulischer und beruflicher Abschlüsse zu sprechen. Auch hier sollten wir überprüfen, ob unsere Maßnahmen und Regularien wirklich förderlich sind. Vielleicht würde dies manche Übergänge in Arbeit tatsächlich ermöglichen. Es könnte zum Beispiel eine Chance sein, die Muttersprachenkenntnisse oder die Herkunftssprachenkenntnisse in die Zeugnisse aufzunehmen und entsprechend qualifiziert zu dokumentieren. Das ist ein Können der Kinder und es ist ein wichtiges Potenzial für deren Zukunft!

In unserer Bildungseinrichtung arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus zwölf verschiedenen Nationalitäten. Als Vereinsvorsitzender bin ich immer froh, wenn ich jemanden in meinen Reihen habe, der zwei bis drei Sprachen spricht und multikulturell aufgewachsen ist, weil wir dadurch einfacher an die Communities, über die wir heute reden, herankommen. Sie sind die Vermittler, die wir in Zukunft auch brauchen werden. Auch hier bitte eine Professionalisierung im Schulsystem bei der Auswahl der Lehrer und Lehrerinnen!

Einen weiteren nicht zu unterschätzenden Blick möchte ich auf die Möglichkeiten von uns „ausländischen“ Vereinen werfen. Es ist angesprochen worden: Geht an die „ausländischen“ Vereine! Sie können bei der Integration behilflich sein. Jedoch, die „ausländischen“ Vereine sind damit überfordert. Ich sage dies aus eigener Erfahrung. Diese Vereine werden ständig von „deutschen Institutionen“ angesprochen, um bei der Integration ihrer Landsleute behilflich zu sein. Die meisten Vereine, die von Migranten geführt werden, sind ehrenamtlich tätig, oft überfordert mit den Ansprüchen, die von außen an sie herangetragen werden. Auch hier geht eine Optimierung der Integrationsleistungen nur, wenn wir diesen Vereinen eine Professionalisierung gewährleisten können. Da sind eben auch (finanzielle) Mittel bereitzustellen, um langfristig in diesen Vereinen qualifizierte und enga-

gierte Personen zu haben, die ständig mit dem Thema arbeiten können und auch die Schnittstellen zu den jeweiligen Organisationen auf deutscher Seite darstellen können.

Als letztes und nicht unwichtiges Hilfsmittel könnte eine Quotierung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund an den Schulen unterstützend wirken. Sicher, es ist kein wirklich beliebtes Einzugsgebiet für Lehrkräfte, jedoch könnte es für die Integrationsarbeit einer Kommune große Vorteile bringen, wenn gerade in den Stadtteilen oder in den Großstädten, die hohe Zahlen an Schülerinnen und Schülern mit einem Migrationshintergrund vorweisen, entsprechend Lehrkräfte mit ebenfalls eigener Migrationserfahrung zum Einsatz kommen. Unsere Erfahrungen sind äußerst positiv: Wir arbeiten mit solchen Lehrkräften, und es ist unglaublich spannend zu sehen, wie sowohl Familien als auch Kinder sich dann anders integrieren und verhalten. Vielleicht sollte man einfach darüber nachdenken, ob das eine Möglichkeit ist. Selbstverständlich sehe ich auch die Schwierigkeiten, und natürlich müssten wir die entsprechende Zielgruppe erst einmal vorher gefördert haben, damit wir sie später auch als z. B. Lehrkräfte einsetzen können. Also es ist eine schwierige Aufgabe.

Nun habe ich die wichtigen Punkte, die wir im Nationalen Integrationsplan angesprochen haben, zusammengefasst. Diesen können Sie selbstverständlich im Internet herunterladen und nachlesen.

Abschließend appelliere ich noch einmal an die Verantwortlichen: Es hört sich zwar altmodisch an, aber der Staat hat immer noch eine große Verantwortung für unsere Kinder, und ich möchte ihn einfach nicht daraus entlassen. Dies nicht aus politischen Gründen, sondern aus humanistischen Gründen.

Dankeschön.



Diskussion

2.4 Diskussion

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Marincola, für Ihr Eingangsstatement. Wir werden sehr rasch die Diskussion eröffnen, meine Damen und Herren. Denn ich denke, Ihnen brennt es mit Sicherheit unter den Nägeln. Ich möchte ganz kurz Minister Hahn zu dem bisherigen Ertrag ansprechen. Wir haben jetzt fast das gesamte Spektrum, was Integration bedeutet, schon abgebildet. Hier haben Sie in der nahen Zukunft eine nicht geringe Menge vor. Denken Sie, dass die Player, die wir bis jetzt gehört haben, alle tatsächlich an den Tisch kommen werden und das große Werk Integration vorantreiben können, so gemeinschaftlich und wie Sie sich das vorstellen?

Staatsminister Hahn

Zunächst möchte ich einmal Danke an die drei Beteiligten des ersten Panels sagen! Zum Zweiten wäre es jetzt vollkommen falsch, ein Kurzfazit zu ziehen. Ich bin jetzt sehr gespannt auf die folgende Debatte und freue mich, dass wir noch viel Zeit für die Diskussion haben und deshalb: Ich sage jetzt nichts und höre zu!



Moderation: Andreas Horchler

Das Zwischenfazit wird dann ein bisschen später kommen. Wir machen die Runde sofort auf, meine Damen und Herren. Ihre Fragen. Wer möchte beginnen? **Bitte sehr.**

Robert Becker, Vertreter des Hessischen Landkreistages

Mein Name ist Robert Becker, ich bin Vertreter des Hessischen Landkreistages. Der Hessische Landkreistag vertritt ja als Schulträger etwa 4 Millionen Einwohner in Hessen und ist insofern ein ganz wichtiger Bildungsträger. Herr Dr. Müsse, der erste Kreisbeigeordnete, ist Mitglied im Integrationsbeirat des Landes, und wir haben als Verband im Allgemeinen die Integration verstanden und nehmen sie auf und im Besonderen sind wir daran interessiert, diesen Integrationsplan umzusetzen.

Jetzt ganz konkret zu dem, was Frau Ministerin Henzler ausgeführt hat, kann ich berichten, dass die Vorlaufkurse hervorragend angeschlagen haben. Und ich habe mit Interesse gehört, dass Sie das verstärken wollen. Das ist also in der Tat der Schlüssel zum Erfolg, dass die kleinen Kinder, die ja teilweise auch spielerisch lernen, die deutsche Sprache lernen.

Ein weiterer Punkt, der die Situation verbessern wird, ist auch dort, wo es in der Familie Defizite gibt, dass wir jetzt eine Ganztagesbetreuung bekommen. Dass die Kinder länger zusammen sind und nicht nur die Sprache, sondern auch die Regeln des Zusammenlebens lernen, und insofern meine ich, sind diese beiden Komponenten eine sehr wichtige Sache. Wo wir Defizite sehen, das ist insbesondere der Bereich der Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren. Ich würde das mal so definieren, die noch nicht das Glück hatten, diese Integrationspolitik zu erfahren, zu erleben, die Sprachangebote zu bekommen, wie sie heute

üblich sind. Und hier denke ich, ist die Gesellschaft aufgerufen, natürlich auch die Politik, dass wir die Schulsozialarbeit quasi verstärken, um gerade diesen Bereich noch aufzufangen, zumindest zu versuchen, dass sie wertvolle Mitglieder dieser Gesellschaft werden. **Dankeschön.**

Moderation: Andreas Horchler

Wir möchten das gleich weitergeben an Frau Ministerin. Was machen wir mit den 12- bis 18-Jährigen und an Herrn Marincola vielleicht auch mit einem Wort, denn er kann ja dort mit seiner Arbeit auch eingreifen.

Staatsministerin Henzler

Die Ausweitung der Ganztagsangebote an den Schulen ist ein ganz wichtiger Schritt. Wir haben mit Beginn dieses Schuljahres 105 Stellen und zusätzlich erhebliche Finanzmittel in die Ausweitung von Ganztagsangeboten gesteckt. Mittlerweile können in Hessen 28 Prozent aller Jugendlichen eine Schule mit Ganztagsangebot besuchen. Damit sind wir in den westdeutschen Flächenländern führend in diesem Bereich. Ich glaube, es ist etwas ganz Wichtiges, dass Kinder am Nachmittag auch zusammen Bildungsangebote haben, dass sie zusammen Musik machen können, dass sie Sportangebote bekommen, dass sie eben nicht mittags nach Hause geschickt werden und dort fernsehen oder mit der PlayStation spielen. Deshalb halte ich den weiteren Ausbau der Ganztagsangebote, wie ihn sich die Hessische Landesregierung zum Ziel für die nächsten vier Jahre gesetzt hat, für unabdingbar. Gerade auch für Kinder zwischen 12 und 18 Jahren, die dann eben nicht am Nachmittag alleine gelassen werden.

Moderation: Andreas Horchler

Herr Marincola, wie können Sie an dieser Stelle eingreifen? Das spezifische Problem: 12- bis 18-Jährige, die bisher noch nicht in den Genuss der Integrationspolitik gekommen sind?

Franco Marincola, Geschäftsführer CGIL-Bildungswerk

Wir als Bildungseinrichtung bieten natürlich auch flankierende Maßnahmen. Frau Ministerin hat gerade darüber gesprochen, was man nachmittags mit den Kindern fördernd alles tun kann. Auch das bieten wir natürlich an. Das sind Projekte, die dann entsprechende Laufzeiten haben, wenn sie genehmigt worden sind. Auch dort würde ich sehr stark dafür plädieren, wie Ministerin Henzler gesagt hat, dass das eine Einrichtung sein wird, die für die gesamten Schulen in Hessen irgendwann einmal flächendeckend vorhan-



den sein wird. Vor allem dort, wo eben noch Integrationslücken zu decken sind. Wir können feststellen, wenn die Kinder einer längeren Betreuung und Förderung unterzogen sind, fallen die Ergebnisse im schulischen Bereich viel besser aus. Die Sprachfähigkeit stabilisiert sich. Die Einbindung der Familie wird vereinfacht, weil man dadurch auch Projekte durchführen kann, die die Familie an die Schule bindet, was ein ganz wichtiger Aspekt ist. Denn oft fehlt der Kontakt der Schule zum Elternhaus. Obwohl das, glaube ich, zur Lehrerausbildung und Lehreraufgabe gehört, wird dieser Aspekt bei ausländischen Familien nicht genügend gepflegt. Das sage ich jetzt aus unserer langjährigen Erfahrung heraus. Wenn ich jetzt etwas Falsches gesagt habe, kann man mir gerne widersprechen.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank. Wir sammeln weitere Fragen. Wenn Sie einverstanden wären, würden wir einfach mal drei en bloc sammeln. **Bitte sehr!**

Nargess Eskandari-Grünberg, Integrationsdezernentin der Stadt Frankfurt

Einen wunderschönen guten Morgen. Eskandari-Grünberg, Integrationsdezernentin der Stadt Frankfurt. Zuerst möchte ich mich ganz herzlich bei Herrn Minister Hahn für diese Konferenz bedanken. In der Tat ist es ein sehr, sehr wichtiger Schritt, dass wir Integration wirklich auf dieser Ebene behandeln und dass wir versuchen, alle Ressourcen, wie in den letzten Jahren im Bereich Arbeit geschehen, zusammenzubringen, und gemeinsam überlegen, wie es in unserem Land und in den Städten weitergeht. Daher ganz herzlichen Dank.

Herr Minister, Sie haben ja gesagt, dass die Identifikation mit diesem Land „Mein Hessen“, „Mein Frankfurt“, was ich in den letzten Jahren auch gesagt und getan habe, erste Schritte sind, wie wir in der Tat in den Integrationsbereichen vorankommen können. Vielleicht an Sie, Herr Horchler. Vorhin haben Sie gesagt, dass in Frankfurt dramatische zwei Drittel der Kinder Migrantenkinder sind. Ich würde sagen, das ist auf keinen Fall dramatisch. Es ist phantastisch, dass dies so ist. Vielfalt in Bereichen ist niemals dramatisch, das ist genau, wo wir ansetzen können.

Daher denke ich, wie Herr Minister schon gesagt hat, dass wir genau an einem Punkt angekommen sind, wo wir unsere Denkweise verändern. Dass wir sagen, Integration ist eine gesamtstädtische Aufgabe – trifft uns alle! Daher bin ich sehr dankbar, dass das hier angekommen ist. Es sind nicht alles nur Einwanderer. Das, was am Wochenende in München passiert ist, zeigt, dass es eine Gesamtaufgabe ist. Gewalt passiert in allen Bereichen.

Und Danke auch für Ihre Aussage, wir müssen schauen, was in den Familien passiert, und wie können wir durch Bildung, durch Aufmerksamkeit, aber auch durch Prävention solche Sachen vermeiden. Daher ist eine strukturelle Identifikation, eine strukturelle Integration dringend notwendig. Bildung, Danke Ihnen Herr Dr. Kaehlbrandt, dieser Bereich umfasst nicht nur den Spracherwerb, sondern man muss auch in die Familien schauen. Was passiert mit einem Menschen, was passiert mit einer Person, wo sind die Schwierigkeiten, die nicht nur in der deutschen Sprache liegen, sondern enorme Identifikationsprobleme sind. Daher be-



grüße ich sehr, dass wir angekommen sind, wo wir seit Jahren ankommen mussten. Das sehe ich als Chance und Herausforderung. Dafür wollte ich mich nur bedanken!

Moderation: Andreas Horchler

Ja, die Dramatik bitte ich zu entschuldigen. Ich lebe seit Jahren in Frankfurt und sehr gerne dort und ich empfinde es nicht als besonders dramatisch. Es sollte eine Abstufung für unser Bundesland sein. Aber gut erkannt, sehr gut.

Zwei weitere Wortmeldungen würde ich gerne zunächst einmal aufnehmen. Und dann wollen wir allmählich hier auf dem Podium zusammenfassen. **Bitte.**

Elif Pinar, Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde Frankfurt

Elif Pinar von der Alevitischen Gemeinde Frankfurt. Es wurde meines Erachtens ein sehr wichtiger Punkt angesprochen, nämlich die Familienbildung. Insoweit möchte ich gerne in Erfahrung bringen, von Frau Ministerin, welche Projekte insgesamt in dieser Richtung geplant sind, weil gerade dieser Punkt von erheblicher Bedeutung und Relevanz ist – auch



aus meiner Sicht. Und auch der Punkt, dass die Schulen nicht immer den erforderlichen Kontakt zu den Familienhäusern, zu den Familien der jeweiligen Schüler gefunden haben, wäre ja daran geknüpft.

Das heißt: Was ist geplant? Weil das in der Tat in der Gesellschaft kaum ankommt. Mir persönlich ist so ein Projekt nicht bekannt. Was wird unternommen oder sind Planungen angestrebt, insoweit auch diese Hürde zu nehmen, damit entsprechende Kontakte, zum Beispiel von den Klassenlehrern, von den Schulen, zu den Familienhäusern der jeweiligen Schüler stattfinden? Und anderweitig die Kommunikation, dass die Eltern wissen, was kann das Kind bewerkstelligen und was kann es mit dieser Lernfähigkeit erreichen? Wie kann das Kind von zu Hause aus gefördert werden? **Danke!**

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Frau Pinar. Wir wollten gerne noch eine Wortmeldung dazunehmen und dann en bloc beantworten. **Bitte sehr!**

Atila Karabörklü, Stellvertretender Vorsitzender der Türkischen Gemeinde Rhein-Main

Ich möchte Herrn Integrationsminister einen herzlichen Dank überbringen von der Türkischen Gemeinde Rhein-Main. Wir sind die Landesvertretung der Türkischen Gemeinde in Deutschland, und dieser erste Auftakt ist für uns auch sehr spannend. Wir betrachten jetzt noch die Zukunft mit Optimismus.

Aber um es kurz zu machen: über Schulpolitik in Hessen und über Spracherwerb. Diese Vorlaufkurse waren natürlich eine gute Idee, aber sie sind nicht ausreichend. Der Spracherwerb muss im Kindergarten schon konzeptionell entwickelt werden. Die Erzieherinnen und Erzieher sind von ihrer Ausbildung her nicht in der Lage, diese Sprachvermittlung im Kindergarten umzusetzen. Deswegen muss dafür wirklich ein Rahmen geschaffen werden. Das ist das erste Merkmal.

Das zweite Merkmal, über das wir uns Gedanken machen, ist über die Schule, also die Schulselektion. In der Grundschule wird schon eine Selektion vorgenommen. Das heißt, die Kinder, die schon in der deutschen Sprache benachteiligt sind, werden in die Förderschulen geschickt. Wir erhalten tagtäglich von betroffenen Menschen Telefonanrufe. In dieser Hinsicht, glaube ich, ist ein starker Handlungsbedarf bei der Regierung zu sehen.

Allerdings ist nach der Grundschule eine zweite Stufe der Selektion zu sehen. Und zwar dieses dreigliedrige Schulsystem in Deutschland. Das heißt, was vorhin angedeutet wurde, diese Problematik der Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren. Die sind meistens Hauptschüler. Und da besteht einerseits – und bei der Pisa-Studie haben wir das gesehen – ein Handlungsbedarf bei der Schulpolitik, der Bildungspolitik, und andererseits müssen natürlich die pädagogischen Inhalte und die Lehrerausbildung auch in dieser Richtung neu überdacht werden. Das sind zwei sehr wichtige Grundlagen, die wir aus unserer Sicht darstellen möchten. **Dankeschön!**

Moderation: Andreas Horchler

Ja, vielen Dank für diese Beiträge. Wir möchten sie gerne an dieser Stelle abarbeiten. Ich würde auch gerne unseren Innenminister dazu bitten, Volker Bouffier. Besonders zu den Punkten: Wie schaffe ich das denn eigentlich, aus so einer amorphen Masse plötzlich „Mein Frankfurt“, „Mein Hessen“ zu machen. Und in Sachen Familienbildung hat Herr Staatsminister Hahn die Rolle von Vereinen schon dokumentiert. Und in der Eigenschaft als Sportminister haben Sie ja ein Wörtchen mitzureden. Dass es dort hoch sprachlich zugeht, ist in aller Regel – glaube ich – ein Gerücht, das nicht wirklich haltbar ist. Aber im Prinzip haben wir dort eine sehr, sehr gute Anlaufstelle, wo wir einen solchen Katalysator schaffen und den Menschen wirklich Mut machen könnten, weiterzukommen, und dann auch die Brücke zur Schule hin bauen.



2.4.1 Impulsbeitrag Volker Bouffier, Hessischer Minister des Innern und für Sport

Meine Damen, meine Herren, ich will das gerne aufgreifen. Viele, die heute anwesend sind, kennen mich seit vielen Jahren, und wir haben oft miteinander diskutiert. Sicher auch, weil ich als Innenminister mehrere Hüte auf habe und auch für die unangenehmen Dinge zuständig bin.

Zunächst möchte ich auf einen Punkt eingehen, den Sie angesprochen haben. Nach meiner Überzeugung ist, neben der Zeit im Kindergarten und der frühkindlichen Phase, der Sport mit Abstand der erfolgreichste Integrator, den wir im Lande haben. Nirgends erlebe ich so viel Gemeinschaft wie dort. Der Sport ist zwar auch nicht ohne Probleme, aber ich kenne keine einzige Einrichtung, die auch nur annähernd so viele Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführt und verbindet. Ob daraus dann „Mein Frankfurt“ oder „Mein Gießen“ wird oder ob Verständnis wächst für „Mein Hessen“, das ist ein längerer Weg. „Mein Verein“ oder „Meine Mannschaft“ funktioniert aber schon heute. Das ist im Fußball so, aber nicht nur im Fußball. Auf dem Sportplatz treffen sich die Kinder, die Jugendlichen, aber auch Eltern und Verwandte. Ich denke, Sie kennen das. Gehen Sie mal samstags oder sonntags auf den Sportplatz. Schauen Sie sich die E-Jugend an, schauen Sie sich die D-Jugend an. Dort werden Sie mehr Integrationsanstrengungen finden als bei jedem Kongress. Die Beteiligten unterhalten sich vielleicht nur gelegentlich miteinander und nicht immer so, wie wir uns das vorstellen. Aber wenn sie gemeinsam z. B. ein Turnier veranstalten und die Zehn- und Elfjährigen aus der E-Jugend 15 verschiedene andere Mannschaften einladen, dann stellen sich die spannenden Fragen: Wie betreuen wir die? Haben wir Cola gekauft? Haben wir Kaffee? Wer macht das?



Die Antwort lautet: Das organisieren die Eltern, die Onkels, die älteren Brüder, manchmal auch die Schwestern. Und Sie werden feststellen: Das ist gelebte Integration. Sie ist nicht ohne Probleme, aber sie ist intensiver als an jeder anderen Stelle. Und wenn die zweimal in der Woche im Training zusammenkommen und am Wochenende zum Spiel und – was ich persönlich fördere und begleite, so gut ich das kann – gemeinsam zu einem Turnier fahren, vielleicht sogar übernachten. Dann haben sie Gelegenheit, miteinander ein Wir-Gefühl zu entwickeln. Aus solchen Situationen erwächst dann das Gefühl „Mein Verein“. Und über dieses „Wir“ entsteht vielleicht eine gemeinsame Identität.

Unterm Strich lebt all das – und dafür will ich mich bei all denen bedanken – ausschließlich vom Ehrenamt. Es lebt davon, dass es jemanden gibt, der das samstags mittags macht oder sonntags morgens, dann, wenn öffentlich verfasste Institutionen in der Regel nicht mehr zur Verfügung stehen können oder wollen. Deshalb Danke an die, die es machen. Ich glaube, das ist eine wichtige Aufgabe, die wir jenseits aller Parteigrenzen intensiv gemeinsam unterstützen und fördern müssen.

Lassen Sie mich noch einen Aspekt hinzufügen. Nehmen Sie andere große Organisationen wie die Feuerwehr. Wir haben, wenn wir die sechs Berufsfeuerwehren in Hessen mal ausnehmen, 2.580 ehrenamtliche Feuerwehren und 75.000 ehrenamtliche Feuerwehrmänner. Auch in den Feuerwehren brauchen wir aus vielerlei Gründen die Menschen, über die wir heute hier sprechen. Zum einen deshalb, weil es ohne die nicht geht. Aber zum anderen, weil ich glaube, dass es eine besonders interessante – und wenn es denn funktioniert –



Diskussion

eine gelungene Form der Gemeinschaft ist. Denn bei allem, was hier diskutiert wird, ist das Wichtigste, das Allerwichtigste, für das wir da sind, eine einzige Sache! Das Wichtigste ist, dass wir in der Lage sind, Menschen in Not zu helfen. Wenn es brennt, wenn das Wasser steigt, wenn einer mit dem Auto verunglückt, wie jedes Wochenende, wie jede Nacht – dann kommt jemand und hilft. Die, die da kommen und helfen, sind zu 95 Prozent Ehrenamtliche! Das sind die Johanniter, das ist das Rote Kreuz und alle, die dort so dranhängen, aber eben auch die Feuerwehr.

Wir tun dafür einiges und müssen auch in Zukunft den ehrenamtlichen Brand- und Katastrophenschutz nach Kräften unterstützen. Noch dazu ist dieses wichtige Ehrenamt aber aus meiner Sicht eine hervorragende Möglichkeit, über das „Wir“ zum „gemeinsam“ und – wenn Sie so wollen – im Ergebnis in der Sache und im persönlichen Miteinander zu einer gemeinsamen Identität zu kommen.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Minister Bouffier. Viele Implikationen. Also viele Dinge, die wir hier lernen können, die wir überführen können vom Sport in Richtung Bildung.

Herr Dr. Kaehlbrandt, Sie wollten sich in Sachen Familieneinbeziehung, Familienbildung in die Diskussion einklinken.

Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft

Als unsere Stiftung vor drei Jahren ihre Arbeit aufgenommen hat, haben wir uns überlegt, was die wichtigen Themen für unsere Arbeit sind. Durch eine Reihe von Gesprächen mit Bildungspraktikern wurde uns klar, dass Familienbildung ein wichtiges Thema ist. Denn durch die Fendt-Studie wissen wir, dass Familien offenbar eine prägende Rolle als die Institutionen für den Bildungsweg spielen. Prägender als Kindergärten und prägender als Schulen.

Wenn das denn so ist, haben wir uns gesagt, dann bemühen wir uns doch, Eltern verstärkt zur Bildungsbegleitung ihrer Kinder zu befähigen. Also haben wir das getan, was eine Stiftung tun kann. Ein Familienstipendium, d. h. eine besondere Wertschätzung und Förderung nicht nur der Kinder, sondern für die Kinder und die Eltern. Im „Diesterweg-Stipendium“ nehmen wir Kinder und Eltern gemeinsam als Stipendiaten für zwei Jahre auf. In der vierten und der fünften Klasse, nämlich genau dann, wenn es darum geht, dass die Kinder den Übertritt in die weiterführende Schule schaffen. Und da ist es ja häufig so, dass die Familien aus eigener Erfahrung einfach nicht wissen, wie ein Gymnasium von innen aussieht, was die besonderen Lernstile und Erfordernisse eines Gymnasiums sind. Und hier helfen wir mit Kinder- und Elternakademien: Wie funktioniert das deutsche Bildungssystem? Was heißt experimentieren in Chemie? Wie funktioniert ein Musiktag an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst? Was bietet die Heimat Frankfurt-Rhein-Main?

Wir stellen fest, dass nicht nur Kinder und Eltern kommen, sondern es kommen jetzt Großeltern, es kommen Onkel, es kommen Tanten, es kommen Cousins und Cousinen. Und wir sehen, wie ausgeprägt die Disziplin, wie groß das Interesse ist. Keine Familie fehlt, sondern alle kommen regelmäßig. Ein wichtiger Punkt bei dem Programm ist die enge Zusammenarbeit mit den Schulen. Und deshalb freuen wir uns, dass wir mit dem



Hessischen Kultusministerium einen engagierten Kooperationspartner haben und ebenso mit dem Integrationsministerium und der Stadt Frankfurt. Wir haben Kontakt zu den Grundschulen, aus denen die Kinder kamen, im vierten Schuljahr. Und wir haben jetzt den Kontakt zu den weiterführenden Schulen. 13 Gymnasien, zwei Realschulen und fünf integrierte Gesamtschulen. Und den Kontakt nehmen wir auf, wir besuchen die Schulen, wir sprechen mit den Schulleitern, mit den Klassenlehrern. Wir können den Übergang jetzt wirklich einmal idealtypisch begleiten.

Moderation: Andreas Horchler

Herr Dr. Kaehlbrandt, herzlichen Dank. Frau Ministerin Henzler, das wäre natürlich idealtypisch, sagt Herr Dr. Kaehlbrandt. Wenn man das multiplizieren könnte, hätten wir wahrscheinlich flächendeckend ein paar Probleme weniger. Die Türkische Gemeinde Rhein-Main fragt nach der Konzeption des Spracherwerbs schon im Kindergarten und nach der Schulselektion. Das waren die beiden wesentlichen Fragen.

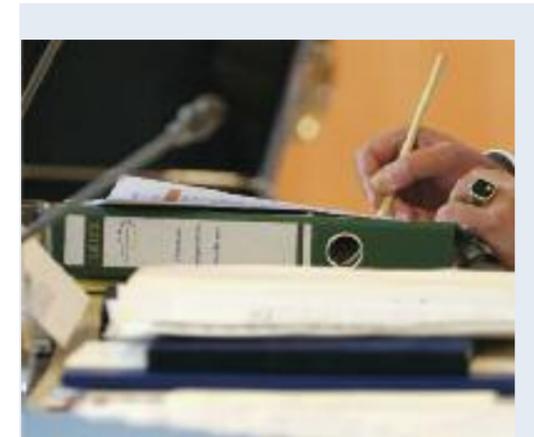
Staatsministerin Henzler

Der Kontakt und die Einbindung des Elternhauses sind für uns unheimlich wichtig. Ohne die Eltern können Sie mit Kindern alleine nicht arbeiten. Sie sind zwar viel in der Schule, und wenn sie Ganztagschule haben, sind sie auch länger in der Schule, aber trotzdem ist das Elternhaus dabei sehr wichtig. Wir haben gerade vor drei Monaten ein Buch über den Schulalltag vorgestellt, was sehr anschaulich beschreibt: Was ist Schule? Wie schreibt man eine Entschuldigung? Wie funktioniert die Elternarbeit in der Schule? Dieses Buch ist zunächst auf Deutsch erschienen. Wir wollen es aber auch in türkischer Sprache herausgeben.

Zum Zweiten gibt es von mir zur Einschulung jedes Mal einen Elternbrief an alle Eltern. Die Kinder nehmen diesen mit nach Hause. Ich weise darin auch noch einmal darauf hin, welche Gremien es in der Schule gibt, wo sich Eltern einbringen können. Wir sind gemeinsam mit dem Landeselternbeirat dabei, Schulungen für Eltern zu machen, damit sie wissen, wie sie sich in der Schule engagieren und wie sie auch im Schulelternbeirat mitarbeiten können. Natürlich werden Eltern zu Elternabenden eingeladen. Aber es gibt in vielen Schulen auch bereits Erziehungsvereinbarungen, bei denen sich die Schüler mit den Eltern und den Lehrern gemeinsam hinsetzen und sich Regeln geben, die für diese Schule gelten. Und da wird festgelegt, dass sich Familien auch aktiv in die Schule einbringen. Es gibt schon etliche Schulen, an denen bereits im ersten Schuljahr die Lehrer jedes Kind zu Hause besuchen. Das halte ich für einen wichtigen und richtigen Schritt. Auch für einen Lehrer ist es wichtig zu wissen, wie lebt denn das Kind überhaupt zu Hause? Wie sieht denn da die Arbeitsatmosphäre aus? Gibt es dort überhaupt einen Tisch, an dem das Kind seine Hausaufgaben machen kann und wo es in Ruhe lernen kann?

Uns ist bewusst, wie wichtig es ist, Familien einzubinden. Spracherwerb in der Kindertagesstätte: Wir haben das Programm KISS eingeführt, in dem wir alle Vierjährigen einem Sprachtest unterziehen. Wir haben die Erzieherinnen auch in dieser Hinsicht weitergebildet, um möglichst früh mit der Sprachförderung einsetzen zu können.

Sie haben die Dreigliedrigkeit des Schulsystems angesprochen: Hessen hat eine Schulvielfalt, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt. Wir haben die Dreigliedrigkeit, wir haben



Diskussion

integrierte Gesamtschulen, wir haben kooperative Gesamtschulen, wir haben Förderstufen, wir haben verbundene Haupt- und Realschulen, wir haben berufliche Schulen. Es gibt also ein sehr breites Angebot. Das Gymnasium ist nicht der einzige Weg zur Hochschulreife. Sie können über die Hauptschulen, die Realschulen, über die beruflichen Schulen, berufliche Gymnasien genauso zum Abitur kommen und zur allgemeinen Hochschulreife wie eben im Gymnasium. Es gibt viele verschiedene Wege. Und ich denke, da sollten Eltern schon genau hinschauen, welche weiterführende Schule die richtige für ihr Kind ist.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Wir haben jetzt eine Vielzahl von Fragen. Wenn Sie bitte einfach anfangen würden.

Katica Stanimirov, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen

Mein Name ist Katica Stanimirov von der GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen. Wir haben eine Gruppe, die sich mit den interkulturellen Fragen beschäftigt. Wir nennen uns „Migrantinnen und Migranten – Interkulturelle Bildung“. Meine Fragen beziehen sich zunächst auf Frau Kultusministerin Henzler. Es gibt einen Nationalen Integrationsplan und die Schwerpunkte des Nationalen Integrationsplans liegen bei der Förderung von Sprache, Bildung und Ausbildung. Und gerade bei der Sprache, die Sie sehr oft erwähnt haben, und die Förderung der deutschen Sprache, die Sie auch erwähnt haben, frage ich: Sind das zum einen wirklich genug Stellen für die Förderung der deutschen Sprache oder Deutsch als Zweitsprache, wie es früher hieß, angesichts der Zahlen, wie die Schüler mit Migrationshintergrund in allen hessischen Schulen vertreten sind, ob man sie jetzt dramatisch nennt oder nicht?

Zum anderen gibt es in diesem Integrationsplan auch eine Förderung der Mehrsprachigkeit. Wie wichtig die ist, hat auch Herr Marincola erwähnt. Inwieweit können Sie diese Förderung der Mehrsprachigkeit umsetzen, wozu auch der muttersprachliche Unterricht oder der Unterricht der Herkunftssprachen gehört, der seit Langem in Hessen besteht und früher auch eine rechtliche Grundlage im Hessischen Schulgesetz und in Verordnungen



hatte? Jetzt ist das leider nicht mehr der Fall. Inwieweit glauben Sie, dass Sie diesen Integrationsplan auch erfüllen können, in der Hinsicht, dass Sie die Mehrsprachigkeit fördern, sprich den herkunftssprachlichen Unterricht, wie er jetzt in Hessen heißt? Und inwieweit kann dieser wieder die reguläre rechtliche Grundlage bekommen, dass er eine Relevanz hat, wie er es früher hatte, und eine viel größere Motivation für die Schüler und Eltern bietet, diesen Unterricht dann auch in der Tat zu besuchen?

In diesem Integrationsplan sind auch Lehrerinnen und Lehrer und alle Lehrkräfte mit einbezogen. Es gibt auch einen Plan, dass mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Inwieweit können Sie diesen Integrationsplan denn erfüllen und mehr Kolleginnen und Kollegen, da ich selber Lehrerin bin, mit Migrationshintergrund einstellen? Es gibt auch eine große Gruppe, die hier als herkunftssprachliche Lehrer in Hessen unterrichtet, die auch eine Weiterbildung gemacht haben, die konkrete Vorschläge gemacht haben, wie auch eine Umsetzung erfolgen kann, gerade in den Schulen, an denen es einen sehr hohen Anteil an Migrantenschülern gibt oder Schülern mit Migrationshintergrund, wie es jetzt so schön heißt. Wir sind bereit, dieses Konzept auch vorzutragen, aber das würde jetzt natürlich zu weit führen. Und deswegen meine Frage an Sie: Wann glauben Sie, diesen Plan erfüllen zu können? Oder gibt es schon konkrete Schritte dafür?

Insbesondere könnten auch Ausländerbeiräte oder die AGAH mit einbezogen werden, die ja auch in Schulen gar nicht thematisiert werden. In den Schulbüchern, wenn Integrationsthemen erwähnt werden, dann meistens in einer negativen Art und Weise. Gibt es dazu Pläne, diese Thematik auch in Schulbüchern positiv darzustellen? Es gibt ja ein KMK-Abkommen von 1996 zur interkulturellen Pädagogik. Dort gibt es ganz konkrete Vorschläge zu allen Fächern, auch zu Schulbüchern. Gibt es konkrete Pläne in der Fortbildung, auch diese mit in die Schulausbildung einzubeziehen?



Moderation: Andreas Horchler

Wir wollen das Plenum ja noch für viele andere Redner aufmachen. Denn ich glaube, es gibt von Angesicht zu Angesicht auch noch Möglichkeiten, miteinander zu sprechen. Ich würde gerne noch drei oder vier weitere Fragen an dieser Stelle aufnehmen. Hoffentlich sehr konkret, nicht referierend bitte.

Dr. Kambiz Ghawami, World University Service

Kambiz Ghawami vom World University Service, die WUS. Ich wollte eingangs erst noch danken, dass die Landesregierung so eine Konferenz eingerichtet hat, ein eigenes Ministerium oder ein Ministerium mit entsprechendem Namen hier eingesetzt hat. Und vielleicht eine Anmerkung, eine Anregung. Eine Anmerkung zu der Ausführung von Frau Ministerin Henzler. Sie hat ja eingangs gesagt, dass Bildung ein Menschenrecht ist. Sie haben auf Südafrika verwiesen, auf Afghanistan verwiesen. Deswegen wäre meine Bitte an Sie, die Überlegungen, die bei Ihnen, bei der Landesregierung angestellt werden, Kindern, Jugendlichen ohne legalen Aufenthaltsstatus den Schulbesuch zu ermöglichen, hier doch intensiver zu betreiben. Und auch mit Blick auf den Innenminister Bouffier hier Möglichkeiten zu finden, die im Rahmen des Gesetzes doch bei einer kreativen Herangehensweise möglich sein sollten. Und wenn hier Hessen seinem alten Anspruch „Hessen vorn“ gerecht werden könnte, wäre das, glaube ich, ein sehr positives Signal zur hessischen Integrationspolitik.

Meine Anregung: Bildung nicht nur im schulischen Bereich zu verankern, sondern auch den Hochschulbereich mit in den Blick zu nehmen. In den letzten Jahren ist der Anteil von

Diskussion

Studierenden mit Migrationshintergrund gestiegen. Das ist erfreulich, wir sprechen in diesem Zusammenhang ja von Bildungsinländern, um alleine schon von der Terminologie her zu verdeutlichen, dass es Personen sind, die die Schulen hier durchlaufen haben und jetzt in den Hochschulen sind.

Ich glaube, wenn wir später Lehrkräfte mit Migrationshintergrund haben möchten oder andere Personen in der öffentlichen Verwaltung oder aber auch in der Wirtschaft, dann ist es sinnvoll, das Lotsenmodell, was ja hier in Hessen auch entwickelt wurde, auch auf den Hochschulbereich zu übertragen. Es gäbe da, glaube ich, noch Potenziale, die Beratung und Betreuung, gerade von Bildungsinländern, aber auch natürlich von ausländischen Studierenden insgesamt zu verbessern. Und es steht ja jetzt die Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes an. Da wäre eine gute Chance, dies hier entsprechend mitzuverankern. Da gibt es einen speziellen Passus zur Studienberatung. Warum könnte man nicht gerade hier verankern, dass die Beratung von ausländischen Studierenden intensiviert werden könnte, als Auftrag an die Hochschulen?



Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank! Wir nehmen jetzt noch drei Fragen dazu. Zunächst einmal, wer sich hier am längsten gemeldet hat. Also Sie, bitte.

Dr. Ezhar Cezairli, Vorsitzende des Türkisch-Deutschen Clubs

Ich heiße Ezhar Cezairli, bin Mitglied der deutschen Islamkonferenz, Mitglied des Integrationsbeirates und Vorsitzende des Türkisch-Deutschen Clubs hier in Hessen.

Sie haben darüber gesprochen, dass die Probleme der Integration vor allem darin liegen, dass die Kinder aus Migrantenfamilien ungleiche Startchancen haben. Auf der einen Seite sind das die Defizite, die wir schon benannt haben. Viele Defizite im Bereich der Sprachkompetenzen, der Schulbildung, aber auch die Zugehörigkeit zu sozial eher unteren Schichten, zu bildungsfernen Schichten. Diese Kinder haben zu wenig Unterstützung durch die Eltern. Sie haben vielmehr Identitätskonflikte und ein geringeres Selbstwertgefühl.

Und auf der anderen Seite gibt es aber die strukturellen Probleme, die zwar für alle gelten, unter denen aber Kinder aus Migrantenfamilien besonders leiden. Und ich sage hier trotzdem, dass sich das Bildungssystem den Veränderungen in der Gesellschaft noch nicht angepasst hat. Wir können nicht erlauben, dass Kinder aus dem Elternhaus von vornherein die Voraussetzungen nicht mitbringen oder keine Unterstützung mitbringen. Dass wir deren Potenziale einfach übersehen und diese Potenziale vergeuden. Ich finde es zu früh, dass Kinder nach der vierten Klasse selektiert werden. Aber es ist eine Tatsache, dass die Mehrheit der Kinder aus den Migrantenfamilien eher die Hauptschulen besuchen. Und diese Kinder haben eben nicht mehr die Chance, sich weiterzubilden, eine bessere Chance zu bekommen, Praktikumsplätze zu bekommen, usw. Deswegen müssen wir uns schon Gedanken machen, ob das Bildungssystem, wie es jetzt ist, auch wirklich angemessen ist für die Herausforderungen der Veränderungen in der Gesellschaft. Auch die Empfehlungen

der Lehrer für die weiterführenden Schulen, bei denen sind die Kinder aus Migrantenfamilien eher unterrepräsentiert, wenn es darum geht, eine Empfehlung auszusprechen für eine höhere Schule.

Und wir sind uns alle einig, dass Integration gerade über Bildung geschieht und die Schulen der zentrale Ort von Integration sind. Aber ich finde, zu Bildung gehört auch Kultur. Also Integration kann man auch über Kultur, über Kunst erreichen. Wir müssen sogar über die interkulturelle Bildung der Kinder und der Lehrer soziale Kompetenzen der Kinder bestärken.

Also ich finde, man sollte sich auch Gedanken über die Lehrpläne machen. Es kann ja nicht sein, dass in Klassen mit 90 Prozent Kindern aus islamischen Familien die Lehrer kaum Ahnung über deren Herkunftskultur haben. Ich finde, man könnte, ohne jetzt die ganzen Lehrpläne auf den Kopf zu stellen, zumindest in den Projektwochen auch mal Künstler und Schriftsteller aus den Herkunftsländern vorstellen. Das würde auch deren Selbstwertgefühl stärken, ihre Identität stärken. Denn die meisten Lehrer und auch die Mitschüler kennen meistens nur die Religionszugehörigkeit der Kinder als ein Teil der Kultur. Aber auch in der Türkei gibt es Künstler, es gibt Maler, es gibt Musiker. Dass man dieses auch beachtet in den Schulen, in den Lehrplänen.

Ich könnte noch so viel aufzählen, aber ich will nur noch eins: Vorhin hat Herr Dr. Kaehbrandt ganz richtig festgestellt, dass wir die Begeisterung für die Sprache bei den Kindern auch wecken müssen. Ich finde, wir müssen auch die Begeisterung für die Demokratie hier in Deutschland, für die Werte in Deutschland, für den Pluralismus, für die Freiheit, für die Menschenrechte, für das System, in dem wir leben, wecken, das ja für alle eine Chance bietet. Diese Begeisterung müssten wir auch noch wecken bei den Kindern und bei allen Menschen, die hier an dieser Gesellschaft teilhaben wollen.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank für diesen Beitrag. Meine Damen und Herren, mir ist vollkommen klar, dass Sie alle berechnigte Anliegen haben und den Tag komplett füllen könnten. Aber wenn wir diskutieren wollen, würde ich dringend darum bitten, Ihre Beiträge etwas kürzer zu halten. Wir nehmen noch zwei Stimmen dazu, bitte. Ich glaube, Sie warten am längsten oder relativ lange schon.



Athenagoras Ziliaskopoulos, Archimandrit des Ökumenischen Patriarchats

Athenagoras Ziliaskopoulos, ich bin Pfarrer der griechisch-orthodoxen Metropole von Deutschland. Ich bin zuständig für das Land Hessen und für das Land Rheinland-Pfalz. Zusätzlich bin ich auch Vorsitzender von dem Rat der Religionen Frankfurt.

Ich wollte nur Religion als wichtigen kulturellen, sehr starken Faktor der Migranten vorstellen und ich möchte, dass das Land Hessen dies besonders im Bereich Erziehung und Bildung auch wahrnimmt. Das sollte auch irgendwie im schulischen Religionsunterricht wahrgenommen werden. Ich möchte nur als Beispiel sagen, dass wir

seit Jahren orthodoxen Religionsunterricht in den hessischen Schulen haben. Sehr oft stößt man aber auf Unwissenheit der Schuldirektoren oder der Lehrer. Man muss jedes Mal sehr stark dafür kämpfen, um etwas, das eigentlich für das Land gilt, durchzusetzen.

Dabei möchte ich auch sagen, dass der muttersprachliche Unterricht auch gefördert werden sollte. Und ich möchte auch etwas dem Plenum kurz vorstellen. Es gibt leider auch in Hessen, ich nehme als Beispiel Frankfurt, rein ethnische Schulen, wie zum Beispiel die griechische Schule in Frankfurt. Das ist für mich keine Integrationsförderung. Das Land Hessen sollte vielleicht auch etwas dafür tun, dass keine Parallelgesellschaften, keine rein ethnischen Schulen entstehen. Es gibt zahlreiche Vereine der Migranten, die keinen Kontakt zu anderen Vereinen haben oder keinen Kontakt zu anderen Vereinen fördern. Das sollte vielleicht auch wahrgenommen werden. **Dankeschön!**

Moderation: Andreas Horchler

Eine weitere Wortmeldung würde ich zulassen, dann versuchen wir es abzuarbeiten. **Bitte.**

Liana Novelli Glaab, Coordinamento Donne Italiane di Francoforte e. V.

Ich heiße Liana Novelli Glaab, ich bin die Vorsitzende von Coordinamento Donne Italiane di Francoforte e. V. Wir bieten jetzt im dritten Jahr ein Projekt Elternbildung „Genitor informazi“ zur Förderung italienischsprachiger Mütter, Väter und Kinder an.

Unser Problem ist eben, die Eltern zu erreichen. Wir haben inzwischen ein Publikum, aber ein Publikum, das wahrscheinlich auch ohne uns auskommen würde. Das rätselhafte Scheitern, auf das Herr Dr. Kaehlbrandt sich bezog, leider von italienischen Kindern in der Schule, die seit Jahren, seitdem ich angefangen habe zu unterrichten 1974, immer noch dieselben Prozentzahlen von Misserfolg aufweisen.

Wir möchten die Eltern begleiten, wir möchten sie ermutigen, ihre Sprache, ihren Dialekt, das, was sie am besten können, zu sprechen. Leider kommen unsere Kinder in die Schule schon mit einer derartigen sprachlichen Deprivation, dass sie in die Programme, die wunderbaren Programme der Hertie-Stiftung, der Polytechnischen Gesellschaft, des Diesterweg-Stipendiums nicht hineinkommen. Herr Kaehlbrandt, ich habe mit Frau von Auer gesprochen, die mir bestätigt hat, dass die Italiener gar nicht hineinkommen, weil sie nicht vorgeschlagen werden. Also wir brauchen eigentlich Hilfe, damit wir die Eltern erreichen, die nicht einmal wissen, dass ihre Kinder mit sprachlichen Deprivationen keinen Erfolg haben können. Das sind ja Kinder, die niemals ein Buch in der Hand gehabt haben, bevor sie zur Schule kommen. Das sind Kinder, die nie in einem Museum gewesen sind. Also einfach bei der Unterstützung unseres Projekts wäre uns sehr geholfen. Wir fangen mit der Geburt an, der italienische Konsul schreibt einen Brief von uns und dieser Brief wurde der Erfahrung nach meistens gar nicht gelesen, der landet im Papierkorb. Also insofern sollten wir wirklich das Ehrenamt ausbauen. Wir arbeiten ehrenamtlich sehr engagiert, wir sind ein Verein von ehemaligen Lehrerinnen und Erzieherinnen. Ich habe mit Herrn Marincola „Projecto scuola“ mitbegründet, aber wir müssen von der Geburt an anfangen, sonst kommen wir eigentlich nicht weiter.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank für diesen Beitrag. Was es damit auf sich hat, Herr Dr. Kaehlbrandt, können wir bestimmt sofort klären, nicht?

Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft

Signora, mille grazie per la sua contribuzione! Das Diesterweg-Stipendium ist der Versuch, eine professionelle Kinder- und Elternbildung beim Schulübergang zu organisieren. Dazu wurden uns zunächst einmal die Familien vorgeschlagen, deren Kinder ein recht gutes Potenzial haben, aber schwach in der deutschen Sprache sind, und deren Eltern den Kindern beim Übergang in die neue Schule nicht helfen können, aber wollen.

Lassen Sie uns erst einmal da anfangen, wo wir mit ganz guten Vorzeichen, gleichwohl aber mit Familien in schweren Lebenslagen, anfangen können.



Moderation: Andreas Horchler

Frau Ministerin. Wir haben natürlich ein ganz großes Bündel an Fragen, das sich, wen wundert's, beim Integrations-thema Bildung an Sie richtet. Vielleicht beginnen wir mit der GEW. Gibt es genügend Stellen? Die Förderung der Mehrsprachigkeit wurde angemahnt und Lehrer einbeziehen in den Integrationsplan?

Staatsministerin Henzler

Jetzt fragen Sie die Kultusministerin, ob es genug Stellen und Geld für Schulen gibt. Dann sage ich Ihnen, natürlich gibt es nicht genug Stellen, es gibt auch nicht genug Geld für die Schule. Jetzt sage ich Ihnen aber als Mitglied dieser Landesregierung: Wir haben in diesem Schuljahr tausend neue Lehrerstellen geschaffen. So viel wurde in einem Schuljahr in Hessen noch nie an Lehrerstellen geschaffen. Das heißt, wir haben einen riesengroßen Schritt hin zur besseren Versorgung unserer Schulen getan. Und der Schulanfang hat auch gezeigt, wie ruhig dieser Schulanfang war und wie gut alle Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern versorgt sind. Ich denke, da tut Hessen unheimlich viel.

Um die Bildung und die innere Sicherheit ist ein Zaun gezogen, da wird nicht so viel gespart, wie in den anderen Bereichen gespart werden muss. Im kommenden Jahr wird Hessen den höchsten Schuldenstand und die höchste Neuverschuldung haben, die es je gab. Irgendwann müssen das unsere Kinder, denen wir ja jetzt in der Bildung helfen wollen, zurückzahlen.

Muttersprachlicher Unterricht bzw. herkunftssprachlicher Unterricht ist in Hessen ein freiwilliges Angebot, das in Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern durchgeführt und



in vielen verschiedenen Sprachen angeboten wird. Wir haben momentan nicht die Absicht, das wieder zu ändern. Wir haben ganz klar und deutlich gesagt: Wir wollen das, was wir haben, in die Förderung der deutschen Sprache stecken und den Kindern so früh wie möglich helfen, die deutsche Sprache zu erlernen.

Einstellung von Lehrern mit Migrationshintergrund – das ist letztendlich

Sache der Schulen. Die Schulen suchen sich heute schon ihre Lehrer zum Großteil selber aus. Ich halte es für ganz wichtig, dass wir mehr Lehrer mit Migrationshintergrund bekommen, insbesondere in Schulen, an denen es viele Kinder mit Migrationshintergrund gibt. Wir werben auch dafür, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund sich für den Lehrerberuf entscheiden.

Kinder ohne Aufenthaltsstatus – Sie wissen alle, dass das ein Thema ist, das mir sehr am Herzen liegt. Wir sind in einer engen Abstimmung zwischen dem Justizministerium, dem Innenministerium und dem Kultusministerium. Ich bin guter Hoffnung, dass wir da eine für alle Schulleiter und für alle Kinder befriedigende Lösung hinbekommen.

Novellierung Hochschulgesetz – das ist im Kabinett beschlossen worden und geht in die Anhörung. Es wäre wichtig, dass Anregungen, wie sie hier gegeben worden sind, dort ebenfalls zur Sprache kommen.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. Herr Minister Hahn, direkt dazu. Ich finde aber, es sind auch Themen aufgeworfen worden, die wir nicht so sehr im Fokus unserer täglichen Integrationsarbeit haben, die jedoch möglicherweise sogar die wichtigsten sind. Identitätskonflikte sind aufgeworfen worden. Können wir es uns leisten, Potenziale zu vergeuden? Welche Rolle spielt die Religion? Können wir es billigend in Kauf nehmen, dass so eine Art Einigung stattfindet, bei Vereinen beispielsweise, aber auch im religiösen Raum?

Staatsminister Hahn

Ja, vielen Dank. Ich möchte mich zu allererst bei Frau Cezairli bedanken, für ihr Plädoyer „Werben für Demokratie, Werben für das Wertesystem“. Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass wir das in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht ordentlich gemacht haben. Man kann ja auch begründen, woran es gelegen hat. Ich weiß, dass ich mir jetzt den einen oder anderen Feind im Raume hier mache, aber meine These ist ja, dass eine Analyse nie diskriminierend sein kann. Wir hatten zwei Lebenslügen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Die eine Lebenslüge war: Wir sind kein Einwanderungsland. Das ist ja jetzt spätestens durch den Nationalen Integrationsplan von Frau Bundeskanzlerin aufgehoben worden. Und alle wissen jetzt auch, dass wir ein Einwanderungsland sind.

Die zweite Lebenslüge war: Mit Multikulti kann man alles ohne gemeinsame Wertesysteme organisieren. Auch das, glaube ich, ist nicht mehr Grundlage der Debatten. Ich will das jetzt auch gar nicht parteipolitisch zuordnen. Aber wenn man sich erst seit einem Jahrzehnt ernsthaft mit der Frage auseinandersetzt, wie man Integration organisiert, dann hat man natürlich für die Werte bisher nicht richtig geworben. Ich bin angenehm überrascht, das ist noch eine viel zu milde Ausdrucksform, mit welcher Dank-



barkeit klare Aussagen zur Kenntnis genommen werden. Ich hatte meinen ersten Auftritt als Integrationsminister bei Herrn di Benedetto, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, wenige Tage nachdem ich hier in diesem Raum die Ernennungsurkunde von Roland Koch überreicht bekam, und habe dort erklärt: „Freunde, bevor wir uns jetzt über irgendwas unterhalten, über eins unterhalte ich mich mit keinem in diesem Raum, das ist die Wertgrundlage unserer Gesellschaft.“

Ich meine jetzt nicht die deutsche Leitkultur, damit Sie mich richtig verstehen. Sondern ich meine das, was wir in den Artikeln 1 bis wie auch immer, da kann man sich jetzt drüber streiten, ich als Jurist sage bis Artikel 19 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stehen haben. Und da reicht es ja eigentlich schon für jede Auseinandersetzung, wenn man den Artikel 1 nimmt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Und ich bin überrascht, dass darüber auch keiner mehr mit mir reden will! Und das ist anders als noch vor



sechs, sieben, acht Jahren. Da wurde noch verhandelt darüber, ob wir nicht das eine oder andere doch ein bisschen anders machen vielleicht, wir müssten uns doch öffnen. Nein! Das ist die Grundlage hier in unserer Gesellschaft, die ist jetzt auch unstrittig.

Aber ich habe zwei Wahrheiten gesagt und ich glaube, das ist die dritte Wahrheit dazu. Deshalb müssen wir jetzt dafür werben. Das machen wir viel zu wenig. Vielen Dank, dass Sie uns diesen Hinweis noch einmal gegeben haben.

Ich glaube, dass wir damit auch bei der Frage von Herrn Horchler, bei dem Thema Identität, weiterkommen. Und da will ich auch gleich noch die Religionsfrage dazusetzen. Vielleicht klingt das

aus dem Munde eines Liberalen zunächst etwas widersprüchlich. Aber ich bin der festen Überzeugung, man braucht eine ganz gesunde Ratio. Und Vernunft, das haben wir uns ja nicht erst seit Kant klarmachen müssen, ist eine der Grundlagen einer Gesellschaft, um miteinander ordentlich leben zu können. Nur gehört meiner Meinung nach zu dem Kopf und zu dem Nüchternen und zu der Vernunft auch noch, das nennen jetzt viele anders, ich nehme jetzt mal das Wort Seele. Da können Sie jetzt viele andere Bewertungen dazu machen, aber das hat natürlich etwas mit Religion zu tun. Deshalb haben wir ja in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, dass wir etwas Neues hier in Hessen machen wollen. Islamkundeunterricht kann jeder. Sorry, wenn ich das so flapsig formuliere. Es ist eine Frage, dass man erstens einen Raum, zweitens einen Lehrer und drittens genug Kinder in der Klasse hat. Und dann kann der Lehrer das, wenn er ausgebildet ist, einfach machen. Aber bekenntnisorientierten Islamunterricht zu machen, das ist etwas anderes. Aber das ist genau das, was unser Artikel 7 Grundgesetz vorschreibt. Dass das nur in den Schulen möglich ist, jedenfalls wenn wir es als bekenntnisorientierten Unterricht machen wollen. Ich möchte ihn! Ich möchte, dass die Kinder, dass unsere Schüler mal mit den Glaubensrichtungen konfrontiert werden, die in ihrer Gesellschaft, in ihrer Familie von Wichtigkeit waren. Was sie dann daraus machen, das ist ihr Job. Das ist ganz etwas anderes. Und es gibt ja

genügend, ich gehöre auch zu denen, die eine sehr starke Arbeit in der evangelischen Jugend gehabt haben und dann verschiedene Phasen des Glaubens und auch des Sich-damit-Auseinandersetzens hatten. Aber ich hab es wenigstens mal erlebt.

Deshalb, Sie haben vollkommen Recht, neben alledem, was organisatorisch ist, brauchen wir Werte. Wir müssen auch den jungen Menschen zeigen, dass es zur Identität auch dazugehört, nicht nur die deutsche Sprache zu beherrschen, sondern auch mit Religionen konfrontiert zu werden.

Ich habe eine letzte Frage bzw. eine letzte Anmerkung, und da bin ich etwas anderer Auffassung als einige hier und auch als Frau Cezairli: Ja, es ist richtig, die Analyse zeigt, dass die Migranten einen hohen Prozentsatz der Hauptschüler stellen, ohne Frage. Da brauchen wir Zahlen nicht interpretieren. Nur aus dieser Tatsache zu schließen, wir müssten ein anderes Schulsystem haben, halte ich für verwegen. Ich glaube nicht, dass das so einfach zu beantworten ist. Oder um es etwas polemischer zu formulieren: Das Problem ist doch nicht die Hauptschule, sondern das Problem sind die Hauptschüler. Und dem komme ich nicht nahe, dem kann ich nicht abhelfen, indem ich das einfach etwas anders organisiere.

Das ist so eine typisch hessische Reaktion, Herr Dr. Kaehlbrandt hat vorhin schon darauf hingewiesen, manche Reaktionen sind typisch deutsch. Dass Sie das einer italienischen Kollegin gesagt haben, freut mich umso mehr. Aber das ist wieder so eine typische Reaktion, dann organisieren wir einfach um und alles wird besser. Nein! Es kann besser werden, aber dafür gibt es keine Gewissheit, sondern wir müssen uns darüber unterhalten. Und das war ja der Ansatz von Doris Henzler und das ist ja auch der Ansatz von Jürgen Banzer, dass wir versuchen, die Starterschwernisse, die die Migrantenkinder mit in ihren Rucksack bekommen, nämlich nicht zu 100 Prozent an der Kommunikation teilnehmen zu können, weil sie die deutsche Sprache nicht früh genug altersgerecht lernen. Dass wir diesen Rucksack leeren, damit sie sich dann in dem Schulsystem genauso gleich am Anfang mit Chancen auseinandersetzen. Das ist, glaube ich, ein anderer Ansatz, über den wir natürlich immer neu diskutieren müssen. Ich wollte ihn hier nur hinterlegen.

Und dann möchte ich als letzten Punkt nur eine Begebenheit schildern, die mich sehr nachdenklich stimmt, weil ich darauf auch noch keine Antwort habe. Vor ungefähr sechs Wochen, während meiner Sommerreise nach Stadtallendorf: Ich besuche die Moschee, auf die ein Angriff gemacht worden ist, wo geschossen wurde. Wir würden das neudeutsch als Juristen als „schänden“ bezeichnen. Wir saßen danach zusammen, in einem kleineren Kreis, in Anwesenheit der örtlichen Journalisten. Es war der Moscheevereine, es waren städtische und Kreisbedienstete dabei, Elternvertreter, insbesondere türkische und marokkanische. Und irgendwann sagte ein Vater, ein türkischer Vater: „Wissen Sie, Herr Minister, Sie erzählen immer, oder ich hab das ja auch schon gelesen, und jetzt haben Sie es wieder gesagt, ich soll meinen Kindern so früh wie möglich die Möglichkeit geben, dass sie Deutsch lernen. Das würde ich ja gerne tun. Nur wohne ich – jetzt erfinde ich das – im Stadtteil A und die Population in unserem Kindergarten beträgt 70 Prozent türkischstämmiger Kinder. Ich würde mein Kind jetzt gern in Stadtteil B bringen, da beträgt die Population nur 40 Prozent.“

Ich glaube, Sie denken jetzt genau wie ich darüber nach, was uns dieser Vater sagen wollte. Natürlich ist es ganz vernünftig, dass dort – das kennen wir ja alle, und sei es nur im Urlaub –, wo man in einer Gruppe ist, die auch deutsch spricht, nur deutsch gesprochen wird. Wir können ja jetzt schlecht die Kindergartenorganisation ändern. Ich trage das deshalb vor, weil wir da selber auch zwar nicht wortbrüchig sind, aber jedenfalls nicht konsequent in der Argumentation. Und das ist ein praktisches Problem. Das reiche ich jetzt

ungeschminkt an die Kommunalvertreter weiter. Aber ich glaube, auch da müssen wir noch auf die Interessen eingehen. Ich fand es jedenfalls faszinierend, dass der Vater das festgestellt hat. Denn bisher hat mich mit diesem Thema so noch keiner konfrontiert.

Vielen Dank!

Moderation: Andreas Horchler

Schönen Dank, Herr Minister Hahn. Wir steuern so langsam auf unsere Mittagspause zu. Aber es gab noch so viele Fragen, sodass ich eine einzige Frage gerne noch zulassen und beantworten lassen würde. **Bitte sehr.**

Nuray Karaca, „Crossing the bridge“ Leibniz-Schule, Wiesbaden

Herzlichen Dank! Wir haben heute total viele Projekte kennen gelernt. Ich bin selbst Projektteilnehmerin und Projektleiterin, aber ich glaube, nein, ich bin fest davon überzeugt, dass wir ein Vermittlungsproblem haben, das überhaupt nicht angesprochen wurde. Integration funktioniert nur, wenn beide Seiten arbeiten, sowohl die Nichtmigranten, also die Gruppe ohne Migrationshintergrund, als auch die mit. Und in der Bevölkerung haben wir diesen Rückhalt nicht.

Ich besuche die 13. Klasse und dort gibt es so viele Schüler. Auf dem Gymnasium ist es sowieso noch etwas anderes. Wie viele Jugendliche aus Akademikerfamilien oder aus deutschen Familien haben denn einen Freundschaftskreis, in dem so viele Schüler mit Migrationshintergrund vertreten sind? Es sind so wenig.

Ich will mich zwar nicht in den Vordergrund drängen, aber ich hab bei so einer Casting-Show mitgemacht, da sollte man sich sozusagen als Bundeskanzlerin behaupten. Und ich kam ins Finale. In der Schule war die Hölle los. Die haben gesagt: „Wir wollen keine türkische Bundeskanzlerin!“ Leute, das ist eine Show! Das war nichts Ernstes, ich will nicht Bundeskanzlerin werden. Aber trotzdem hat man nicht den Rückhalt. Ich will lieber Außenministerin werden. Ich glaube, da muss man sehr viel arbeiten. Eine Kultur öffnet sich nur, also auch die deutsche Kultur öffnet sich nur, wenn sie die eigene Kultur kennt. Und wie viele deutsche Jugendliche kennen die eigene deutsche Kultur? Wo ist die deutsche Kultur? Und ich glaube, wir sollten da eher auch auf diese andere Seite achten, da auf die deutsche Gruppe eingehen, damit die überhaupt sagen: „Okay, ihr gehört wirklich zur Gesellschaft.“ Und das sind nicht viele. Also die im Alter von 13 bis 18 Jahren und noch weiter, die haben kein Verständnis dafür, die haben nicht dieses Gefühl der Eigen- und der Fremdverantwortung. Das kommt erst sehr viel später. Gehen Sie mal in die Junge Union zum Beispiel. Das ist jetzt nichts gegen die Partei, aber da gibt es ganz, ganz viele konservative Jugendliche, mit denen ich mich natürlich auch unterhalte und die dann erst beginnen zu überlegen und sagen: „Okay, eigentlich stimmt das schon.“ Aber da müssen wir sehr viel machen.

Auch in Richtung Rechtsextremismus und so. Was gedenken Sie in dieser Richtung zu tun? Also ich finde, das wurde jetzt nur immer einseitig genannt. Es sind so Leute, die diese Stiftungen führen, es sind gar nicht engstirnig und kosmopolitisch denkende Menschen, aber das sind nicht so viele. Klar, ich hatte jetzt den Rückhalt in meiner Familie und in den Erwachsenenkreisen, bei meinen Lehrern, meinem Wahlkampfteam und so. Aber das waren nicht die Schüler und nicht Gleichaltrige. Das finde ich total erschreckend und da müssen wir sehr viel mehr machen. Und ich würde das nicht so in den Hintergrund geraten lassen, sondern wirklich darauf eingehen und nicht immer alles verschönern. Denn es ist nicht alles Friede, Freude, Eierkuchen. Danke!

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, „Frau Außenministerin“! Herr Dr. Kaehlbrandt, wie gehen wir damit um, mit dem Vermittlungsproblem, mit der Beidseitigkeit von einem Problem, das in der Tat nach wie vor sehr häufig einseitig geschildert wird.

Dr. Roland Kaehlbrandt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Polytechnische Gesellschaft

Auch diese Seite der Integration ist wichtig. Wir sind aber noch nicht am Ende dieser Konferenz. Integration setzt auch voraus, dass unser Land dies als Aufgabe und Chance sieht. Und die Chance besteht eben auch darin, sich dabei des eigenen Selbstverständnisses gewiss zu werden. Was sind unsere freiheitlichen Traditionen? Daran haben ja auch Zuwanderer mitgewirkt. Denken Sie an die Hugenotten und ihre Rolle in der Aufklärung. Die Weiterentwicklung dieser freiheitlichen Traditionen ist nun unzweifelhaft eine Aufgabe für alle, die in unserem Land leben. Um es einmal ganz handfest zu machen: In einem lokalen Projekt wie den „Stadtteilbotschaftern“ kann man sehen, dass sich alle dort tätigen Jugendlichen als Frankfurter ansehen und dass sie sich selbstverständlich für die Zukunft der Stadt einsetzen. Es spielt keine Rolle, woher die Stadtteilbotschafter kommen. Sie blicken gemeinsam nach vorn, sie wirken am Gemeinwesen mit. Dass wir solche Formen weiter pflegen, kultivieren und verbreiten müssen, dann kommen wir weiter in der Richtung, die du angesprochen hast.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Dr. Kaehlbrandt! Es ist 12.31 Uhr. Wir haben zwar ein bisschen später angefangen, haben aber nachher einen relativ engen und klaren Zeitplan. Deshalb bitte ich um Verständnis. Wenn wir uns jetzt hier erheben, bedeutet das ja nicht, dass man nicht über das Thema Integration und Bildung weiter miteinander sprechen kann. Auch während der Mittagspause ist das ja durchaus möglich. Ich habe noch im Aufgabenheft: Bitte denken Sie an Ihre Fragebögen. Die sollten möglichst abgegeben werden, damit wir damit später noch etwas anfangen können. Mittagspause machen wir bis 13.30 Uhr. Wir werden uns dann pünktlich zum ebenso spannenden Themenkomplex „Wirtschaft und Arbeit“ wieder hier treffen. Wenn es irgend geht, bitte pünktlich um 13.30 Uhr wieder hier sein.

Herzlichen Dank!



Themenschwerpunkt

**2.5 Themenschwerpunkt
„Wirtschaft und Arbeit – dynamische Integrationsimpulse!“**

2.5.1 Einführung und Moderation: Andreas Horchler, Hessischer Rundfunk

Meine sehr verehrten Damen und Herren, willkommen zurück zur ersten Hessischen Integrationskonferenz. Das Thema Bildung haben wir in unserer ersten Runde sehr breit behandelt. Wirtschaft und Arbeit soll jetzt beim zweiten Panel unser Thema sein. Sie haben gesehen, hier auf dem Podium hat sich einiges geändert. Wir haben, wie bei der ersten Runde auch, einige Impulsreferate und werden dann sofort in die offene Diskussion einsteigen. Ihre Fragebögen sind in guten Händen, habe ich mir sagen lassen, und ich bin gespannt, was wir daraus als Ertrag für die Integration in unserem Bundesland, in Hessen, ziehen können.

Wir möchten noch mal ein bisschen rekapitulieren und ein wenig zusammenfassen, gemeinsam mit Herrn Hahn. Herr Staatsminister, bei dem Ertrag unserer ersten Diskussionsrunde, uns war das vollkommen klar, geht es um eine Bestandsaufnahme in einem sehr großen Rahmen, den wir hier gewählt haben. Dass alle Player sozusagen wissen, was die anderen tun, wie sie im Inneren zusammenleben und wie es funktioniert, wo die Punkte sind, die nicht gelöst sind. Einiges ist auf den Tisch gekommen. Und, Herr Hahn, mir schien es eigentlich sehr interessant, dass das Themenspektrum Schule natürlich sehr intensiv behandelt wurde. Dass aber jenseits von Schule doch bei mehreren Diskussionsbeiträgen und den gehörten Vorträgen sehr betont wurde, dass es denjenigen, die im Prozess Integration involviert sind, sehr stark darum geht, auch im Zusammenhang mit Bildung auf Familien zuzugehen. Es geht sehr stark darum, die gesellschaftliche Komponente zu betonen, auch als Lösungsansatz für Integrationsprobleme. Teilen Sie das?

Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa

Ich teile das nicht nur, lieber Herr Horchler, sondern ich habe in der Mittagspause auch festgestellt, dass eine Reihe von Mitdiskutanten gesagt hat, Ihr müsst das jetzt noch intensiver machen. Wo ist denn eigentlich das Thema der Mütter, der Frauen? Wie ist das mit der Erwachsenenbildung? Ich glaube, dass wir das nicht vergessen haben, aber dass es gut ist, dass wir noch mal richtig diskutiert haben, es auf die Tagesordnung zu setzen. Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung: Ich habe jetzt auch in der Mittagspause gemerkt, dass wir uns doch in vielen Punkten unheimlich nah sind, und das macht mich sehr optimistisch oder stimmt mich sehr optimistisch, dass wir das dann auch umsetzen können. Denn es ist vorhin von der jungen Dame angesprochen worden, wie sie in der Schule etwas kritisch beäugt worden ist, Thema Bundeskanzlerin oder Außenministerin, wie auch immer. Ich will sagen, das geht mir genauso. Ich habe in den letzten Wochen viel positive Unterstützung bekommen, in den letzten Tagen aber auch häufiger wieder gehört: Sag mal, muss man sich eigentlich wirklich so intensiv um Integration kümmern? Habt ihr keine anderen Probleme?

Das ist ein bisschen dasselbe von der Mentalität, die dahintersteht, deshalb müssen wir weiter dafür werben. Ich glaube, das können wir jetzt auch sehr gut tun. Und ich freue



mich sehr, nachdem heute Vormittag ja der Innenminister Volker Bouffier und die Kultusministerin Dorothea Henzler hier gewesen sind, dass wir jetzt sozusagen die nächste Besetzung aus dem Kabinett hier haben mit Herrn Staatsminister Jürgen Banzer und Herrn Staatsminister Dieter Posch. Und ich glaube, da können wir jetzt auch viel lernen, zuhören und insbesondere in der Diskussion dann viele weitere Dinge auf den Weg bringen.

Vielen Dank!

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Minister Hahn. Das Podium möchte ich komplett noch einmal für unsere Runde „Wirtschaft und Arbeit – dynamische Integrationsimpulse“ vorstellen. Neben mir sitzt Jürgen Banzer, er ist schon vorgestellt worden. Er ist Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit. Herzlich willkommen! Direkt neben ihm Dieter Posch, der Hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Herzlich willkommen, wir sind gespannt auf Ihr Kurzreferat! Wolfgang Forell ist ebenso bei uns, von der Bundesagentur für Arbeit, Vorsitzender der Geschäftsführung bei der Regionaldirektion Hessen. Willkommen bei uns! Außerdem Arif Arslaner, Geschäftsführer bei KUBI e. V. Er hat mir vorhin in der Mittagspause gesagt, dass er noch viele andere Ämter hat und ein lebendes Beispiel für Integration ist. Aber davon wird er uns in seinem Kurzreferat selbst erzählen und der anschließenden Diskussion.

Ich darf Sie vorab schon mal für die Diskussion nach den Kurzreferaten bitten, möglichst kurze Anmerkungen zu machen und kurze Fragen zu stellen, damit wir möglichst viel zu diesem komplexen Thema beitragen können und um ein möglichst breites Meinungsbild zu erhalten. Wir wollen wirklich versuchen, uns Koreferate zu ersparen. Ich werde es nachher auch noch einmal sagen, sehr redundant, aber vielleicht funktioniert es dann.

Auch darf ich daran noch einmal erinnern, Herr Minister Hahn hat es schon in seiner Einführungsrede gesagt, jede Ministerin, jeder Minister dieser Landesregierung betreibt engagierte Integrationspolitik. Jürgen Banzer mit der Arbeitsmarktpolitik, seiner Kindergarten-, Jugend- und Familienpolitik und Frau Henzler mit der Schulpolitik, Dieter Posch mit der Wirtschaftspolitik, Volker Bouffier im Ausländerrecht, im Sport und in der Kommunalaufsicht, Eva Kühne-Hörmann in der Hochschulpolitik und bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Herrn Bouffier und Frau Henzler haben wir schon gehört. Zum Thema haben wir jetzt zwei weitere Vertreter der Hessischen Landesregierung. Wir wollen zunächst mit einer Bestandsaufnahme durch Herrn Banzer beginnen. Herr Banzer, bei Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen sind Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialleistungen höher, viel höher als bei den anderen. In der Erkenntnis, dass es sich hier ja keineswegs um bare Ungerechtigkeit handelt und handeln kann, sondern dass diesem Umstand ein Bündel von Gründen vorangeht, kommen wir nicht umhin, dass wir uns diesen Zustand auf Dauer nicht leisten können werden, angesichts der Demografie beispielsweise. Skizzieren Sie uns doch bitte die Integrationsmaßnahmen Ihres Hauses für den Arbeitsmarkt, für unser Bundesland Hessen.

Themenschwerpunkt

2.5.2 Jürgen Banzer, Hessischer Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Integration ist sicherlich in erster Linie ein gesellschaftspolitischer Themen- und Aufgabenbereich. Integration ist natürlich in zweiter Linie auch eine bildungspolitische Aufgabenstellung und selbstverständlich auch – und ich glaube, in den nächsten Jahren auch immer mehr – eine ökonomische Herausforderung. Ich glaube, dass aber gerade aus der ökonomischen Herausforderung ein positiver Rückenwind für das ganze Thema entstehen kann, weil die Gesellschaft, und zwar beide Seiten, sowohl die Bevölkerung, die wir noch mehr integrieren wollen, aber auch die Bevölkerung, die zum Teil vielleicht Integrationsbemühungen distanziert gegenübersteht, erkennen wird und erkennen muss, dass Deutschland seine Ökonomie und auch seine Gesellschaft darauf angewiesen sein werden, jeden Menschen mitzunehmen und dafür zu sorgen, dass möglichst jeder, der in unserem Land lebt, auch eine ökonomische Chance bekommt.



Die Zahlen sind eindeutig. Die Zahl der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund ist signifikant höher. Die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die über Ausbildungsverträge verfügen, ist signifikant niedriger. Man kann dieses gesamte Zahlenspektrum sehr eindeutig auffächern und sieht überall, dass dort sehr unterschiedliche Ergebnisse zustande kommen, sodass die Gerechtigkeitsfrage in diesem Themenbereich eindeutig zu stellen ist und negativ beantwortet werden muss.

Es ist völlig klar, wo die Grundannahme, die Grundvoraussetzung liegt. Sie liegt selbstverständlich im Bereich der Bildung. Meine Aufgabe ist in diesem Zusammenhang, Bildung möglichst ganz früh anzusetzen, denn dem Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit ist auch der Bereich der Kinderbetreuung zugeordnet. Dort gibt es ohnehin eine neue Einschätzung der Notwendigkeiten. Wenn früher Kindergärten und Kinderbetreuung vor allem unter dem Aspekt, dass die Kinder vernünftig, fachlich kompetent betreut werden, im Vordergrund standen, ist inzwischen durch die Erkenntnisse der Hirnforschung und vieles, was inzwischen klar ist, deutlich geworden, dass in den ersten Jahren die Potenziale und die Chancen der jungen Menschen angelegt werden und dass deswegen Kindergarten und Kinderbetreuungseinrichtungen Bildungseinrichtungen sind und dass deswegen in diesem Bereich sehr viel investiert werden muss. Das ist Herausforderung und Chance zugleich.

Die Hessische Landesregierung hat sich vorgenommen, in dem Bereich der Kinderbetreuung und Kindererziehung einen Schwerpunkt zu setzen. Wir wollen sehr systematisch an die Aufgabe herangehen und wollen erreichen, dass jedes Kind, wenn es in die Grundschule kommt, Deutsch gut sprechen und verstehen kann und durch sprachliche Defizite kein Handicap in der Schule hat, am Unterricht teilzunehmen. Wobei an der Stelle gesagt werden muss, dass dies nicht nur eine Frage für Kinder mit Migrationshintergrund ist. Nach unserem Sprach-Screening wissen wir, dass rund 50 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund Sprachhandicaps haben. Und man muss dort das Kriterium sehr eng ansetzen. Wenn ein Kind schon etwas holperig spricht oder mit Akzent, dann kann das schon zu einer

Themenschwerpunkt

Zurückhaltung im Unterricht führen. Daraus entsteht dann schon relativ schnell eine geringere Unterrichtsbeteiligung und damit ein Handicap, das den späteren Bildungserfolg betrifft. Aber es ist auch bemerkenswert, dass 20 Prozent der Kinder mit deutschsprachigem Hintergrund ebensolche Sprachhandicaps haben.

Das ist also eine Aufgabe, die in beide Bereiche geht und der wir uns flächendeckend widmen wollen. Das, was wir bisher getan haben, nämlich im Bereich der Vorlaufkurse, den Versuch, Kinder in ihren Sprachmöglichkeiten zu unterstützen, werden wir versuchen sehr viel systematischer in den nächsten Jahren anzugehen. Wir haben uns vorgenommen, dass wir ein flächendeckendes Angebot von Unterstützung von Kindern in Hinführung auf die Grundschule aufbauen. Dabei wissen wir, dass Kindergarten Kindergarten bleibt und nicht Schule ist. Man muss also mit den Methoden und mit den Instrumenten, die die Eltern auch abfragen und die als typisch in Kinderbetreuungseinrichtungen gelten, versuchen, diesen Standard zu erreichen.

Herausforderung bleibt, dass es, obwohl das letzte Kindergartenjahr ja beitragsfrei ist, trotzdem nicht gelingt, alle Kinder in den Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen zu bringen. Wir vermuten, dass das ca. sechs Prozent der Kinder sind, die keine Betreuungseinrichtung besuchen. Diese sechs Prozent machen uns Sorgen, weil es auch oft die sind, die nachher sprachliche Schwierigkeiten und Integrationsprobleme haben. Wie kommen wir an diese sechs Prozent heran? Wir können keine Kindergärten, wollen wir auch nicht – ich glaube, das wäre verfassungsmäßig sehr kritisch – wir wollen keine Kindergartenbesuchspflicht einführen, aber wir müssen für den Kindergartenbesuch werben. Das ist ja der interessanteste Aspekt. Integration muss von beiden Seiten gewollt werden und muss als Chance gesehen werden. Bildung muss als Chance gesehen werden! Wir wissen schon lange, dass es im Bereich des Bildungserfolges nicht auf den Migrationshintergrund ankommt, sondern darauf, ob aus dem Elternhaus Rückenwind für Bildung gegeben wird, ob akzeptiert wird, dass das eine Sache ist, die die Chancen jedes Kindes stärkt und nutzt, und wir müssen versuchen, an dieser Stelle an die Kinder heranzukommen.

Eine Idee, die wir mit ganz beachtlichem Erfolg in den letzten Jahren umgesetzt haben und die wir ausbauen wollen, ist der Versuch, über die Hebammen sehr früh an die Familien heranzukommen. Wir bilden Familienhebammen aus, bei denen eben nicht diese Hürde des Jugendamtes und damit der offiziellen Staatlichkeit als Grenze oder vielleicht sogar als staatliche Bedrohung oder Bevormundung verstanden wird. Familienhebammen braucht man. Die kommen zu Frauen in positiven und wichtigen Situationen und Phasen



der Schwangerschaft und haben deswegen von vorneherein eine Vertrauensstellung. Wenn es uns gelingt, über diese Zugänge auch gerade in solche Familien hineinzukommen, wo es etwas schwieriger wird, können wir vielleicht auch noch an dieser Baustelle der sechs Prozent, die mir große Sorgen macht, etwas erreichen.

Wir wissen, dass wir den Bereich der Null- bis Dreijährigen immer stärker in den Fokus nehmen müssen. Also nicht nur den klassischen Kindergarten, sondern auch die ersten Jahre, die bisher noch gar nicht bildungsspezifisch angesehen wurden, werden in den nächsten Jahren ins Visier genommen. Ich glaube, dass wir in diesem Bereich für alle spielerisch, ohne dass das eine dramatische Belastung oder Eingrenzung oder eine große gesellschaftspolitische Neuorientierung bedeutet, dass wir an dieser Stelle die Kinder mitnehmen können und sie ganz gelassen auf Schule vorbereiten können.

Wir wollen dann, nach der Schule, die nächsten Bereiche auch weiter verstärkt in den Fokus nehmen. Das Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit legt einen Schwerpunkt in seinem Arbeitsmarktprogramm im Bereich der Vorbereitung auf Ausbildung. Leider sind bei Weitem nicht alle Schülerinnen und Schüler, die einen Schulabschluss erreicht haben, sofort ausbildungsreif. Wir setzen ganz bewusst dort einen Schwerpunkt. Von den rund 40 Millionen Euro, die wir in Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme investieren, gehen weit über 50 Prozent in den Bereich Integration von Jugendlichen und Menschen mit Handicaps. Wir haben Ausbildungsprogramme, gezielte Ausbildungsprogramme für Migrantinnen und Migranten, die nachgefragt werden, in denen wir viele Herausforderungen sehen. Insbesondere, dass diese Programme auch zur richtigen Berufseinmündung führen, nämlich in die Berufe, denen eine Perspektive innewohnt, von denen man weiß, dass nachher eine berufliche Chance besteht. Wir wissen, dass das insbesondere Berufe sind, die ich als personenzentrierte Berufe benennen will, wo wir insgesamt gesellschaftskritisch feststellen müssen, dass interessanterweise die Berufe, wo man Menschen ganz nahe kommt, in unserer Gesellschaft gegenwärtig eher unpopulär sind.

Bei Erzieherberufen oder Krankenpflegeberufen, Altenpflegeberufen oder sogar Lehrerinnen und Lehrer haben wir zu wenig Zulauf, und sogar Ärzte haben wir in Hessen zu wenig! Also überall da, wo es ganz nahe an Menschen herangeht, wo es riesige Berufschancen gibt, haben wir Probleme, genug Personen zu finden, die diesen Beruf ausüben wollen. Insbesondere weil das alles Berufe sind, die inzwischen völlig verweiblicht wurden, und es schwierig ist, Männer zu überzeugen, dass sie sich in diesen Berufen engagieren, bis zum Medizinstudium, was ja früher ein klassischer Männerberuf war und wo inzwischen über 50 Prozent der Medizinstudiumanfänger Frauen sind. Deswegen versuchen wir, uns im Bereich der Arbeitsmarktpolitik genau um diese Gruppe der Migrantinnen und Migranten zu kümmern. Wir wollen durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen, die sehr komplex sind, die eben nicht nur die Fachlichkeit und die Qualifikation im Sinne eines lebenslangen Lernens ansprechen, sondern die auch dafür sorgen, dass die soziale Unterstützung stattfindet und dass die sprachliche Integration erreicht wird, nachhaltig wirksam werden. Das sind die Schwerpunkte, von denen wir glauben, dass sie richtig angesetzt sind, dennoch überprüfen wir sie ständig und schauen, ob man hier noch präziser arbeiten kann. Dabei bleibt es trotzdem eine Frage der Kommunikation, wie die zur Verfügung stehenden Programme und Konzepte an die Personen herangetragen werden, denen sie wirklich helfen würden.

Themenschwerpunkt

Moderation: Andreas Horchler

Vielen Dank, Herr Minister Banzer für diese Schilderung von zwei Nahtstellen unserer Problematik, die wir heute diskutieren. Integration, frühkindlicher Kindergartenbereich und der Übergang von Schule zum Berufsleben und was auf uns zukommt an Integrationsmaßnahmen, die wir in der näheren und weiteren Zukunft zu leisten haben. Wir werden das vertiefen in der Diskussion nachher.

Herr Minister Posch, Ihr Part ist natürlich ein bedeutender für unser Gesamtthema. Wolfgang Gerhard spricht gern vom Irrglauben „Wirtschaftspolitik schaffe direkt Jobs“, womit er sicherlich nicht ganz Unrecht hat. Gleichwohl flankierende Maßnahmen – gerade bei gemeinsamen Integrationsanstrengungen kommt es ja auf die Akzente an. Welche gibt es bei Ihnen im Hause, welche können wir erwarten?



2.5.3 Dieter Posch, Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Meine Damen und Herren, ich kann bei dem Zitat anfangen bzw. es erläutern. Selbstverständlich besteht die primäre Aufgabe darin, und so ist das Zitat ja dann gemeint, Rahmenbedingungen so zu definieren, dass diejenigen, die als Akteure im Wirtschaftsleben tätig sind, eben die Möglichkeit haben, unter erleichterten Bedingungen – auch das gehört zu den Rahmenbedingungen – Arbeitsplätze zu schaffen.



Ich will gerne auf diese Fragen, die Sie angesprochen haben, eingehen. Ich will drei Fragenkomplexe dabei ansprechen. Der erste Fragenkomplex ist mehr der Analyse gewidmet: Wo stehen wir bei der Integration in den Arbeitsmarkt? Wie sieht die Situation gegenwärtig aus? Daraus ergibt sich: Welches sind die zentralen Herausforderungen für die Politik? Der zweite Fragenkomplex – die Frage beantwortet sich fast von selbst, aber ich will trotzdem kurz darauf eingehen – ist die Frage: Warum müssen wir bei der Integration besser werden? Und die dritte Frage ist das, was Sie eben eingangs angesprochen haben: Was kann ein Wirtschaftsministerium – und ich füge hinzu: auf Landesebene – dazu tun, eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten?

Lassen Sie mich zu dem ersten Aspekt „Wo stehen wir bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt?“ auf Erkenntnisse zurückgreifen, die die Denkfabrik der Bundesagentur für Arbeit im Jahre 2008 geliefert hat. Das ist eine Studie des IHB Hessen. Daraus ergibt sich in etwa Folgendes. Erstens: Es sind die Einkommensquellen und die Armutsstruktur. Personen mit Migrationshintergrund beziehen deutlich seltener ihr Haupteinkommen aus Erwerbstätigkeit. Der Unterschied zu Personen ohne Migrationshintergrund beträgt ca. fünf Prozent. Und sie haben ein deutlich höheres Armutsrisiko, das dreifache, also dreifach höher als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Das Stichwort „Erwerbsbeteiligung“: Personen mit Migrationshintergrund sind seltener erwerbstätig als Personen ohne einen solchen Hintergrund. Und dies liegt insbesondere an der deutlich geringeren Erwerbsbeteiligung bei Frauen, eine Differenz von fast 20 Prozent. Stichwort „Arbeitslosigkeit“: Das Risiko, arbeitslos zu werden, ist für Personen mit Migrationshintergrund etwa doppelt so hoch wie für Personen ohne Migrationshintergrund. Als Ursachen werden vor allem zwei Faktoren genannt. Einmal eine geringere Qualifizierung und ein höherer Beschäftigungsanteil in konjunkturell sensibleren Branchen – beispielsweise in der Bauwirtschaft. Stichwort „berufliche Ausbildung“: Hier wird festgestellt, die Beteiligung ausländischer Jugendlicher an der Erstausbildung ist deutlich geringer als bei deutschen Jugendlichen. Für diesen Befund werden verantwortlich gemacht einerseits Schule und andererseits sprachliche Qualifikationsdefizite. Das wird sicherlich heute Morgen und eben – Herr Kollege Banzer hat es bereits angesprochen – diskutiert worden sein.

Warum müssen wir bei der Integration aus der Sicht der Landesregierung besser werden? Das ist einmal – ich sage das jetzt aber nicht in einer Rangfolge, sondern nur als Sachverhalt – die demografische Entwicklung unserer Bevölkerung. Diese führt bereits heute in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes – Sie wissen das – zu einem Fachkräftemangel. Dieser Fachkräftemangel wird sich verschärfen, er wird sich verstärken. Und als Volkswirt-

Themenschwerpunkte

schaft können wir es uns nicht leisten, das Potenzial an Erwerbspersonen, das bei Personen mit Migrationshintergrund brach liegt, nicht zu nutzen oder nur unzureichend zu nutzen. Das heißt, das sage ich sehr wohl als Wirtschaftsminister dieses Landes, wir haben ein eigenes Interesse, dieses Problem einer Lösung zuzuführen. Hier liegen Potenziale brach, die besser genutzt werden müssen. Aber, meine Damen und Herren, ich will das sehr deutlich sagen, deswegen habe ich eingangs gesagt, das ist keine Rangfolge: Integration ist nicht in erster Linie ein Mittel, um andere Ziele zu erreichen, also Fachkräftemangel zu lindern und Sozialtransfers zu reduzieren, sondern Integration ist eine Voraussetzung, damit Mitbürger mit und ohne deutschen Pass am sozialen und kulturellen Leben in Deutschland bzw. in Hessen teilnehmen können.

Und deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Das gilt wie auch für den Begriff Bildung an sich. Integration ist ein Wert an sich! Der volkswirtschaftliche Nutzen steht also nicht im Vordergrund, sondern Integration ist ein Wert an sich. Wir müssen aus unterschiedlichen Gründen ein Interesse daran haben, dass Menschen mit Migrationshintergrund eine Chance haben, am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Dies zur Analyse.

Was kann ein Wirtschaftsministerium auf Landesebene machen? Ich glaube, die erste Voraussetzung, um hier eine Verbesserung herbeizuführen, ist eine allgemein gute wirtschaftliche Entwicklung mit hohen Wachstums- und Beschäftigungsdynamiken, günstigen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung. Meine Damen und Herren, in Zeiten der Vollbeschäftigung stellt sich die Frage nach der Integration unter anderem Vorzeichen als in Zeiten der Krise, in der wir uns gegenwärtig befinden. Ungünstig für die Integrationschancen von weniger gut qualifizierten Personen in den Arbeitsmarkt wirken sich insbesondere überzogene vielfältige Regulierungen aus. Es ist verständlich, dass das, was alles reguliert ist, es demjenigen, der einen Arbeitsplatz sucht, erschwert, sich dort zurechtzufinden. Und das gilt eben in besonderer Weise für Personen mit Migrationshintergrund, bei denen Geringqualifizierte überproportional vertreten sind.

Das Thema Bildung, und der Kollege Banzer hat es eben ja für den Bereich der vorschulischen Bildung auch schon ausgesprochen, ist in diesen beiden Ressorts Bildung und Arbeit angesiedelt. Was macht das Wirtschaftsministerium – und hier bin ich in besonderer Weise auf die Diskussion gespannt, um zu erfahren, welche Anregungen Ihrerseits bestehen –, um möglicherweise bestehende Programme zu verändern oder andere Programme in den Markt der Integrationsmöglichkeiten einzubringen?

Wir haben ein Programm „Ausbildung in Partnerschaft“. Wir haben das Problem, dass viele Unternehmen alleine nicht in der Lage sind, auszubilden. Und deswegen unterstützen wir es, wenn Unternehmen sich zusammenschließen, um auszubilden, wenn zwei oder drei Unternehmen ausbilden. Wir haben ein Programm „Ausbildung bei Existenzgründern.“ Ausbildung bei Existenzgründern soll heißen, dass wir Existenzgründer dann in besonderer Weise unterstützen, wenn Sie bereit sind, die Ausbildungsbereitschaft mit in die Existenzgründung aufzunehmen. Und wir haben zwei weitere Initiativen bzw. Programme. Ich sag das immer noch so despektierlich, das Programm heißt mittlerweile offiziell ganz anders. Aber der Begriff, unter dem es eingeführt worden ist, nennt sich „Konkurslehrlingsprogramm.“ Das heißt, wir wollen verhindern, dass junge Menschen, die bei einem Unterneh-

men ihre Ausbildung genießen, welcher dann in Schwierigkeiten gerät, durch diese Schwierigkeiten Nachteile erleiden. Das ist auch etwas, das sich derzeit mit einem Programm der Bundesregierung überlappt.

Und wir haben Altbewerberprogramme. Sie wissen, dass sich viele Bewerber mit und ohne Migrationshintergrund in Warteschleifen befinden. Das wollen wir durch derartige Maßnahmen verbessern. Ein weiterer Punkt ist, davon hat Herr Banzer schon gesprochen, Hessen war das erste Bundesland mit dem in seinem Hause verankerten Programm „Ausbildung in der Migration“. Wir haben einen weiteren Punkt angesprochen. Wir haben näm-

lich erkannt, dass ausländische Unternehmen relativ selten ausbilden. Das hat etwas mit der Ausbildungskultur in Deutschland zu tun. Sie wissen, dass wir in Deutschland das duale Ausbildungssystem haben, das natürlich sehr anspruchsvoll ist. Und viele ausländische Mitbürger oder Mitbürger mit Migrationshintergrund, die hier ein Unter-

nehmen führen, für die ist das nicht selbstverständlich, sondern es gibt andere Praktiken, junge Menschen in das Unternehmen zu holen. Das heißt, wir wollen dafür sorgen, dass die Ausbildungsbereitschaft in diesem dualen Ausbildungssystem gefördert wird. Und zur Förderung der Ausbildungsbereitschaft dieser Unternehmen hat das Wirtschaftsministerium das Projekt „IUBA – Internationale Unternehmen bilden aus“ konzipiert, das seit dem Jahre 2001 in enger Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der hessischen Industrie- und Handelskammern durchgeführt wird und auf den Bausteinen Beratung und Information aufgebaut ist. Dieses Programm hat dazu geführt, dass seit Projektbeginn über 3.500 Ausbildungsplätze in internationalen Unternehmen geschaffen worden sind.

Ich will auch einen weiteren Punkt ansprechen, das ist das Thema Existenzgründung. Wir wollen das Potenzial von Personen mit Migrationshintergrund im Zusammenhang mit Existenzgründungen verstärkt motivieren. Empirische Studien zeigen, Migrantinnen und Migranten sind gründungsaktiver als Deutsche. Die Selbstständigenquote der ausländischen Bevölkerung in Deutschland liegt mit ca. zwölf Prozent höher als der Bundesdurchschnitt von elf Prozent. Das ist nur ein Prozent, aber es macht deutlich, dass das Thema Existenzgründung, also sich selbstständig zu machen, durchaus ein positiver Ansatzpunkt ist. Und der Anteil der Selbstständigenquote bei Mitbürgern mit Migrationshintergrund hat sich seit Anfang der Neunzigerjahre fast verdoppelt. Branchenbezogen haben, das ist nachvollziehbar, sich die Gründungen im Gastronomiebereich reduziert, sie haben nachgelassen, vielleicht gab es dort auch eine bestimmte Sättigung. Gestiegen sind sie im Handel und im Gastgewerbe. Und die Maßnahmen der Existenzgründungsförderung, wie insbesondere Beratungs- und Finanzierungshilfen, stehen allen Interessierten offen. Wir haben vor einigen Jahren mit einem sehr großen Aufwand eine Informationsoffensive für potenzielle Existenzgründer mit Migrationshintergrund gestartet. Dieses Thema ist, glaube ich, verstärkt im Fokus zu behalten. Denn wenn die Bereitschaft, sich selbstständig zu ma-



Themenschwerpunkt

chen, in diesem Personenkreis größer ist, glaube ich, ist das ein Bereich, den ich in besonderer Weise hervorheben möchte. Einen vorletzten Punkt möchte ich noch ansprechen. Das ist zwar allerdings ein Punkt, den wir nicht alleine in Hessen regeln können, der aber in seiner Bedeutung für eine erfolgreiche Integration nicht unterschätzt werden darf. Das ist das Thema adäquate Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Ich glaube, die Frage der Anerkennung von Abschlüssen stößt vielfältig auf Schwierigkeiten, weil die Bildungsvoraussetzungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind. Und deswegen gibt es häufig Probleme, nicht in der gebotenen Geschwindigkeit die entsprechenden Abschlüsse anzuerkennen. Wir haben uns auf Bundesebene in der letzten Zeit mit der Frage auseinandergesetzt und die Wirtschaftsministerkonferenz hat appelliert an die Beteiligten, dieses Thema der Anerkennung anzusprechen.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt noch ansprechen, der nicht unbedingt den Arbeitsmarkt betrifft, aber der in meinem Ressort von besonderer Bedeutung ist. Das ist die Integrationsleistung im Bereich des Wohnungsbaus, nämlich im Bereich des Programms „Soziale Stadt“. Den will ich nur der Vollständigkeit halber ansprechen, weil es natürlich auch eine wichtige Frage ist, gemeinsam mit allen Akteuren an dem Wohnungsmarkt sich dieser Problematik zu widmen. Projekte dieses Programms „Soziale Stadt“ sind zum Beispiel die Ergänzung der Sozialinfrastruktur durch die Bereitstellung von Gemeinschaftseinrichtungen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen wie Treffpunkte für die Bürgerschaft und internationale Begegnungstätten. Dies betrifft nicht unmittelbar den Arbeitsmarkt, ist aber eine Maßnahme, die wir insbesondere auch mit den uns verbundenen Bundesbaugesellschaften betreiben.

Ja, meine Damen und Herren, in aller Kürze. Ich habe versucht zu analysieren, wo wir stehen. Ich habe versucht, den Stellenwert darzustellen, und mit einigen Maßnahmen haben wir in der Vergangenheit versucht, auf dieses Problem einzugehen. Ich freue mich auf die Diskussion, weil es sinnvoll ist, von denjenigen, die noch näher an der Praxis dran sind, zu erfahren, wo das eine Programm oder das andere Programm vielleicht nicht hilft und nicht so zielgenau ist, wie wir uns das gedacht haben. Insofern freue ich mich auf Ihre Hinweise zu diesen Initiativen.

Vielen herzlichen Dank!

Moderation: Andreas Horchler

Vielen Dank, Herr Minister Posch, für Ihre Ausführungen an dieser Stelle! Ich glaube, man kann es nicht oft genug bei einer solchen Integrationskonferenz sagen, wie Minister Posch auch gerade ausgeführt hat, das sind alles Maßnahmen, die da im eigenen Interesse des Landes Hessen greifen und greifen sollen. Wir haben es hier nicht mit Wohltätigkeit zu tun. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, das immer öfter und immer wieder zu thematisieren.

Herr Forell, Sie sind Nächster auf unserer Rednerliste und natürlich sind Sie schon zweimal zitiert worden, da Sie sozusagen die Hardware zu dem liefern, was wir hier diskutieren, nämlich die Zahlen, was den Arbeitsmarkt angeht, was die Ausgangssituation angeht. Aber ich glaube, Sie werden sich nicht darauf beschränken, nur Zahlen zu dokumentieren, sondern uns auch die Eigeninitiative der Bundesanstalt zeigen.

2.5.4 Wolfgang Forell, Bundesagentur für Arbeit, Vorsitzender der Geschäftsführung Regionaldirektion Hessen

Vielen Dank! Aus Sicht der BA möchte ich an drei Punkten erstens mal die Ausgangslage, zweitens die Folgen und Konsequenzen daraus und drittens mögliche Handlungsoptionen deutlich machen.

Zunächst zur Ausgangslage. Als These möchte ich vorausstellen, dass Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund größere Probleme an der ersten Schwelle von der Schule in die Ausbildung und dann auch größere Probleme an der Schwelle berufliche Ausbildung in den Beruf haben. Wie kann ich diese These belegen? An Zahlen, nämlich Bildungsabschlüsse von Migranten sind deutlich niedriger. Wir haben in Hessen bei den arbeitslosen Migranten 30 Prozent ohne Hauptschulabschluss, demgegenüber Nichtmigranten nur 9 Prozent. Ebenso ist die Beteiligungsrate an beruflicher Ausbildung von Migranten deutlich geringer als die von Nichtmigranten. Und, was nicht schön ist, dass Ausländer oder Migranten sich immer mehr als Inländer auf wenige Ausbildungsberufe betrieblicher Art konzentrieren. Wir haben 400 betriebliche Ausbildungsberufe. Und gerade junge Mädchen, insbesondere Türkinnen, konzentrieren sich nur auf fünf Berufe, Friseurin, Verkäuferin oder vielleicht noch Krankenhelferin. Das ist dann alles. Dabei sind unendlich viele Bildungs- und Beratungsangebote da, die gesamte Palette zu nutzen. Und es kommt hinzu, dass diese Berufe, wenn sie denn mal ausgelernt sind und wahrgenommen werden, auch Tätigkeiten sind, die nicht gerade sehr gut bezahlt werden.



Zweite These: Migranten haben erhebliche Probleme bei der Arbeitsmarktintegration. Woran kann ich das festmachen? Migranten sind deutlich stärker als Nichtmigranten von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquote bei Ausländern lag im August in Hessen bei 14,8 Prozent, in Deutschland bei 16,8. Das ist aber doppelt so hoch wie die von Deutschen. Denn die liegen in Hessen nur bei 6 Prozent, in Deutschland bei 7,5 Prozent. Deutschland liegt insgesamt leicht über dem OECD-Durchschnitt.

Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, das heißt, wie oft wird jemand arbeitslos, wie lang ist jemand arbeitslos, bei Migranten liegt auch darin begründet, dass sie in Qualifikationstätigkeiten, Berufssegmenten tätig sind – das hat der Minister Posch eben auch schon ausgeführt –, die überdurchschnittlich viel einfache Arbeiten darstellen und damit sehr viel häufiger von Arbeitslosigkeit auch betroffen werden, als das bei Inländern der Fall ist. Und damit ist der Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit von Migranten sehr viel schneller erreicht als bei Nichtmigranten. Auffallend ist auch, dass Migranten bei gleicher formaler Qualifikation und Berufsausbildung durchschnittlich 10 Prozent weniger Erwerbseinkommen für dieselbe Tätigkeit bekommen. Also, es gibt nicht nur ein Problem Männer – Frauen. Es gibt auch ein Problem der Migranten und Nichtmigranten, was die Entlohnung angeht. Das wesentliche Problem der Arbeitsmarktintegration von Migranten liegt allerdings in der beruflichen Qualifikation begründet.

Die hohe Arbeitslosigkeit liegt an der geringen allgemeinbildenden Ausbildung, wie wir es heute Morgen schon gehört haben, aber auch an der beruflichen Qualifikation. Auch

Themenschwerpunkt

die mangelnden Sprachkenntnisse, die ich jetzt gar nicht so in den Vordergrund stellen will, spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle.

Was ergibt sich daraus an Konsequenzen? Meine These ist: Bildungsdefizite der Bevölkerung werden zunehmend als Standortnachteil zu verstehen sein. Es ist volkswirtschaftlich nicht hinnehmbar, dass wichtige Teile des Erwerbspersonenpotenzials ungenutzt bleiben, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Derzeit bleiben Investitionen in Humankapital hinter den Möglichkeiten zurück, obwohl derzeit schon auf allen Ebenen Fachkräfte fehlen. Mit der Erwerbslosigkeit von Migranten sind erhebliche Sozialtransferleistungen notwendig, die in anderen Bereichen, wie dem Bildungssystem, fehlen.

Was ist zu tun? Wir müssen Bildungsintegration als Standortfaktor nutzen. Das Bildungssystem hat entscheidende Bedeutung für das Gelingen der Integration. Wir müssen die heranwachsende Generation an Bildung heranführen. Bildungspolitik ist gleich Integrationspolitik! Gute Bildung kostet – schlechte kostet viel mehr! Die erfolgreiche Integrationspolitik wird kurzfristig Kosten bringen. Ich weiß, die Kassen sind leer, aber langfristig werden Gewinne eingefahren werden. Wir müssen allerdings auch Anreize schaffen, dass insbesondere junge Menschen die Angebote annehmen. Es ist ja schön, wenn Konzepte geschrieben werden, aber keiner geht hin! Also Angebote, die müssen Anreize darstellen für junge Menschen, sie müssen im Hintergrund auch erkennen lassen, dass es sich rechnet, dass es sich für den Einzelnen lohnt.

Integration in den Arbeitsmarkt beginnt bei der Integration in die Schule. Das haben wir heute Morgen schon gehört. Wir müssen auch, und da betone ich das noch mal, was Minister Posch eben sagte, darauf hinwirken, dass im Ausland erworbene Qualifikationen, Fähigkeiten hier genutzt werden, anerkannt werden, dass darauf aufgebaut werden kann. Es kann nicht sein, dass wir bei den hessischen Agenturen für Arbeit im Ausland ausgebildete Fachkräfte, deren Anerkennung nicht sichergestellt ist, als Ungelernte in unsere Fach-



systeme eingeben, um sie im Matchingprozess als ungelernete Kräfte zu vermitteln. Das ist eine Verschwendung von Ressourcen!

Berufliche Qualifikation ist aber nicht alles, es müssen auch Maßnahmen zur Sensibilisierung am Arbeitsplatz für die Integrations- und Chancengleichheit aufgesetzt werden. Dies gelingt sicherlich auch besser, wenn mehr Migrantinnen und Migranten Zugang zum öffentlichen Dienst hätten. Ich weiß, dass da sehr intensiv dran gearbeitet wird, aber da hängen wir noch sehr, sehr hintennach. Ich weiß, wovon ich spreche. Auch wir sind ja ein Arbeitgeber mit 100.000 Beschäftigten und es gelingt uns auch sehr schwer, geeigneten Nachwuchs aus dem Personenkreis der Migranten zu gewinnen. Aber das darf uns nicht davon abhalten, daran weiter zu arbeiten. Genauso, da möchte ich auch das aufgreifen, was Herr Posch sagte, Existenzgründungen, Selbstständigkeit von Migrantinnen und Migranten müssen gefördert werden, damit auch dort die Potenziale für unsere Volkswirtschaft genutzt werden.

Kurz zusammengefasst möchte ich sagen, wir müssen aus Erfolgen lernen, bekannte Fehler vermeiden. Wir müssen uns darüber im Klaren werden, dass Integration vor Ort stattfindet, nicht in einem noch so schönen Landtagssaal. Es müssen strategische Allianzen mit vernetzten Akteuren vor Ort gebildet werden, die Handlungs- und Gestaltungsspielräume haben. Wir müssen Kompetenzen stärken, wir müssen Qualifikation verbessern und wir müssen, last, but not least, die Potenziale für unsere Volkswirtschaft nutzen, damit es uns allen besser geht, Migrantinnen, Migranten und Menschen, die hier groß geworden sind.

Vielen Dank!

Moderation: Andreas Horchler

Vielen herzlichen Dank, Herr Forell! Unsere Stoffsammlung, meine Damen und Herren, wird immer größer, immer bombastischer. Und wir merken schon, mit einer Integrationskonferenz werden wir natürlich nicht hinkommen. Einen Folgetermin, glücklicherweise haben wir das ja heute Vormittag schon gesagt, an dem wird wahrscheinlich umgehend gearbeitet werden.

Bevor wir in die Diskussion einsteigen wollen, kommt Herr Arslaner zu uns. Herr Arslaner, auf Ihrer KUBI-Homepage werde ich mit den Worten empfangen: „Wir müssen heute klären, wie wir morgen leben.“

Das fand ich sehr interessant und das passt auch zu unserer Integrationskonferenz heute. Klärung scheint aus Ihrer Sicht noch nicht geschehen zu sein und nach allem, was wir hier hören, zuletzt von Herrn Forell, ist das auch alles andere als zufriedenstellend. Ihre Anmerkungen, bevor wir in die Diskussion starten, bitte.

Themenschwerpunkt

2.5.5 Arif Arslaner, Geschäftsführer KUBI e.V.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Staatsminister Hahn, Ihre Einladung zur ersten Hessischen Integrationskonferenz habe ich mit Freude und auch mit ein wenig Stolz gelesen. Sie ehrt unsere Bildungseinrichtung und mich sehr, und dafür möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken.

Eine präventive Bildungspolitik, meine Damen und Herren, ist für mich die beste Integrationspolitik! Erst letzte Woche hat uns die OECD gemahnt: Im Bereich Bildung fällt Deutschland immer mehr zurück. Die Aussage von Barbara Ischinger, der Bildungsdirektorin der OECD, sie stammt übrigens aus Frankfurt am Main, sollten wir deshalb als eine Aufforderung verstehen, die uns Mut macht: „Wenn Deutschland gestärkt aus der aktuellen Krise hervorgehen will, dann ist jetzt der Zeitpunkt, in Bildung und höhere Qualifikation zu investieren.“

Ich stimme Frau Ischinger voll und ganz zu, und ich möchte Ihnen im Folgenden drei Vorschläge unterbreiten, wie wir in der Bildung mehr Effizienz erzielen können. Meine Anregungen zielen erstens auf eine verstärkte Vorverlagerung der Berufsorientierung in die allgemeinbildenden Schulen. Zweitens geht es mir um eine Offensive zur modularen Nachqualifizierung von an- und ungelernten Mitarbeitenden. Drittens schließlich möchte ich anregen, eine Clearingstelle zu schaffen für die Anerkennung von Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden.

Bevor ich auf diese drei Vorschläge im Einzelnen eingehe, möchte ich Ihnen kurz mein Verständnis von Integration und meine Einschätzung der Bildungssituation von Migrantinnen und Migranten schildern, damit Sie meine Vorschläge besser einordnen können.

Integration bedeutet für mich Teilhabe und Partizipation. Deshalb schließe ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an, die bereits ausgeführt haben: Integration kann nur dann gelingen, wenn wir mit unserer Sprache und mit unseren Werten zueinanderfinden. Wenn wir wollen, dass alle Menschen, die in diesem Land leben, sich dazugehörig fühlen, muss die Mehrheitsgesellschaft auch die Menschen mit Migrationshintergrund als Teil dieser Gesellschaft sehen und ihnen in diesem Sinne begegnen.

Frau Karaca hat eben eindrucksvoll dargestellt, wie sie in ihrer Schule aufgenommen wurde. Wir müssen offensichtlich noch sehr viel an unserem jeweiligen kulturellen Selbstverständnis arbeiten. Darüber hinaus benötigen wir aber auch strukturelle Anpassungen und Veränderungen. So sollte die Präsenz von Migrantinnen und Migranten in Ausschüssen, wie zum Beispiel den Jugendhilfeausschüssen, und in verantwortungsvollen Positionen bei Ämtern und Organisationen deutlich höher sein. Migrantinnen und Migranten müssen Chancen erhalten, im gesellschaftlichen Leben mehr Verantwortung zu übernehmen. Die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens ist unser aller Aufgabe.



Der Kern von Integration, meine Damen und Herren, bleibt die emotionale Ebene. Der anatolische Philosoph Mevlana Celaleddin Rumi hat diesen Gedanken bereits im 13. Jahrhundert auf den Punkt gebracht: „Gönül birligi, dil birliginden yegdir“. Das ist türkisch und bedeutet: „Die Gemeinsamkeit von Herz und Seele ist von größerer Bedeutung als die Gemeinsamkeit von Sprache“. Eine gemeinsame Sprache ist natürlich sehr wichtig, um sich überhaupt verständigen zu können. Insofern ist Sprache ein Schlüssel zur Integration.

Mindestens genauso wichtig sind sowohl Empathie, also die Fähigkeit, sich in die Lage der jeweils anderen zu versetzen, als auch gemeinsam getragene Werte.

Von einer so verstandenen Integration sind wir auch in Hessen, wie ich meine, noch ein gutes Stück entfernt, gerade im Bildungsbereich. Die Fakten sind bekannt. Auch heute haben wir sie schon mehrfach gehört. Etwa die Hälfte der jungen Menschen mit Migrationshintergrund hat keine berufliche Ausbildung, viele besitzen nicht einmal einen Schulabschluss. Und von denen, die einen Ausbildungsplatz finden, brechen erschreckend viele ihre Ausbildung wieder ab. Momentan gibt es in Deutschland 6,1 Millionen Menschen, die an- und ungelernt oder in prekären Arbeitssituationen sind. Man kann sich vorstellen, wie in Zukunft Großstädte aussehen werden, wenn wir nicht in diese Menschen investieren.

Die Frage ist: Wie kann Bildung dazu beitragen, diese Schieflage in den Griff zu bekommen? Ich meine, wir brauchen dazu zweierlei. Erstens brauchen wir angesichts des rapiden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels dauernd Innovationen im Bildungsbereich, und wir brauchen zweitens Umschichtungen in den Haushalten zur Finanzierung entsprechender Modellprojekte.

Gerade kleine, konkrete und problembezogene Innovationen können uns weiterbringen. So haben wir zum Beispiel bei KUBI, dem Verein für Kultur und Bildung, nicht nur darüber geredet, dass viele junge Menschen nur schwer einen Ausbildungsplatz finden. Wir haben uns auch gefragt: Was können wir machen? Welche Organisationen und Institutionen können wir für dieses Anliegen mit ins Boot holen? Wen als ideellen oder als finanziellen Unterstützer gewinnen?

Auf diese Weise entstand bereits vor neun Jahren eine Ausbildungsbörse in Frankfurt. Meine Kolleginnen und Kollegen haben drei Monate lang recherchiert, wo es freie Ausbildungsstellen gibt und wie wir die Jugendlichen mit diesen Ausbildungsstellen zusammenbringen können. Zu diesen Veranstaltungen kommen inzwischen gut 150 Jugendliche, oft ganze Schulklassen. In der Regel können wir ein Drittel dieser Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolgreich unterstützen.

Vergleichbare kontinuierliche Verbesserungen haben wir unter anderem auch erreicht mit dem Ausbildungscoaching zur Verringerung der Zahl der Ausbildungsabbrecher, mit der modularen Nachqualifizierung von Ungelernten – ein Projekt, das wir gemeinsam mit dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft durchführen – und nicht zuletzt mit von uns entwickelten Modellprojekten in beruflichen und allgemeinbildenden Schulen. Bei Projekten der Jugendhilfe in der Schule gehört KUBI in Frankfurt längst zu den bedeutendsten Anbietern, auch was Anzahl und Umfang der Projekte angeht.

Themenschwerpunkt

Eine wichtige Herausforderung, vor der wir heute stehen – und damit komme ich auf meine drei Vorschläge an diese Konferenz zurück –, ist es erstens, Jugendliche besser und früher auf ihre berufliche Ausbildung vorzubereiten. Ich spreche tagtäglich mit Arbeitgebern, und diese sagen mir über Bewerber: Oft sind Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss nicht wirklich ausbildungsreif. Tatsächlich, so die Statistiken, nehmen nur etwa zehn Prozent der Hauptschulabgänger ohne zusätzliche Schleifen eine Ausbildungsstelle an. Solche zusätzlichen Schleifen sind zum Beispiel berufsvorbereitende Maßnahmen, der qualifizierende Hauptschulabschluss und das Berufsgrundbildungsjahr.

Wenn wir unideologisch denken, müssen wir die Hauptschule in ihrer jetzigen Form infrage stellen – auch wenn es dem einen oder der anderen nicht schmeckt. Wir können Jugendliche mit einer modularen Qualifizierung in Haupt- und Realschulen fit machen für das Arbeitsleben. Ab der achten Klasse wäre zunächst eine Kompetenzfeststellung durchzuführen. Im neunten und zehnten Schuljahr werden die Jugendlichen dann modular auf das erste Ausbildungsjahr vorbereitet. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich zum Beispiel vor, die Kompetenzfeststellung in der achten Klasse hätte bei einem Jungen eine Eignung unter anderem für den Beruf des Malers und Lackierers ergeben. In Zusammenarbeit mit den Betrieben könnte dieser Junge dann in der neunten und zehnten Klasse praktische Erfahrungen sammeln, wie man etwa Farbe mischt oder eine Wand streicht. Das Entscheidende ist, dass er am Ende seiner Schulzeit in verschiedenen Bereichen Praxiserfahrungen vorweisen kann. Auf diese Weise können wir Jugendlichen eine bessere Perspektive bieten und sie auch zu einer tragfähigen Ausbildungsreife führen.



Ich bin skeptisch, ob dies in Haupt- und Realschulen wirklich gelingen kann. Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen sowie allen berufsvorbereitenden Maßnahmen wäre dafür wahrscheinlich der bessere Weg. Für ein Modellprojekt in Hessen, das ein solches gemeinsames Dach, eine einheitliche Schulform erprobt, ist auch das Geld da. Allein die berufsvorbereitenden Maßnahmen werden ja vom Arbeitsministerium bundesweit mit 5 Milliarden Euro pro Jahr finanziert. Hinzu kommen jährlich 2 Milliarden Euro aus den Kultusministerien. Die finanziellen Ressourcen für diesen Vorschlag lassen sich also schon durch Umschichtungen in den Haushalten beschaffen.

Die zweite Anregung, die ich heute in die Diskussion einbringen möchte, lautet, die modulare Nachqualifizierung an- und ungelernter Menschen effizienter zu organisieren. An- und Ungelernte sind ja zu einem Großteil Migrantinnen und Migranten. Wir haben in diesem Bereich bereits eine gute finanzielle Ausstattung durch die Bundesregierung. Und in dem Projekt „Modulare Nachqualifizierung Frankfurt am Main“, das wir gemeinsam mit

dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft durchführen, stoßen wir auch bei vielen Unternehmen auf ein großes Interesse, ihre Mitarbeitenden nachzuqualifizieren. Dennoch nutzen leider nur rund zehn Prozent der An- und Ungelernten diese Weiterbildungsmöglichkeiten.

Wünschenswert wäre hier eine bessere Koordination. Migrantenselbstorganisationen, Ministerien, Arbeitgeberverbände müssen dabei noch besser Hand in Hand arbeiten. Wir von KUBI arbeiten eng zusammen sowohl mit Migrantenselbstorganisationen als auch mit IntegraNet, das vom Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft koordiniert wird, und mit anderen Bildungsträgern. Nur so ist es uns möglich, die Ressourcen zu bündeln und effektiv zu arbeiten – und damit heute und in Zukunft die Zahl der Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfänger zu verringern. Außerdem sollten die Möglichkeiten der modularen Nachqualifizierung deutlich mehr angeboten, offensiver vermarktet werden.

Als Drittes schließlich möchte ich Ihnen einen Vorschlag unterbreiten zur Anerkennung von Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Sie kennen dieses Problem, und wir alle wissen, dass wir es mit unseren Entscheidungskompetenzen nicht aus der Welt schaffen können. Was wir jedoch leisten können, sind Verbesserungen für die Betroffenen auf lokaler Ebene. Ich höre von vielen Menschen, die in unsere Bildungseinrichtung kommen, dass sie die Verfahren zur Anerkennung ihres Berufsabschlusses als ein Dickicht erleben, in dem sie kaum einen Weg finden können. Sie beklagen, dass sie mit einer Unzahl von Behörden und Institutionen zusammenarbeiten müssen, sogar mit mehreren Abteilungen ein und derselben Einrichtung. Das kostet viel Zeit und Energie und führt nicht selten dazu, dass sich qualifizierte Migrantinnen und Migranten trotz Fachkräftemangel als Hilfsarbeiter verdingen müssen. Hier könnte eine Clearingstelle auf lokaler Ebene einiges bewirken. Mit dieser Clearingstelle gäbe es für die Anerkennung der Abschlüsse einen festen Ansprechpartner, der durch den Dschungel der Institutionen führt. Es gibt dann nur noch eine Stelle, bei der sich alle Menschen, die diese Beratung benötigen, anmelden müssen, um ihre Abschlüsse anerkennen zu lassen.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, so wie heute an die Zukunft unseres Landes denken, möchte ich Ihnen den Slogan unseres Vereins für Kultur und Bildung ans Herz legen: „Wir müssen heute klären, wie wir morgen leben wollen.“ In diesem Sinne brauchen wir den Mut, auch strukturelle Gegebenheiten zu hinterfragen, um in der Integrationspolitik größere Sprünge zu machen. Das betrifft natürlich die Bildung, Ausbildung und den Arbeitsmarkt in besonderem Maße. Wir dürfen nicht vergessen: Ob mit Migrationshintergrund oder ohne Migrationshintergrund – wir sind alle Hessen!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

2.6 Diskussion

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank für diese Ausführungen, Herr Arslaner! Wir haben also viele, viele neue zusätzliche Aspekte. Ich hatte eigentlich vor, gerade in dieser spannenden Diskussion um Arbeit, Arbeitsmarkt und Migration und Integration die Diskussion noch ein wenig hier auf dem Podium zu halten. Ich habe mich jetzt anders entschieden, damit wir angesichts der fortgeschrittenen Zeit noch möglichst viele Fragen und Anmerkungen von Ihnen berücksichtigen können, sodass wir sofort für das Publikum öffnen. Ich bitte gleich um erste Wortmeldungen. Noch einmal der technische Hinweis: Es dauert eine Sekunde, bis das Mikrofon anspringt. Und der zweite Hinweis, Sie werden mich verteufeln: Bitte keine Koferate! Bitte Fragen, bitte kurze Anmerkungen, danke!



Ramazan Salman, Gründer und Geschäftsführer des Ethno-Medizinischen Zentrums, Hannover

Herr Minister Hahn, ich danke Ihnen für diese tolle Konferenz und zwar aus ganz konkreten Gründen. Denn was hier passiert ist in Hessen, ist, in Anlehnung an den Integrationsgipfel nun die Integration zu einer wirklichen interministeriellen Aufgabe zu machen. Und das ist eigentlich wirklich der redliche Prozess, weil alles andere Augenwischerei ist. Denn Integration – nicht nur bei Migranten, auch bei Deutschen, bei Behinderten, in allen Bereichen – kann nur als gesamtgesellschaftliche, also auch als Gesamtregierungsaufgabe den Anspruch erheben, erfolgreich zu sein. Hier haben Sie jetzt natürlich die zentralen Ressorts, die da wirklich eine Rolle spielen, zusammengeholt. Und ich muss sagen, gerade heute Nachmittag bin ich wirklich begeistert davon, dass Sie alle gemeinsam weniger Kritik als sehr viel konkrete Dinge genannt haben, wo Sie für sich Handlungsspielräume sehen, etwas zu machen. Und das schafft mir als Migrant wirklich großes Vertrauen und auch Motivation, mit unserem MiMi-Projekt bei Ihnen hier in Hessen da auch wirklich noch mal nachzulegen.

Ich denke, ein Weiterreichen ist notwendig, dass man da, wo es nicht klappt, nicht im Sinne von Kritik, sondern im Sinne von „Ja, da ist eine Baustelle, die müssten wir schon irgendwie reparieren, damit es gutgehen soll“, noch mal einige Punkte ansprechen müssen.

Das eine ist, Herr Posch, bezogen auf die Ausbildung. Letzte Woche Mittwoch war in der Welt ein sehr schöner Artikel über den Verlust an Exzellenz in Deutschland. Und zwar ganz konkret, wir reden über die nicht gebildeten Migranten, denen wir nun irgendwie Lesen und Schreiben beibringen wollen.

Aber was ist nun mit Migranten, die Exzellenz darstellen, die reihenweise Deutschland verlassen? Ich weiß nicht, wie lange wir uns das noch leisten können. Herr Hundt, den ich diesbezüglich mal gesprochen habe, den kennt ja nun sicherlich jeder von Ihnen. Also er sagt: Wie können wir das schaffen, dass wir nicht die besten Leute, Türken, Afrikaner und solche Leute verlieren? Und da wäre eine meiner drei konkreten Fragen. Ob Sie da Initiativen ergreifen können, wollen. Eben auch den Verlust an Migranten, die eben auch sehr viel Expertise angehäuft haben, aus Deutschland zu verhindern. Ich war vor zwei Monaten in New York und habe solche Leute auch getroffen. Die haben gesagt: „Ich hatte keine Chance in Deutschland. Hier baue ich Hochhäuser.“ Das waren Türken, die hier aufgewachsen sind und die hier geboren sind und hier studiert haben. Und die machen das jetzt in New York. Nur als ein Beispiel.

Das zweite ist, gerade an Sie noch mal: Es gibt eine Menge Firmen in Hessen, die von Menschen geleitet werden, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben. Und die Frage ist: Sind die Potenziale untersucht worden, wie viel die selber ausbilden? Mir ist bekannt, dass diese Firmen in diesem Bereich nicht so eine große Expertise haben und im Vergleich zu deutschen Firmen weniger ausbilden. Und da sehe ich eigentlich auch noch mal eine Chance, vielleicht qualifizierte Ausbildungsstellen dort noch mal zu anzuregen. Ich glaube, Sie sind sehr stark in Hessen, Sie können das hinkriegen mit Ihren Organisationen, das zu machen.

Das dritte, ich lasse vier andere Fragen weg, um das jetzt nicht unfair werden zu lassen, betrifft Herrn Forell. Hier ist gesagt worden, die Migranten, die sind sehr einseitig in ihrer Berufswahl und nicht sehr kompetent darin. Ich bin sicher, dass das zu einem Teil auch zutrifft. Ich bin jedoch überzeugt davon: Wie die meisten Probleme, die wir in diesem Feld haben, sind sie hausgemacht, gemeinsam. Also ich glaube, dass auch Ihre Häuser ein schönes Stück dazu beitragen, dass schlecht beraten wird, dass die Leute auch einfach in diese Berufe, die Sie kritisieren, dass die Migranten sie immer wählen, auch manchmal gezielt hinein beraten werden. Ich möchte Sie nicht beschuldigen. Ich weiß, dass das nicht vom Kopf passiert. So viel habe ich mich damit schon beschäftigt. Ich weiß nicht, wie offen Sie darauf Stellung beziehen können. Aber es kann nicht sein, dass an dieser Schnittstelle, wo wir in der Migration sagen, das ist die Baustelle Nummer eins, die Arbeitslosigkeit – wenn wir weniger Arbeitslosigkeit haben, haben wir mehr Bildungsteilnahme, wir haben mehr Investment, wir haben mehr Motivation – und es kann nicht sein, dass da Leute 50 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund beraten und offensichtlich keine vernünftige Zusatzqualifikation, Ausbildung, Expertise darin haben. Sind Sie da irgendwo auf dem Weg zu sagen, unser eigenes Personal muss da auch ein bisschen mehr fit gemacht werden, damit die Schuld hinterher, Schuld und Sühne nicht allein beim Migranten bleibt, bezogen auf ihre schrecklich dumme Berufswahl? So hört sich das nun mal an. Tut mir leid, aber das ist eine Baustelle, die müssen Sie mitverantworten, die ist nicht nur von uns Migranten zu verantworten. Ich danke Ihnen!

Moderation: Andreas Horchler

Schönen Dank für die Fragen. Der Trick ist übrigens entlarvt, dass Sie die vier weiteren Fragen weggelassen haben. Aber er war gut, der Trick, er hat gepasst. Wir sammeln noch ein wenig. Wir haben jetzt Herrn Körzell als Nächsten auf der Rednerliste und dann geht es hier weiter. Bitte!



Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen

Stefan Körzell vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Zunächst erst mal herzlichen Dank, Herr Forell, dass Sie richtiggestellt haben, dass es nicht an überzogenen Regulierungen und am Kündigungsschutz der Bundesrepublik Deutschland liegt, dass Migrantinnen und Migranten überwiegend oder schneller arbeitslos werden als andere Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern dass es doch zum überwiegenden Teil wohl an der Qualifikation und auch in den Beschäftigungsarten bzw. an den Firmen, in denen sie arbeiten, liegt. Ich glaube, man muss damit auch aufhören, dass Kündigungsschutz dafür sorgt, dass Migrantinnen und Migranten nicht eingestellt werden. Das vielleicht zu Beginn.



Ich möchte vorschlagen, dass man sich gemeinsam Gedanken macht – das ist hier zum Teil auch angesprochen worden –, wie die vielfältig vorhandenen Hilfsprogramme aus dem Arbeitsministerium, aus dem Wirtschaftsministerium, der Bundesagentur für Arbeit und vieler anderer möglicherweise so gemeinsam koordiniert werden können, dass sie auch tatsächlich helfen. Und da möchte ich als Erstes ansprechen, dass die Ausbildungsquote von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren rückläufig ist. Sie ist vor allem auch im öffentlichen Dienst rückläufig. Und ich glaube, da muss auch der öffentliche Dienst mit einem guten Beispiel vorangehen. Dann ist auch zum Teil das, was eben hier von meinem Vorredner angesprochen wurde, obsolet, wenn man das auch ein Stück weit versucht anzugleichen.

Ich halte es auch für eine gefährliche Debatte in der Bundesrepublik Deutschland, wenn gesagt wird, die einen wollen nicht ausgebildet werden oder die können nicht ausgebildet werden. Auf der anderen Seite reden wir vom Facharbeitermangel in gewissen Segmenten. Und dann wird im letzten Jahr, es ist noch nicht lange her, im Sommer darüber diskutiert, ob man nicht Jugendliche aus Polen und der Tschechoslowakei nach Deutschland holt für die deutschen Handwerksberufe. Meine Damen und Herren, so was ist kontraproduktiv! Ich habe nichts gegen Polen oder Tschechen, aber wir müssen uns vor allem auch um die Menschen hier in der Bundesrepublik Deutschland kümmern und nicht noch dort die Besten aus diesen Ländern hier in die Bundesrepublik Deutschland holen. Das halte ich für eine unfaire Debatte, auch gegenüber den jungen Menschen.

Herr Arslaner, ich glaube, bei einigen Sachen liegen Sie nicht so ganz richtig. Wir haben im Moment eine ganze Menge Instrumente der Bundesagentur für Arbeit, die dazu genutzt werden können, um unter anderem Leute zu qualifizieren, Abschlüsse nachzuholen, Berufsabschlüsse nachzuholen. Es gibt das Programm „Wegebau“, das läuft bei der Bundesagentur für Arbeit seit drei Jahren. Dafür gibt es 200 Millionen Euro. Dieses Geld

haben wir hier angepriesen, zunächst in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland wie sauer Bier. Da ist niemand draufgesprungen.

Und ich sage Ihnen mal, was eine Debatte in den Firmen ist. Wenn es läuft, wenn es richtig brummt, dann brauchen wir die Leute, und wenn es nicht brummt, dann brauchen wir sie nicht, dann schicken wir sie nach Hause.

Und jetzt haben wir die Situation, dass wir Kurzarbeit in einem großen Umfang im verarbeitenden Gewerbe in der Bundesrepublik Deutschland haben, auch hier in Hessen. Nun steht Qualifizierung ganz oben auf der Tagesordnung. Die Frage ist, warum setzen wir hier jetzt nicht an? Auch um tatsächlich Qualifizierungssprünge für Ungelernte zu machen? Zu sagen, wenn wir wissen, es gibt eineinhalb bis zwei Jahre Kurzarbeit. Warum wird jetzt nicht in Qualifizierung investiert, mit Bildungswerken der Sozialpartner und was es dort alles gibt, damit Menschen tatsächlich auch einen Ausbildungssprung machen können, hin zu einem abgeschlossenen Beruf? Das ist die Frage.

Wir haben im Moment, ich habe gestern Abend die Statistiken gelesen, im April in Hessen 1.100 oder 1.200 Leute, die während der Kurzarbeit Qualifizierung machen. Ich will Ihnen mal sagen, das ist lächerlich, was hier passiert! Und das macht auch noch einmal deutlich, wie unehrlich die Debatte zum Teil ist. Für die Auszubildenden muss man meiner Meinung nach tatsächlich weiter überlegen. Hier hat der DGB in den letzten Jahren sehr vielfältige Vorschläge für Hessen gemacht, wie wir diese Differenz irgendwann einmal schließen können. Denn es nützt ja auch nichts, dass wir jedes Jahr sagen, die sind alle versorgt. Aber die sind alle wieder nur in der Schule versorgt, und da haben sie eigentlich keine Lust mehr hinzugehen. Sondern wir sollten tatsächlich einmal schauen, was sich auch mit entsprechenden Hilfen, zum Beispiel anders gelagerten Ausbildungsbegleitenden Hilfen (ABH), ändern lässt. Darüber muss man hier in Hessen noch einmal reden. Was braucht man da, was muss sich verändern, um die jungen Menschen dann auch tatsächlich zu einem qualifizierten Ausbildungsabschluss zu bringen? Ich denke, wir müssen uns zunächst um die kümmern, die hier in Hessen und in der Bundesrepublik leben. Und wir müssen einmal alle Instrumente abgleichen, was man da machen kann. Und ich glaube, wenn wir das gemeinsam machen – und dazu sind wir gerne als Gewerkschaften auch bereit, unsere Kompetenz mit einzubringen –, dann sind wir auf einem guten Weg. Im Übrigen auch für die Menschen mit Migrationshintergrund hier in Hessen. Dankeschön!

Moderation: Andreas Horchler

Vielen Dank für den Beitrag, Herr Körzell. Wir sammeln noch ein wenig weiter. Die nächste Wortmeldung kommt von hier.



Dr. Manfred Wittmeier, Referent für politische Bildung beim Hessischen Jugendring

Manfred Wittmeier vom Hessischen Jugendring. Ich möchte noch mal auf die Erläuterungen eingehen, die Herr Minister Banzer gegeben hat zu dem Nachwuchsmangel in Berufen, die insbesondere nah an Personen arbeiten, vielleicht auch Lehrer, Ärzte und so weiter. Sie haben aber gleichzeitig auch darauf hingewiesen, mit welcher Personengruppe Sie derzeit die Integrationsanstrengungen des Landes bestärken wollen. Eben mit den Hebammen, die also in einem lebensentscheidenden Zeitpunkt an den Leuten ganz dicht dran sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch mal eingehen auf das große Potenzial von Ehrenamtlichen, die in Vereinen und Verbänden unterwegs sind. Die also auch mit einem Überschuss an Motivation einfach in diese Arbeit immer wieder reingehen, die ihre Freizeit dort investieren und die einen erheblichen Nachqualifikationsbedarf haben, wenn es um die Frage der Integration geht. Und die Frage ist, wie man dieses Potenzial ausschöpfen kann. Einerseits natürlich über die Verbände und Vereine, die kommunal wie auch landesweit gefördert sind, aber wie man diese Anstrengung vergrößern kann. Nicht nur auf die Ehrenamtlichen, sondern natürlich auch auf die Lehrerinnen und Lehrer, auf Ausbilder, auf Multiplikatoren, die also insgesamt einen hohen Vertrauensvorsprung mit sich bringen. Eben auch auf Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Migrationsgeschichte gezielt zuzugehen, um dort auch etwas leisten zu können, was dort, wo es um reine Skills, wo es um Zertifikate, um Abschlüsse geht, wo etwas abgeprüft wird, dort von diesen Personengruppen nicht in jedem Fall geleistet werden kann.

Wir haben diese Initiative als Hessischer Jugendring auch im Nachhaltigkeitsdialog der Landesregierung gestartet, sind dort allerdings nicht sehr weit gekommen. Aber hier sind ja in dieser Konferenz sowohl Vertreter der Landesregierung wie auch der Stiftungen anwesend. Und die Frage ist, welche Möglichkeiten werden dort gesehen, um diese Personengruppe nachzuqualifizieren, und für die Integrationsanstrengungen hier in Hessen?

Moderation: Andreas Horchler

Frage angekommen. Wir nehmen jetzt noch zwei in Reihenfolge auf. **Bitte, Frau Öztürk.**

Mürvet Öztürk, Sprecherin für Integration, Migration und Petitionen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag

Herzlichen Dank! Ich hatte mir erst überlegt, ob ich mich als Politikerin melden soll, weil es eigentlich ganz gut ist, dass heute das Forum den anderen Migrantenverbänden und anderen Akteuren gegeben wird. Weil aber der Herr Minister Hahn auch meinte, dass man gemeinsam mit der Landesregierung und auch dem Landtag konstruktiv hier arbeiten sollte, nehme ich den Auftrag an und habe mich gemeldet.

Und zwar möchte ich vorerst all den Menschen danken, die heute hier sitzen, ihre erfolgreiche Teilhabe an der Gesellschaft verwirklicht haben und die Integrationsleistung bis heute überwiegend eigenständig vollbracht haben. Denn die meisten, die heute hier mit Migrationshintergrund sitzen, sind vielleicht Kinder oder Enkelkinder der Person, die aus der ersten Gastarbeitergeneration hierher gekommen sind. Und die Leistung, die Sie erbracht haben, haben Sie eigenständig erbracht. Das ist toll, prima so! Und ich finde es super, dass wir uns gemeinsam Gedanken machen, wie wir die Zukunft gestalten wollen.

Wir haben aber auch alle, die seit Jahren in diesem Thema hauptberuflich, ehrenamtlich, persönlich engagiert sind, bestimmt gemeinsam festgestellt, dass die Analysen, die wir hier gemeinsam gemacht haben, richtige sind. Dass wir sie heute hier aussprechen, ist auch richtig. Wir haben aber bestimmt auch gemeinsam festgestellt, dass viele Erkennt-



nisse bereits da sind. Wir also keine Erkenntnisdefizite, sondern in vielen Bereichen Handlungsdefizite haben. Ich verstehe die Konferenz heute auch so, wie wir gemeinsam die Handlung konkretisieren können und in den nächsten Jahren die zielgruppenorientierte Handlung spezifizieren können.

Und daher frage ich mich, wenn wir unterschiedliche Bereiche ansprechen, wenn wir auch Projekte und Programme ansprechen, wann werden wir hier auf der Landesebene so weit sein, dass viele Projekte, die ja zurzeit ein Modellversuch waren, um Instrumente entwickeln zu können, wenn diese aber jetzt entwickelt worden sind, wann wir diese Projekte in die Ressorts verteilen können? Also wann werden wir so weit sein, dass Integration in den jeweiligen Ministerien ein Thema ist, mit dem sich eine Abteilung eigenständig beschäftigt? Wann werden wir so weit sein, dass Integration beispielsweise nicht mehr verwaltet wird, sondern eben gestaltet wird? Alles Geld, was zur Verfügung steht, soll an die Kommunen runtergebrochen werden, damit sie vor Ort durch Pflichtaufgaben Integration auch gezielt verwirklichen können. Wann schaffen wir es, beispielsweise in den Ministerien oder in öffentlichen Räumen, die interkulturelle Öffnung des Personals voranzutreiben, damit, wenn Beratung stattfindet, wenn Projekte aufgesetzt werden, wir auch wissen, was die Probleme der Zielgruppen sind?

Also meine Sorge ist, wir analysieren gemeinsam, das finde ich gut. Aber bitte lassen Sie uns nicht bei der Analyse bleiben, sondern lassen Sie uns einfach die Handlungsinitiative runterbrechen, dorthin, wo es nötig ist. Und wir sind, glaube ich, alle der gemeinsamen Meinung, dass die Kommunen vor Ort sehr gefragt sind, und ohne Geld funktioniert es nicht. Also einmal interkulturelle Öffnung des öffentlichen Raums, des öffentlichen Dienstes. Und zweitens alles Geld, was vorhanden ist, bitte runterdelegieren an den Ort, wo die Integration stattfindet, das ist in der Kommune. Dankeschön!

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank! Ich glaube, wir müssen jetzt mal eine kleine Pause machen, sonst kommen wir mit der Beantwortung der Fragen nicht mehr hinterher. Wir fangen gleich mal an: Es gab, Herr Minister Posch, Verlust an Exzellenz.

Die Problematik, vielleicht nicht in der Schärfentiefe das Hauptproblem, was wir heute hier zu diskutieren haben, aber durchaus in der Zukunftsbeschreibung ein mögliches solches. Wie gehen wir damit um?

Staatsminister Posch

Ich würde gerne auf die Fragen eingehen, soweit sie mich betreffen. Dieses Thema, das Sie angesprochen haben, dass wir erfolgreiche Migranten jetzt wieder verlieren, da muss man natürlich zuerst die Frage stellen: Warum verlieren wir sie? Das ist ja eine Entwicklung, die man nicht nur auf Migranten beziehen kann. Das ist ein generelles Problem, dass wir hoch qualifizierte Menschen im Moment haben, die sagen: „Ich sehe bei uns in Deutschland keine Perspektive und gehe weg.“ Zum Beispiel im medizinischen Bereich haben wir es damit zu tun. Ich glaube, da muss die Frage beantwortet werden: Wie werden von den jeweils Betroffenen die gesellschaftlichen Verhältnisse bei uns beurteilt? Das hat etwas damit zu tun, ob meine Einkommenssituation ausreichend ist, wie der soziale Status ist, in dem ich mich befinde. Da kann ich Ihnen die Frage nicht abschließend beantworten. Da muss man sehen, welches die Ursachen sind, um dann dem entgegenwirken zu können.



Den zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben, das ist die Frage Ausbildung: Was tun wir in diesen Bereichen? Und deswegen will ich das gleich aufgreifen, was Sie angesprochen haben. Ich glaube, dass wir uns in den Ressorts sehr wohl geöffnet haben. Nämlich in dem Moment, in dem wir – ich habe davon gesprochen – 2001, da war ich selbst schon mal im Amt, haben wir diese Frage der Selbstständigkeit von Migranten ganz maßgeblich forciert und haben Werbung gemacht dafür. Denn viele Leute wissen das nicht, dass beispielsweise das Interesse bei Migranten, sich selbstständig zu machen, größer ist – ich hab das ja eben dargestellt – als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Das heißt, es ist eine Frage, wie wir über politische Maßnahmen dafür sorgen können, dass diese Bereitschaft, die vorhanden ist, dementsprechend gefördert wird. Deswegen kann ich nur sagen – und ich glaube, das gilt für uns alle, wenn wir aus den Ressorts kommen –, wenn irgendwo gesagt wird, ein Programm ist nicht zielorientiert, dann bitte schön, dann muss das an uns herangetragen werden. Denn Sie müssen Folgendes sehen: Manche Programme sind vor einem ganz anderen Hintergrund konzipiert worden, als beispielsweise heute die wirtschaftliche Situation aussieht. Also noch einmal: Ich habe vorhin das Konkurslehrlingsprogramm genannt. Das Konkurslehrlingsprogramm, meine Damen und Herren, ist ein Programm, das, glaube ich, aus dem Ende der Siebzigerjahre/Anfang der Achtzigerjahre kommt, aber heute vor einem ganz anderen Hintergrund eine ganz besondere Aktualität bekommt.

Die Frage ist, Sie haben das Thema angesprochen, Anerkennung der Qualifikation. Herr Forell hat es auch angesprochen. Ich habe es im Einzelnen nicht dargestellt. Wir haben in der Wirtschaftsministerkonferenz darauf hingewiesen, weil damit eine Vielzahl von Institutionen beschäftigt ist. Weil ich auch glaube, die Frage der Anerkennung einer Qualifikation von einem anderen Land kann nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das muss relativ schnell gehen. Da bin ich dem Gedanken sehr nahe, eine Clearingstelle zu initiieren, um das zu beschleunigen. Und das ist das, was ich dort auch gesagt habe, wenn ich von bürokratischen Hemmnissen gesprochen habe. Auch Menschen ohne Migrationshintergrund verheddern sich häufig in dem Regelwerk, das wir haben. Bei demjenigen, der ein Defizit hat, dürfte das um ein Vielfaches größer sein. Das heißt also: Ich glaube, Informationen über die einzelnen Maßnahmen sind – glaube ich – ganz, ganz wichtig. Ich kann Ihnen nur sagen: Tragen Sie das an uns heran! Und es wird natürlich unter Federführung – deswegen haben wir das ja erstmals gemacht, dass wir ein Ministerium haben, das sich mit dieser Frage in besonderer Weise befasst – dies dann jeweils bündeln und mit den jeweiligen Ressorts dann die Konsequenzen daraus ziehen. Das dürfte es für alle Ausbildungsplatzförderungsprogramme geben, und ich glaube auch – also zumindest ist es mein Eindruck –, dass wir gegenwärtig sagen können, dass die Programme, die mit der Bundesanstalt gemeinsam gemacht werden, zwischen dem Arbeitsministerium und uns, auch dementsprechend koordiniert werden. Also von daher glaube ich schon, dass wir insoweit auf dem richtigen Weg sind, dies zu tun.

Es ist nicht meine Zuständigkeit, aber ich will mal zu der Frage öffentlicher Dienst etwas sagen. Da glaube ich, kann man doch auch feststellen, dass wir dort eine wesentliche Veränderung haben.

Wir haben im Bereich der Polizei durchaus Interesse, solche Menschen zu beschäftigen, weil sie natürlich wesentlich näher an den Problemen sind, um dort die Kommunikation zu gewährleisten. Dass das nicht ausreichend ist, das ist jetzt eine ganz andere Frage. Aber es ist nicht so, das möchte ich doch mit allem Nachdruck sagen, dass wir hier beim Punkt null anfangen. Sondern der wichtigste Punkt – und das erlaube ich mir zu sagen –, ein sol-

ches Ministerium jetzt zu bilden, besteht darin, sicherzustellen, dass es keine Reibungsverluste zwischen den einzelnen Häusern gibt, und den jeweiligen Interessenlagen der Gruppierungen, die davon betroffen sind, Rechnung zu tragen.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Minister Posch. Herr Forell, zunächst einmal ganz kurz das Wort vielleicht zu schlechter Beratung. Das Wort ist gefallen, natürlich direkt wieder verkleinert worden. Zum öffentlichen Dienst auch noch mal. Da ist natürlich auch Minister Banzer dann gleich im Anschluss gefragt, genauso wie zum Problemkreis Hebammen und zum Kreis Ehrenamt in der Integrationspolitik. Aber fangen wir erst mal mit der Arbeitsagentur an.

Wolfgang Forell, Bundesagentur für Arbeit, Vorsitzender der Geschäftsführung Regionaldirektion Hessen

Ja gut, ich kann natürlich nicht ausschließen, dass eine Beratung mal schlecht läuft. Grundsätzlich lebe ich mit der Vorstellung, dass unsere Beratungsfachkräfte gut ausgebildet sind und die optimal stattfindet. Nur Sie müssen wissen, die drei Stufen der beruflichen Erstschrte sind Berufsorientierung, Berufsberatung und dann die Ausbildungsvermittlung. Alle drei Schritte sind freiwillig. Wir akquirieren ja junge Leute aus den Hauptschulen, aus den Realschulen, damit sie sich einer qualifizierten Beratung unterziehen. Und ich muss sagen, in den letzten zwei Jahren hat die Zahl derer, die die Dienstleistung, die freiwillig und kostenlos ist, in Anspruch nimmt, eher abgenommen, sodass im Grunde viele, die jetzt einen Fehlsatz haben oder eine schlechte Berufswahl getroffen haben, ja gar nicht eine Berufsberatung in dem eigentlichen Sinne erlebt haben. Also kurz und gut, die Beratung ist ein freiwilliges Angebot. Das diese mal schlecht sein kann, kann passieren. Aber in überwiegender Zahl gehe ich davon aus, dass sie qualifiziert erfolgt.

Und ich will vielleicht noch einen Satz sagen, und da kann ich schon das, was Herr Körzell gesagt hat, mit aufgreifen. Erschreckend ist schon, dass die Angebote, die derzeit ja mit Bundesmitteln gemacht werden, innerbetriebliche Qualifizierung, und er hat diese Stichworte „Wegebau“ – Weiterbildung Geringqualifizierter genannt, oder – wofür ich ja immer wieder jeden Monat bei der Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen predige –, dass die Unternehmen die Phase der Kurzarbeit, wo sie ihre Leute nicht beschäftigen, nutzen, um sie mit Geldern zu qualifizieren, die auch die BA zur Verfügung stellt. Dass das doch in so geringem Umfang nur in Anspruch genommen wird und gerade wenn es in Anspruch genommen wird, nicht von dem Personenkreis, der es in erster Linie kriegen sollte, nämlich die ganz gering Qualifizierten. Dann werden eher Maßnahmen durchgeführt von solchen, die schon eine relativ hohe Qualifikationsstufe erreicht haben, um dort noch mal „on top“ etwas draufzusetzen. Also da ist offensichtlich unsere betriebliche Wirklichkeit noch nicht da, wo sie mal, so meine Vorstellung, hinkommen sollte: Dass aufgebaut wird bei den Geringqualifiziertesten, um sie an eine andere Qualifikationsebene heranzuführen.



Diskussion

Moderation: Andreas Horchler

Vielleicht, meine Damen und Herren, machen wir uns zum Pflichtenheft, dass wir hier auch auf dem Podium noch kürzer antworten, damit wir noch mehr Fragen beantworten können. Herr Banzer, wir hatten ein ganzes Bündel, angefangen von Hebammen über Potenzial Ehrenamt, was möglicherweise brach liegt, noch in unserem Kontext zu beantworten, vom Jugending angestoßen, bitte.

Staatsminister Banzer

Ich verstehe eigentlich meine Rolle hier nicht so, dass ich zu jedem, der hier einen Punkt aufzeigt, bei dem wir noch besser werden können, sage, dass das dann gar nicht mehr nötig ist, weil wir schon gut sind. Dann bräuchten wir ja keine Konferenz abzuhalten, wenn es so wäre. Deswegen teile ich die meisten Positionen, die hier geäußert wurden. Es gilt insgesamt, dass Deutschland eine Weiterbildungswüste ist. Da haben wir international gesehen einfach generell einen großen Nachholbedarf. Das gilt nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern das gilt eigentlich für alle.

Diese Idee des lebenslangen Lernens sagen wir so nett bei Sonntagsreden, aber gelebt wird das noch nicht. Was wir in Hessen versuchen, mit Hessencampus und all den Aktivitäten, das ist schon der richtige Weg. Wenn es gelingt, Volkshochschulen, Weiterbildungsträger, Berufsschulen zusammenzubringen, kann da etwas entstehen.

Ich glaube, dass noch nicht ausgereizt ist, was im Bereich Ehrenamt möglich ist. Man muss aber auch sagen, dass Gewaltiges von Ehrenamtlern geleistet wird. Ich denke zum Beispiel an die Vorlesepaten und an viele Integrationslotsen. Trotzdem haben wir ganze Vereinslandschaften, in denen wir kaum Menschen mit Migrationshintergrund sehen. Ich erinnere zum Beispiel an die klassische deutsche Ehrenamtstruktur. Die Sache ist natürlich, dass Bildung am Schluss der Schlüssel fürs Vorwärtskommen ist. Aber Integration hat natürlich auch viel mit gesellschaftspolitischer Akzeptanz zu tun. Diese Akzeptanz findet insbesondere im Verein statt. Es gehört zu den spannenden Dingen, über die wir noch reden müssen, dass die Menschen am Fließband in der Firma glänzend zusammenarbeiten, dort auch ein Team bilden und arbeitsteilig agieren. Wenn sie das Werkstor verlassen, gehen sie aber in völlig unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen, unterschiedliche Vereine, in



unterschiedliche ehrenamtliche Strukturen. Und an der Stelle gibt es sicherlich noch eine gemeinsame große Aufgabe, bei der wir noch viel erreichen könnten. Es wäre ja auch über das Ehrenamt möglich, diese berühmten Kommunikationsdefizite aus dem Weg zu räumen. Das ist ja das größte Problem. Wie kommen wir an die Beteiligten richtig heran, wenn man eben nach der Veranstaltung, nach der Vereinsaktivität zusammensitzt. Fazit: Das Ehrenamt muss man sehr ernst nehmen. Es ist ein großer Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Minister Banzer. Herzlich willkommen, Herr Ministerpräsident Roland Koch, der nachher die Abschlussrede hier halten wird. Herr Arslaner, ich möchte ganz gerne noch mal ganz kurz ein Wort, wirklich nur ein oder zwei Sätze zu den Vorwürfen des DGB von Ihrer Seite hören. Programme, die nicht hinreichend abgerufen werden. Beispielsweise eine Kommunikation, die nicht so stattfindet, dass sie wirklich zum Ziel führen könnte. Mit anderen Worten: Aus der einen Tasche wird Geld in die Hand genommen, was die andere dann gar nicht haben will.

Arif Arslaner, Geschäftsführer KUBI e. V.

Ich stimme Ihnen in dem Punkt zu, Herr Körzell, dass leider sehr viele Menschen, die eine Nachqualifizierung brauchen, aus strukturellen Gründen nicht davon profitieren können. Die Arbeitgeber reißen sich nicht gerade darum, ihre Mitarbeiter weiterzuqualifizieren. Dies gilt auch für Unternehmer mit Migrationshintergrund, die mein Arbeitsschwerpunkt in dem Projekt „Modulare Nachqualifizierung“ sind. Das ist eine ganze Bandbreite von Unternehmen, angefangen von kleineren Handels- und Handwerksbetrieben bis zu mittelständischen Bekleidungs- oder Möbelherstellern. Hier geht es weniger um Kurzarbeit als vielmehr darum, wie ein Bildungsangebot an die Menschen herangetragen wird. Auf Informationsveranstaltungen, an denen Migrantenarbeitgeberverbände und Selbstorganisationen sehr stark beteiligt waren, bin ich bei vielen dieser Arbeitgeber auf ein großes Interesse gestoßen für die Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeitenden. Die Arbeitgeber sagen mir aber auch, dass sie dazu unsere Unterstützung benötigen, weil sie das eigenständig nicht schaffen können.

Moderation: Andreas Horchler

An dieser Stelle müssen wir natürlich jetzt an des Pudels Kern, Zielgruppenorientierung, die eigentlich schon da ist, die Handlungsdefizite, die auch noch da sind, Verteilung in die Ressorts unter dem Stichwort „gestalten statt verwalten“. Da muss der Integrationsminister natürlich selbst dazu das Wort noch mal ergreifen. Wann können wir das tatsächlich überführen, diese Phase, das, was wir hier bei der ersten Integrationskonferenz auf den Tisch gelegt haben, hin zu tatsächlichen Handlungsstrategien, in Überantwortung auch durchaus in den kommunalen Raum, wie gefordert?

Staatsminister Hahn

Vielen Dank für die Frage. Es ist ja auch vollkommen klar, dass eine Kollegin aus dem Hessischen Landtag die Regierung jetzt fragt, wie geht es denn weiter? Und ich will die Antwort auch überhaupt nicht schuldig bleiben, aber das Rollenverständnis haben wir ja wechselseitig schon geübt.

Ich möchte zuerst noch vor der Klammer etwas sagen, Kollege Posch hat schon darauf hingewiesen. Das ist die Frage „Öffentlicher Dienst muss Modellcharakter für die Ausbil-

Diskussion

„dung haben“. Ich glaube, Herr Kollege Körzell hat es vorhin schon angesprochen: Ja, das ist richtig. Ich habe aber mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass es gar nicht so einfach ist, das sehr plakativ zu beantworten.

Ich war vorletzter Woche beim Amtsgericht in Frankfurt. Sie müssen wissen, das Amtsgericht in Frankfurt ist das Ausbildungsgericht, jedenfalls das größte für die Justiz im südhessischen Bereich. Jedes Jahr sind es zwischen 70 und 80 Auszubildende, die neu im Erstausbildungsjahr eingestellt werden. Meine Frage: „Und wie viel habt ihr?“ „Ja, Herr Minister, zehn Prozent.“ „Ja, das klingt erst einmal gut. Aber habt ihr vielleicht auch ein bisschen die Verhältnisse im Rhein-Main-Gebiet vor Augen, das mit zehn Prozent weit unter dem Durchschnitt liegt?“ „Ja, wir arbeiten daran!“ Und dann kam eins, zwei, drei. Das will ich Ihnen jetzt nicht alles aufzählen, weil wir eins, zwei, drei zum Teil als Land gar nicht ändern können. Da müssen wir uns auch mit Bundesvorgaben beschäftigen.

Aber wir müssen natürlich auch das Bewusstsein ändern, da hat Herr Körzell schon Recht. Mir schwebt vor, weil wir ja auch vieles damit vereinfachen könnten, dass gerade auch in den Behörden, Justiz, Verwaltung, wo es um Ausländerangelegenheiten geht, viel mehr Sprachkenntnisse vorhanden sind. Ich rede jetzt ganz bewusst mal nur von den Sprachkenntnissen. Hätten wir auf den Ämtern, die mit Einbürgerung zu tun haben, Menschen, die die Sprache kennen würden, bräuchten wir nicht mehr jeweils die Vorlage von Übersetzungen vereidigter Dolmetscher, die noch jeweils 100 Euro und so weiter mehr kosten. Aber ich darf sagen, damit Sie sehen, wie lebensnah solche Dinge sind. Das Integrationsministerium ist zurzeit aus eigenen Kräften nicht in der Lage, den Inhalt türkischer Zeitungen zur Kenntnis zu nehmen. Wir freuen uns über die Bilder, oder auch nicht. Aber ich will damit nur als praktisches Problem deutlich machen, dass da noch viel passieren muss. Bei Letzterem sind wir aber auf einem guten Weg. Ich kann dann aber immer nur im Kabinett appellieren „Bitte bemüht euch darum!“ Es ist keine Leistung, zehn Prozent Migranten zu haben, jedenfalls nicht in Frankfurt am Main.

Gestalten war das Erste bei Frau Öztürk gewesen, verwalten dann das Zweite. Wir haben sehr bewusst, man kann ja fast noch sagen, im ersten halben Jahr der Legislaturperiode dieser Landesregierung diesen Kongress veranstaltet. Wir nehmen einiges zusätzlich auf, sonst wäre es ja auch sehr unfair Ihnen als Gästen gegenüber. Und wir haben gemerkt, die Hausaufgabenhefte, von denen Herr Horchler immer spricht, werden immer größer. Wir werden jedoch auf der anderen Seite, Frau Kollegin Öztürk, noch in diesem Jahr ein bestimmtes Verfahren innerhalb der Landesregierung verabreden, wer was macht. Wir machen allerdings schon einiges, das will ich hier jetzt nicht alles vortragen.

Aber zum Beispiel wird noch im Herbst die Frage der Modellregionen Integration beschlossen und einige laufende Maßnahmen – dennoch erfinden wir das Rad nicht neu. Wie die Frage, wer bekommt den Integrationspreis dieses Jahres? Da haben wir gerade am Freitag die erste Sitzung der Jury zu diesem Thema gehabt. Also das geht Schritt für Schritt, aber in einem geordneten Verfahren, das dann auch die Regierung mit dem Par-



lament, und das hat ja Frau Öztürk eben auch zwischen den Zeilen angesprochen, erörtern werden muss – vollkommen klar.

Letzte Bemerkung, da bin ich nicht bei Ihnen, ist Ihre Aussage „alles Geld runter“. Nein, das funktioniert nicht! Also viel Geld runter, ja! Aus diesem Grund machen wir ja auch Modellregionen Integration und deshalb werden wir diese auch finanziell unterstützen. Aber ich mache das absichtlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, richtig vorsätzlich. Ich stelle ganz bewusst neue Mitarbeiter in die Integrationsabteilung ein. Ich glaube, man kann nicht mit sieben Personen eine Integrationspolitik aus einem Guss machen. Daher möchte ich, dass wir am Ende, und der Hessische Landtag hat hier in diesem Raum dem auch zugestimmt, eine Abteilung zwischen 20 und 25 Personen bekommen. Integrationsarbeit ist, und wir haben auch darüber gesprochen, das Konzentrieren und auch das Fokussieren. Dazu brauchen wir auch die genügende Weisheit und Men- und Womenpower bei uns in der Abteilung im Hause.

Ich sage das deshalb für alle diejenigen, die nicht im Parlament sind, weil wir diese Diskussion schon einmal im Rahmen der Haushaltsdebatte geführt haben. Ich wollte Sie daran teilhaben lassen, dass ich richtig vorsätzlich in diesem Bereich neues Personal in das Ministerium herein erbeten habe, und das natürlich in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister. Also nicht alles Geld an die Kommunen, aber so viel wie möglich! Und ich glaube, es wird letztlich sogar noch mehr sein, als wir das in den Legislaturperioden davor hatten.

Aber – letzter Gedankengang – ich möchte nicht alles nach dem Motto „soundso viel Geld – also gute Integrationspolitik“ bewertet wissen. Ich finde ohnehin, dass wir aufpassen müssen, alles immer nur anhand der Finanzmittel zu bewerten, ob etwas gut oder schlecht ist. Sondern ich möchte, darüber haben wir ebenfalls bereits gesprochen, eine Koordinierung vornehmen. Ich baue darauf, dass die Kommunen auch selbst eine Umorganisation vornehmen, und ich bin unheimlich dankbar dafür, dass Herr Dr. Kaehlbrandt und Herr Dr. von Kalnein und andere hier im Raum sind, oder wie Herr Professor Leonhard, der schon für seine Veranstaltung nach Berlin fliegen musste, also dass auch entsprechende Stiftungen vorhanden sind, und da können wir zusammenarbeiten. **Vielen Dank!**

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank, Herr Minister Hahn. Ich glaube, mit Blick zur Uhr, wir haben Zeit für ein kleines Fragenpäckchen. Das hängt ein wenig von Ihrer Disziplin ab, und ich sage es noch einmal, von der Gestaltung der Fragen und der Fragenlänge. Ich glaube, Sie warten am längsten.



Koryoun Khosrovafian, Leiter der Lernwerkstatt Offenbach

Khosrovafian ist mein Name, von der Lernwerkstatt Offenbach. Ich habe gemerkt, es gibt ja schon einige Maßnahmen, die vorhanden sind. Vor allem die Bundesagentur macht seit Jahren in diesem schwierigen Bereich für viele Migrantenjugendliche, dem Übergang von der Schule zur Ausbildung, Maßnahmen im Bereich SGB III, die sehr sinnvoll sind und immer geholfen und gegriffen haben.

Ohne das beurteilen zu wollen, sehe ich nur, dass in einem Ort wie Offenbach das Ausschreibungsverfahren dazu geführt hat, dass im Prinzip innerhalb von sieben Jahren sieben, acht Mal die Träger gewechselt haben, die diese Maßnahmen durchgeführt haben. Aber sie arbeiten mit Menschen, das heißt, es ist eine Vertrauensbasis vorhanden. Sie müssen weiterhin mit diesen Menschen noch den Kontakt haben. Und das Ergebnis ist gewesen, dass innerhalb dieser sieben, acht Jahre die Zahl der Plätze für diese Maßnahmen fast halbiert worden ist. Und es ist nicht so, dass vor Ort kein Bedarf da ist. Der Bedarf ist da, nur die Kontakte gehen verloren, und die Leute greifen dann auf Ihre guten Angebote nicht mehr zurück. Und es ist schade, es ist viel Geld, was Sie ausgeben.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank für die kürzeste bisherige Anmerkung! Unter anderem, werden wir das gleich aufgreifen und Herr Forell wird dazu einiges sagen können. Aber wir sammeln noch ein bisschen. **Bitte sehr!**

Dr. Kamibz Ghawami, Vorsitzender der deutschen Sektion des World University Service

Ich möchte gerne einen Satz aufgreifen von Herrn Minister Posch. Und zwar hat er ja gesagt, dass Integration ein Wert an sich ist. Und dieses ist doch, glaube ich, ein entscheidender Merksatz, wenn man hier die Integrationspolitik mit anderen Politikfeldern auch verbinden kann.

Und ich darf noch einmal auf die Potenziale der Hochschulen hinweisen. Wir haben gegenwärtig an den hessischen Hochschulen gut 25.000 ausländische Studierende plus noch etwa 12.000 sogenannte Bildungsinländer. Das heißt Personen, die hier die Schulen durchlaufen haben und jetzt studieren. Und das sind Potenziale, die man für die Integration nutzen kann, das sind Potenziale, die man für die Außenwirtschaft, für die Standortwerbung Hessen nutzen kann, aber natürlich auch für die Außenwissenschaftspolitik. Und deswegen die Frage auch an Minister Posch: Wie können Sie Initiativen unterstützen, hier die Verzahnung der verschiedenen Politikfelder noch zu verstärken? Ich denke, da ist noch ein wenig Luft, die man besser nutzen könnte.

Moderation: Andreas Horchler

Herzlichen Dank! Wir machen gleich weiter. Vielleicht ebenso kurz, wäre toll!

Dr. Ezhar Cezairli, Vorsitzende des Türkisch-Deutschen Clubs

Ich versuche es. Ich habe vorhin sehr viel über das Bildungssystem erzählt. Ich würde gerne zu der Berufsausbildung etwas sagen. Also ich finde es zu spät, wenn man den jungen Menschen am Ende

der Schule, sei es die Hauptschule oder Realschule, erst da Maßnahmen für diesen Übergang anbietet. Ich glaube, dass es richtiger wäre, wenn man noch während der Schulzeit, bevor die Schule zu Ende geht, den jungen Menschen schon eine Orientierung gibt. Dazu müssen die Kinder, die Jugendlichen ja auch motiviert werden, sie müssen ihre eigenen Talente ja auch entdecken. Aber die meisten wissen ja überhaupt nicht, was für Talente habe ich, was für Interessen habe ich. Die meisten Jugendlichen, und auch durch meinen Beruf kenne ich sehr viele Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aus unterschiedlichen sozialen Schichten, die ich erlebe, sind völlig orientierungslos, bevor die Schule zu Ende ist und auch wenn die Schule zu Ende ist. Ich glaube, dass es da wichtig ist, schon während der Schulzeit das zu ändern und auch die Qualität der gesamten Schulbildung und die Qualität der Lehrerbildung anzupassen. Ich finde, in Deutschland haben wir gar kein Maß, um zum Beispiel den Erfolg der Lehrer und den Erfolg der Schule zu messen. Die Lehrer und die Schulen müssen auch umdenken. Sie müssen ein Interesse daran haben, dass ihre eigenen Schüler einen Abschluss bekommen und sie in ihrer Schulzeit so weit vorzubereiten sind, dass sie dann auch eine Ausbildung beginnen können. Da glaube ich, müssen wir noch viel mehr tun. Diese berufsorientierenden Maßnahmen nach der Hauptschule sind für mich wirklich Abstellgleise. Die Kinder, die dorthin gehen, wissen genau, dass sie sowieso keine Chancen haben, und sind sehr demotiviert.

Also, die Qualität der Schulbildung und die Einstellungen der Lehrer gegenüber ihren Schülern, dass sie eben einen Erfolg zeigen müssen, das müssten wir noch stärker deutlich machen.

Moderation: Andreas Horchler

Vielen herzlichen Dank für diesen Beitrag! Gut, dass Frau Henzler auch wieder bei uns ist. Willkommen zurück bei der ersten Hessischen Integrationskonferenz! Irgendwie kommen wir aus dem Kontext Bildung und Ausbildung auch im Kontext Wirtschaft überhaupt nicht heraus. Wir wollen noch eine Wortmeldung dazu nehmen. Frau Süß, bitte!

Sabine Süß, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Schader-Stiftung

Ich betrachte diese Konferenz als eine wunderbare Möglichkeit, uns, die wir hier sitzen, und so steht es auch in der Pressemitteilung, als Experten aus unserer Perspektive heraus zu betrachten. Deshalb würde ich die Fragen, die wir stellen sollen, in diesem Kontext jetzt erst mal zurückstellen, sondern ich würde ein Angebot machen wollen. Das Angebot ist zum einen, und etliche von denen, die hier heute auch Beiträge geleistet haben, haben dieses bereits getan, Sie aus Ihrem Erfahrungsschatz in Ihrer Arbeit zu unterstützen. Das ist der eine Punkt.



Ich wünsche mir von Ihnen zweierlei. Zum einen, den sozialräumlichen Kontext der Integrationsarbeit wesentlich in den Vordergrund zu stellen. Bildungsarbeit ist ohne Zweifel der Schlüssel für Integration. Dennoch ist Bildung ein Bestandteil der kommunalen Arbeit, der Arbeit in den Quartieren und ein Element, das ist ja heute ausführlich besprochen worden, der Familien. Und die Familien leben in Nachbarschaften und die Nachbarschaften geben existentiell vor, was auch sozialen Aufstieg angeht, was das Zusammenleben und auch das Akzeptieren derjenigen, die schon immer dort gelebt haben und die neu hinzukommen, betrifft. Das ist der eine Impuls.

Und der zweite Impuls ist, dass ich Sie darin bestärken möchte und mir wünsche, dass deutlicher gemacht wird, wie die unterschiedlichen Ministerien enger zusammenarbeiten können, auch im Sinne dessen, was heute immer wieder angeklungen ist. Wie können wir es schaffen, Förderprogramme, Initiativen, zivilgesellschaftliche Akteure, politische Verantwortliche so miteinander in Verbindung zu bringen, dass wir keine Energie und keinen Aufwand mehr verschwenden für das, was dringend nötig ist?

Moderation: Andreas Horchler

Vielen herzlichen Dank! Ich glaube, die Antwort des Integrationsministers wäre „mit einem Integrationsministerium“. Wir haben noch eine Frage, die wir gerne zulassen wollen.

Irfan Bhatti, Schüler 12. Klasse und Start-Stipendiat der Hertie-Stiftung

Vielen Dank! Mein Name ist Irfan Bhatti. Ich bin 17 Jahre alt und gehe in die zwölfte Klasse eines Oberstufengymnasiums mit Ganztagsangebot. Außerdem bin ich Mitglied des Jugendbeirats der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen und Hertie- bzw. Start-Stipendiat.

Ich möchte Ihnen gerne von einer Begebenheit erzählen, die ich auf dem Sommerfest einer Partei hatte. Ein etwas älterer Herr kam auf mich zu und fragte mich rundheraus: „Sprechen Sie Deutsch?“ In dem Moment war ich so sprachlos, dass dieser wieder fragte: „Sprechen du Deutsch?“ Für diesen Herrn, genauso wie für viele andere, war es scheinbar ungewöhnlich, dass man als Jugendlicher mit schwarzen Haaren, brauner Haut und dann noch als Muslim fließend Deutsch sprechen kann. Meine Damen und Herren, ich spreche Deutsch! Ich denke Deutsch! Ich träume Deutsch! Ich bin Deutsch!

Leider scheint dies bei vielen noch nicht angekommen zu sein. Wir müssen die Integration in den Köpfen auch Urdeutscher viel stärker voranbringen. Viele von Ihnen haben die Berufsberatung

angesprochen. Die Berufsberatung in Schulen ist aber in der Realität sehr anders. Dort heißt es, ich geh rein: „Zeig mir dein Zeugnis!“ Ein kurzer Blick drauf: „Du wirst Mediziner!“ Kurze Zeit später: „Ach, du hast in Latein gute Noten. Du wirst Lateinlehrer!“ Das ist keine Berufsberatung, das ist Berufsbevormundung!

Moderation: Andreas Horchler

Vielen herzlichen Dank! Das waren eindrücklich geschilderte Erlebnisse, auch für unsere Schlussrunde natürlich ganz ideal. Vielleicht können wir noch eine Wortmeldung wahrnehmen. Bitte kurz, wenn es geht.



Ümmühan Ciftci, Studentin und ehemalige Start-Stipendiatin der Hertie-Stiftung

Mein Name ist Ümmühan Ciftci. Ich bin Medizinstudentin und ehemalige Start-Stipendiatin. Was ich heute sagen möchte, ist mir sehr wichtig, wie auch die erste Integrationskonferenz heute wichtig ist.

Auf jeden Fall müssen wir in unseren Köpfen behalten, dass wir uns von dem bestehenden Bild ablösen müssen, dass die Gesellschaft aus zwei Fronten besteht. Wir sollten Integrationspolitik betreiben, in der nicht mehr von „ihnen“ und „wir“ gesprochen wird, sondern dass wir uns als ein Ganzes sehen. Wir müssen uns von diesem Bild ablösen, denn erst dann können wir es schaffen, auch Vorurteile abzubauen und die Abwanderung von exzellenten Schülerinnen und Schülern oder Arbeitgebern ins Ausland zu verhindern. Vor allem müssen wir auf dieser Integrationskonferenz gemeinsam daran arbeiten, dass auch Menschen, die Migrationshintergrund haben, in den Prozess mit eingebunden werden, dass wir Integration gemeinsam formen.

Moderation: Andreas Horchler

Vielen herzlichen Dank! Ich glaube, es ist Zeit für eine kleine Schlussrunde. Wir müssen natürlich noch einmal die Fragen ein wenig beleuchten, die angesprochen wurden. Die Kontakte zu den Einzelnen. Ich glaube, das war ein ganz wesentlicher Punkt, der einfach erhalten werden muss. Vernetzung von Politikfeldern, wozu ja ein Integrationsministerium da ist. Orientierung bei der Lehrerausbildung.

Da wäre Frau Henzler noch einmal mit einem Satz gefragt und zu unserem angesprochenen überlappenden Thema Bildungspolitik und Migration und Integration. Auch die eindrücklichen Kommentare der jungen Leute, die ihrerseits offensichtlich die Gräben überwunden haben, mit denen andere, die hier sitzen, möglicherweise auch aufgewachsen sind. Das ist ein hervorragendes Zeichen für Integration. Vielleicht, Herr Arslaner, machen Sie einfach mal den Anfang. Das gerade Gehörte, macht es Eindruck auf Sie?

Arif Arslaner, Geschäftsführer KUBI e. V.

Wenn Herr Bhatti und Frau Ciftci trotz aller Bemühungen um Integration in vielen Bereichen immer noch hauptsächlich nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit wahrgenommen werden, ist etwas nicht in Ordnung. Mich interessiert nicht so sehr, ob ein Mensch aus Deutschland, aus Asien oder aus der Türkei stammt. Mir sind Werte wichtig, das, wofür ein Mensch steht, ob er zum Beispiel für Demokratie, Gleichberechtigung und die Gleichstellung von Mann und Frau eintritt. Deshalb müssen wir gemeinsame Werte aufbauen mit allen Menschen, die hier leben. Wenn man immer nur von „ihr“ und „wir“ spricht, kann keine Gemeinsamkeit entstehen.

Moderation: Andreas Horchler

Herr Forell, es gab erneut einen kleinen Anwurf gegen die Bundesagentur, was Beratung angeht, auch von unserem Zwölftklässler. Sie können „Prügel“ gut ab, das weiß ich. Aber sagen Sie doch mal etwas dazu.

Wolfgang Forell, Bundesagentur für Arbeit, Vorsitzender der Geschäftsführung Regionaldirektion Hessen

Also das ist natürlich unmöglich, wenn Sie das so erlebt haben. Ich hoffe nicht, dass es ein Mitarbeiter der Agentur für Arbeit war, der Ihnen diese dumme Beratung hat zuteilwerden lassen. Denn üblicherweise finden die Beratungen ja dann nicht in der Schule, son-

Diskussion

dern in der Agentur statt. Aber es kann passieren, dann ist es schlecht gelaufen. Aber ich bleibe dabei, das gilt genauso, wie ich es bei Ihnen auch gesagt habe, dass das Ausnahmefälle darstellen. Für die gilt es, sich zu entschuldigen, wenn es so war. Nein? Also, ich werde das mal klären. Vielleicht kann ich aber die Frage von Ihnen noch aufgreifen. Es ist selbstverständlich nicht

so, dass erst mit Ende der Schulzeit die Beratung stattfindet, sondern in den Hauptschulen ab der siebten Klasse. Also, die Beratungen finden immer in der siebten Klasse und dann in der neunten Klasse statt, damit auch für die jungen Leute genügend Zeit bleibt, sich zu entscheiden und um das auch mit ihren Eltern zu besprechen. Es ist nicht so, dass die aus der Schule gehen, beraten werden und dann eine Ausbildung antreten müssen. Da kann man sich schon länger darauf vorbereiten.

Diese Ausschreibungsproblematik vom Kollegen wollte ich noch kurz ansprechen. Es ist so, wir müssen unsere Dienstleistungen, die wir einkaufen, ausschreiben. Das Gute an dem Verfahren ist, dass wir Geld sparen.

Das Schlechte an dem Verfahren ist, dass wir gelegentlich gute Träger verlieren und keinen Ersatz dafür haben. Aber in dem Spagat bewegen wir uns, und ich denke, dass wir in den letzten zwei Jahren darin etwas besser geworden sind. Gute Träger dürfen überhaupt nicht auf der Strecke bleiben, denn wir brauchen gute Träger, gerade in dem Feld, über das wir uns heute hier unterhalten.

Moderation: Andreas Horchler

Herr Minister Posch, berufliche Ausbildung, Orientierung bei der Vernetzung der verschiedenen Politikfelder gerade an der Nahtstelle Schule, Überführung in den Beruf, Kontakt zu einzelnen Akteuren, um einfach den Faden nicht abreißen zu lassen. Es waren ganz eindruckliche Beispiele, die wir jetzt gehört haben. Nicht zuletzt auch von den jungen Leuten, die uns einfach mit dem Maß an Vorurteilen noch einmal eine Demonstration geliefert haben, dass wir bei dem großen Thema Integration ganz so weit dann doch noch nicht sind.

Staatsminister Posch

Dass Integration nicht darin besteht, dass Migranten eine Bringschuld haben, das ist wohl völlig selbstverständlich. Sondern dass es auf beiden Seiten die Bereitschaft voraussetzt, zu erkennen, dass wir für beide letztlich eine Win-win-Situation haben. Und dabei steht das im Vordergrund – auch wenn ich früher von der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit gesprochen habe, Migranten in bestimmte Prozesse einzubinden –, dass Integration ein Wert an sich ist. Das ist eben auch gerade in den letzten Bemerkungen der Fra-



gesteller bzw. derjenigen zum Ausdruck gekommen, die sich hier gemeldet haben. Das setzt natürlich voraus, dass wir – jetzt rede ich von denjenigen ohne Migrationshintergrund – mehr Bereitschaft an den Tag legen müssen, dies auch zu akzeptieren.

Was können wir dazu tun? Deswegen möchte ich aufgreifen, was Herr Dr. Ghawami gesagt hat. Das ganze Thema

Außenwirtschaft in Hessen kann dazu beitragen, Integration zu realisieren. Je mehr wir deutlich machen, wie die wirtschaftliche Situation bei uns in Hessen aussieht – wir sind ein Exportland –, umso mehr wird auch darin deutlich, dass wir den Arbeitsmarkt nicht mehr national sehen können in den unterschiedlichsten Bereichen.

Ich teile das, was Herr Dr. Ghawami gesagt hat, dass natürlich dabei die akademische Ausbildung eine äußerst große Rolle spielt. Ich weiß, dass bei unseren Delegationsreisen, wenn wir andere Länder besuchen, beispielsweise der Besuch und die Kontaktpflege zu anderen Hochschulen, eine besondere Bedeutung hat, um dafür zu werben, an deutschen Hochschulen zu studieren. Wir haben Partnerschaften zwischen Hochschulen, Universitäten in Hessen und in anderen Ländern. Es gibt eine uralte Partnerschaft mit einer Universität in Shanghai, der Tong Chi-Universität.

All das ist ein Prozess, der voraussetzt, dass auf beiden Seiten der Erkenntnisprozess einsetzt. Und da verschweige ich ja überhaupt nicht, dass wir dort Defizite aus der Vergangenheit aufarbeiten müssen. Es war ja keineswegs selbstverständlich, dass das, was wir jetzt einvernehmlich so diskutieren, wirklich einvernehmlich war. Und deswegen glaube ich – alles, was hier gesagt worden ist, Kollege Banzer hat noch mal darauf hingewiesen –, die Einbeziehung im Ehrenamt ist ein ganz maßgeblicher Beitrag, diese Schranken, die dort bestehen, abzubauen.

Also ich glaube, diese Aussage, die gerade in der letzten Runde deutlich geworden ist, dass es hier nicht nur um ein Angebot bzw. die Erfüllung von Verpflichtungen geht, sondern eine Bewusstseinsveränderung herbeigeführt werden muss durch die einzelnen Maßnahmen, ist klar. Und beim letzten Beispiel, weil Sie das noch mal angesprochen haben, wenn wir Ausbildung in Partnerschaft machen, dann versuchen wir in mühevoller Kleinarbeit gemeinsam mit den Kammern, unser Ausbildungssystem überhaupt erst einmal Migranten deutlich zu machen, damit sie den Stellenwert erkennen. Und wenn wir dann sagen, Ausbildung in Partnerschaft heißt: „Du bist zu klein, du schaffst es alleine nicht, wir besorgen dir einen Partner, damit du gemeinsam ausbilden kannst, um damit jemanden zu qualifizieren“, dann glaube ich, sind das konkrete Schritte, die deutlich machen, dass wir es mit der Migration hier wirklich sehr ernst nehmen. Ich weiß, dass wir das noch nicht in idealer Weise überall umgesetzt haben, aber ich glaube, dass die Wege dorthin, insbesondere auf dem Ausbildungsmarkt, ganz positiv sind.



Moderation: Andreas Horchler

Herr Minister Banzer, so etwas wie aus Offenbach geschildert, dass wir eine Lernwerkstatt haben, wo dann einfach Fäden und Kontakte reißen, auch das ist die lokale Ebene. Die ist ja im Rahmen der Diskussion mehrfach angemahnt worden.

Das kann nicht im Sinne des Arbeitsministeriums sein und das können Sie sich persönlich auch nicht wünschen, dass solche sehr wichtigen Detailarbeiten sozusagen an der Basis, da wo es stattfindet, tatsächlich nicht mehr stattfinden. Haben Sie eine Idee, was man dagegen tun kann, wie man es wieder verbessern kann?

Staatsminister Banzer

Ich glaube, dass wir dann richtig vorwärtsgekommen sind mit der Integration, wenn wir Integration nicht mehr als ein Problem sehen, sondern als eine Chance. Wir in Hessen sind nun mal ein Land in der Mitte Deutschlands. Wenn wir der Bevölkerung, uns allen gegenüber klarmachen können, dass das ein Vorteil ist in einer komplexer werdenden Gesellschaft mit vielen Temperamenten, Kulturen und Möglichkeiten, Weltfragen anzugehen und zu beantworten. Dann, glaube ich, entsteht auch der Geist, den wir brauchen, um die Probleme, die auf dem Weg dorthin zu bewältigen sind, auch gemeinsam zu lösen. Diese Konferenz heute ist das eine, und das tägliche Miteinander ist das andere. Erst wenn wir das beides in gleichem Sinne hinbekommen, dann haben wir es geschafft.

Ich höre schon, es ist eine gute Überleitung zum Ministerpräsidenten. Ich wollte gerade sagen, meine Damen und Herren, sehr viele Fragen sind natürlich gar nicht erst erörtert worden. Aber das ist der Charakter einer solchen Integrationskonferenz. Das habe ich auch in der Mittagspause schon von verschiedenen Teilnehmern gehört. Klar, wir müssten auch Leute hierherbringen, die in der noch aktuelleren Basisarbeit stecken. Gleichwohl ist eine solche Integrationskonferenz, als erste Veranstaltung dieser Art, mit Sicherheit, und davon bin ich überzeugt, eine Verständigung darüber, was man erreicht hat. Es ist ein Ausloten, was man mit einem solchen Integrationsministerium in diesem Bundesland Hessen macht. Und ich glaube, da werden wir bei diesem Zukunftsthema und bei diesem essentiellen Thema Integration sehr, sehr spannende Zeiten in der Bundesrepublik und in unserem Bundesland Hessen in sehr naher Zukunft erleben. Ich hoffe, dass wir da ganz vorne mit dabei sind und am Ende „role model“ für alle anderen sein können. Meine Damen und Herren, wir kommen zum Höhepunkt der Veranstaltung. Das liegt nicht daran, dass jetzt Roland Koch, der Ministerpräsident unseres Landes, zu Ihnen spricht. Sondern es hängt damit zusammen, dass in seiner Rede Gegenstand sein wird, was Sie in Sachen Integration gesagt haben.

Moderation: Andreas Horchler

Die Fragebögen sind ja zur Mittagspause eingesammelt worden. Es gibt sehr spannende Ergebnisse zum Abschluss der ersten Hessischen Integrationskonferenz!

Ministerpräsident Roland Koch bitte.

2.7 Abschlussrede

2.7.1 Roland Koch, Hessischer Ministerpräsident

Meine Damen und Herren, zunächst will natürlich auch ich Ihnen meine herzlichen Grüße sagen.

Es ist nie ganz leicht, bei inhaltsreichen Tagungen im Laufe der Zeit dazukommen und dann in die Verlegenheit zu kommen, die Ergebnisse zusammenfassen zu sollen. Herr Dr. Kindermann hat mich in Ihre Arbeitsergebnisse eingewiesen.

Um unsere gemeinsame Verantwortung in der Landesregierung zu dokumentieren, spreche ich als Ministerpräsident ein Schlusswort. Besonders danken will ich dem Kollegen Hahn, dass er die Koordination des Bereiches der Integration hier in Hessen in einer zusätzlichen Verantwortung, neben den Zuständigkeiten als Justiz- und Europaminister, auch wahrnimmt.

Ich will gleich bei der ersten Konferenz deutlich machen: Ich habe ein großes Interesse daran, dass dieses Projekt zu einem Erfolg wird. Und ich bin sehr dankbar, dass Herr Kollege Hahn – und wie ich sehe, ein beschlussfähiges Kabinett – Ihnen hier für die Diskussion zur Verfügung steht.

Ich glaube, das Wichtigste am Ende eines solchen Kongresses ist die Verabredung, dass er nicht einmalig war, sondern dass hier ein Entwicklungszyklus beginnt. Sicherlich werden wir nicht immer im Plenarsaal des Hessischen Landtags und nicht immer in dieser aufwendigen Form tagen, sondern auch in Arbeitsprojekten und -gruppen.

Wichtig ist eine Atmosphäre, in der die Arbeitshaltung aller ermöglicht, dass ein Moderator am Ende alle zu Wort kommen lässt, die etwas sagen wollen, was, wie ich gehört habe, hier gelungen ist. Das ist ein gutes Zeichen.

Stellen Sie sich einmal vor, man hätte am Ende dieser Konferenz gesagt: Keiner hat mehr etwas zu sagen! Es ist eben ein Start, nichts anderes, der Beginn einer Diskussion. Und ich glaube, dass wir uns darüber verständigen können, dass wir nicht nur über die großen Überschriften in der Politik sprechen wollen, sondern über die mitunter dramatischen Probleme, wie sie hier angesprochen worden sind. Wir wollen nicht nur über Rahmenbedingungen für die Lösung verschiedener Probleme sprechen, sondern über die Lösung der Probleme selbst.

Ich durfte einen Blick in Ihre bisherigen Arbeitsergebnisse werfen. Ich stelle fest, dass es zwischen Ihrer Sicht und derjenigen der Landesregierung keine großen Unterschiede gibt. Sie sind gefragt worden nach den wichtigsten Handlungsfeldern für eine erfolgreiche Integration, also eine Form der Prioritätensetzung. Sie setzen Bildung als erste Priorität, gefolgt vom Spracherwerb. Das ist aus meiner Sicht auch die Einschätzung, die wir als Landesregierung haben. Es folgen die frühkindliche Erziehung, der Bereich Übergang Schu-



Abschlussrede

le/Beruf, der Arbeitsmarkt und das Feld der Gesundheitspolitik. Eine Prioritätensetzung wie diese bedeutet nicht, dass einer dieser Bereiche unwichtig ist. Zu allen Bereichen gäbe es konkrete Beispiele aus dem gesellschaftlichen Leben zu nennen. Ihr Konsens in der Bewertung scheint mir schlüssig.

Die zweite Frage war: An welche Zielgruppen richtet sich Integrationspolitik? Sie meinen, zuerst an Jugendliche, dann an solche Mitbürger mit fehlendem Integrationshintergrund sowie an die Kranken, kleine Kinder, die Gesellschaft insgesamt. Der allgemeine Begriff der Migranten folgt erst spät, was man gut verstehen kann, weil es Sinn macht, das vorher zu differenzieren.

Wir wollen nicht einen bestimmten Teil zurückdrängen und sagen, ihr Thema werde in den nächsten Jahren nicht beachtet. Sondern wir sehen durchaus, dass die Bereiche, die von Ihnen in der Gemeinsamkeit am stärksten formuliert werden, offenkundig auch Bereiche sind, die sich einfügen in unsere Verantwortlichkeit im Umgang mit Jugendlichen und mit Kindern.

Das gilt etwa mit Blick auf die Kindertagesstätten, auf die Schulen oder auch auf die Kommunen bei der Jugendarbeit.

Ich denke daher, dass die Reihenfolge jedenfalls eine ist, mit der man sich gut identifizieren kann und die man, glaube ich, sehr unproblematisch als das Ergebnis einer solchen ersten Runde auch zusammenfassen kann, wenn man wie ich nur den Fragebogen gesehen hat und nicht die gesamte Diskussion.

Sie haben dann in den offenen Fragen beschrieben, was Ihrer Ansicht nach Integrationspolitik erreichen soll. Integration der Köpfe und keine Assimilation, Kompetenzen in der Lehrerausbildung, Parallelgesellschaften sollen aufgelöst werden, mehr Miteinander statt Gegeneinander, mehr sichtbare Vorbilder, umfassende Teilhabe an der Gesellschaft und am wirtschaftlichen Leben, Abbau von Vorurteilen, Ganztagschulen, gemeinsame Angebote in den Bereichen Sport und Musik bis zu dem Punkt, dass die Kleinstaaterei bei der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen verändert werden muss. Jawohl, das ist auch meine Meinung. Ich glaube, das ist eine Bandbreite, von der wir sagen können, dass sie das ganze Spektrum der Aufgaben ausleuchtet.

Sicher werden wir auch die Aufgaben priorisieren müssen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen: eine Gesellschaft im Jahr 2020, die offener, gastfreundlicher, demokratischer und freier ist. Migranten sollen mit ihrem Herzen hier ankommen, es soll keine Zwangsehen und keine Ehrenmorde mehr geben, jeder wählt seinen Lebensstil und seinen Lebenspartner selbst, Chancengerechtigkeit soll erreicht werden, Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Politik vertreten, Migranten haben alle Berufsmöglichkeiten, Ausgrenzung und Abschiebung finden nicht mehr statt, Vielfalt wird gelebt, ohne auf gemein-



same Ziele zu verzichten. Und der letzte Wunsch für die Gesellschaft 2020, den ich jetzt hier nenne: Integrationsgipfel sind dann überflüssig. Da bin ich zwar nicht so sicher, aber diese Hoffnung kann man durchaus haben.

Wir haben in der Integrationspolitik in Hessen seit 1999 schon einiges bewegt. Aber wir müssen jetzt, nachdem wir viele Schritte gegangen sind, auch schauen, dass wir sicherstellen, dass wir auch Erfolge messen oder Schwierigkeiten, die wir nicht beseitigen, dokumentieren. Scheinbar sind nicht alle Maßnahmen und Mittel adäquat für das, was wir an Herausforderung sehen. Integrationsmonitoring, um das mit dem neudeutschen Wort so zu sagen, wird in diesen vier Jahren keine unerhebliche Rolle spielen. Ich hoffe, dass man von heute an gesehen in gut vier Jahren in einer solchen Konferenz auch diejenigen, die für Monitoring verantwortlich sind, in entsprechender Form anhören kann, um herauszufinden, ob unsere Maßnahmen gegriffen haben.

Gleichzeitig glaube ich auch, dass wir alle mit der notwendigen Gelassenheit sehen müssen, dass das eine Aufgabe ist, in der es keine kurzfristigen Erfolge gibt. Das bedeutet, wenn man damit umgehen will, zweierlei: Das bedeutet nach meiner Einschätzung zum einen, dass wir weiterhin das Selbstbewusstsein haben, darauf hinzuweisen, dass wir mit



dem, was uns bis heute in der Bundesrepublik Deutschland seit dem Beginn der Sechzigerjahre im Anschluss an den Wiederaufbau nach dem Krieg gelungen ist, Integration in einer Weise gelebt haben, die jedenfalls keine vergleichbaren Auseinandersetzungen hervorrief, wie wir sie durchaus in den Nachbarländern Frankreich oder Großbritannien beobachten können.

Und wir müssen ein Zweites sehen: Die Herausforderungen nehmen im Augenblick erst einmal zu, was man statistisch nicht unterschlagen darf. Die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund wird jedes Jahr größer. Das bedeutet, dass die Anzahl derer, denen die hier angedachten Maßnahmen zugutekommen sollen, nicht sinkt, sondern steigt. Dies festzustellen ist gerade deshalb wichtig, weil es eben nicht so ist, dass man sagen kann, „das war in der Vergangenheit und das wird mit jedem Jahr einfacher“. Der Irrtum in der Integrationspolitik der Siebzigerjahre war die Annahme, dass Integration mit jedem Jahr einfacher würde. Der Gedanke, dass Gastarbeiter bald wieder in ihr Heimatland zurückkehren würden, hat sich als falsche Annahme herausgestellt. Wir wollen mit Präzision, auch mit beachtlichen Mitteln herangehen, das jetzt so zu gestalten, dass wir Einfluss nehmen auf den Erfolg und gleichzeitig ein realistisches Maß haben. Gerade wenn wir ein solches Projekt wie die Integrationskonferenz beginnen. Die Tatsache, dass diese Konferenz tagt, ist gut. Wir als Landesregierung sind stolz darauf, aber wir behaupten nicht, dass damit das Problem gelöst ist. Sondern wir handeln: Mit der Integrationskonferenz, mit den Maßnahmen in der Schule, etwa zur Spracherziehung, mit der Hilfe und Unterstützung für die Eltern in diesem Bereich dieses Feldes, bis hin zu berufsqualifizierenden Maßnahmen für

Abschlussrede

Menschen, die schon früher in der Schule waren, als unsere Maßnahmen jetzt im sprach-erzieherischen Bereich greifen konnten. So wichtig und stark das alles ist, gehen wir mit einem sehr realistischen Blick in diese Diskussion.

Und deshalb freuen sich alle, die in der Landesregierung Verantwortung tragen, sehr, dass Sie diese Einladung in dieser Form angenommen haben. Sie drücken damit eine breite Bereitschaft aus, auch über möglicherweise bestehende politische Unterschiede in der einen oder anderen Frage hinaus sicherzustellen, dass die Netzwerke funktionieren können. Netzwerke in einem Land, das von der Internationalität in einem besonderen Maße betroffen und gesegnet zugleich ist. Unsere Mitbürger mit Migrationshintergrund sind ein großer Teil unseres strategischen Vorteils. Die Herausforderungen, die damit einhergehen, muss man auch so sehen: Es ginge uns schlechter, wenn wir diese Herausforderungen nicht hätten. Man darf sich keine Illusionen machen darüber, dass es sozusagen für viele der Bevölkerungsgruppen, die wir ansprechen, nur eine Antwort gäbe. Sondern es besteht hier eine große Vielfalt, die auch unsere Programme und Ansätze auszeichnet. Auch das unterscheidet uns von anderen Bundesländern.



Wenn man die Statistik betrachtet, merkt man schnell, dass ein Viertel der Migrantinnen und Migranten in Hessen aus der Türkei kommt. Deshalb hat die Türkei eine besondere Verantwortung und ein besonderes Interesse, weshalb wir sehr eng miteinander zusammenarbeiten.

Mit anderen Nationalitäten und Kulturen sind oft andere Religionen verbunden. Natürlich ist daher etwa die Frage von Religionsunterricht eine unserer zentralen Herausforderungen. Es ist eine größere Vielfalt als in den meisten anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, weil eben die Gründe, warum Menschen zu uns kommen, auch sehr unterschiedlich sind. Und das wiederum hängt mit der wirtschaftlichen Stärke, mit der internationalen Vernetzung in diesem Knotenpunkt zusammen, der zugleich erster Grund unseres Wohlstandes ist. Ich denke, dass das eine große Motivation für Jörg-Uwe Hahn war, die Verantwortung für diese Aufgabe in der Regierung übernehmen zu wollen.

Diese Herausforderungen werden uns auch in Schwierigkeiten führen, etwa in materielle Schwierigkeiten. In den nächsten Jahren wird die Haushaltssituation der öffentlichen Hände in Deutschland nicht einfacher, sondern schwieriger. Wir werden Verteilungsdiskussionen haben. Wir wollen sie nicht verdecken, wir wollen uns ihnen stellen. Wir wissen, dass Integration einen Stellenwert hat, der in den letzten zehn Jahren bei manchen schwierigen Entscheidungen immer dazu geführt hat, dass wir diesen Bereich besonders privilegiert und nicht den allgemeinen Finanzierungsvorgaben unterworfen haben. Wir werden auch nach wie vor Diskussionen haben über die Fragen zur rechtlichen Verfasstheit in unserer grundgesetzlichen Ordnung.

Integration findet auch in anderen Bereichen statt, etwa im kulturellen Leben, in dem wir heute nicht schleichend, sondern durchaus ja bewusst ein völlig anderes Hessen erleben als das Hessen der Sechzigerjahre, als sich kulturelle Veränderungen weitgehend in unser normales Leben eingefügt haben. Trotzdem wird es immer noch Punkte geben, die gegenseitiges Unverständnis auslösen und an denen das Wort „Toleranz“ praktisch gelebt werden muss, weil es zu nicht übereinstimmenden Interessen kommt. Diese Punkte aufzuarbeiten, ihnen nicht aus dem Weg zu gehen, das ist der Kurs, den wir in den letzten Jahren begonnen haben. In diesem Kontext bin ich dem Integrationsbeirat sehr dankbar für seine arbeitsintensive Begleitung seither.

Herausforderungen offen anzusprechen, unterschiedliche Positionen offen zu diskutieren und Kompromisse zu finden, ist wichtig. Darüber hinaus soll ermöglicht werden, dass alle an der Integrationsarbeit beteiligten Menschen und Stellen vernetzt sind und von Doppelarbeit sowie von lästigen strukturellen Debatten verschont bleiben, um die Chance zu haben, sich auf ihre wirkliche Arbeit zu konzentrieren.

All das tun wir vor einem öffentlichen Hintergrund und machen es bewusst zu einem zentralen Projekt unserer Politik. Das ist mit der Aufgabenstellung in einer Regierung verbunden. Deshalb gibt es in Hessen jetzt ein Ressort, das auch diesen Namen trägt. Deshalb ist der Stellvertretende Ministerpräsident persönlich mit einem so großen Engagement in diese Aufgabe hineingegangen. Und ich versichere Ihnen, dass alle Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts sich daran beteiligen werden, dieses Projekt weiterzuentwickeln. Dazu brauchen wir vor allem auch Ihre Hilfe und Unterstützung, Ihre Zeit, Ihre Kreativität, Ihre Konfliktbereitschaft und logischerweise deshalb auch gelegentlich Ihre Toleranz.

Alle diese Elemente werden gefragt sein in den Gesprächen, die Sie mit uns, der Regierung und allen anderen führen. Wir stehen als Gesprächspartner zur Verfügung. Wir brauchen Vereinbarungen unter Ihnen, und wir brauchen Sie als Übermittler zu den vielen, vielen in diesem Land, die an unzähligen Stellen mit dieser praktischen Arbeit betraut sind. Gerade um diese Hilfe und Unterstützung möchte ich Sie am Ende dieser Konferenz ganz herzlich bitten. Das darf nicht in den neu gebauten transparenten Hallen des Hessischen Landtags bleiben, sondern das muss in die Städte und Gemeinden, das muss in die Vereine und Verbände, das muss zu den Bürgerinnen und Bürgern, die davon betroffen sind.

Die Wege, die man dafür gehen muss, sind nicht immer einfach. Und deshalb brauchen wir umso mehr Ihre Unterstützung. Wir wollen diese Hilfe und Unterstützung von Ihnen annehmen. Ich glaube, eines dürfen wir, die in Hessen die Regierung betreiben, auch

Abschlussrede

sagen: Wir wollen Ihnen als Staat jede denkbare Hilfe geben, aber wir nehmen Ihnen auch die Illusion, dass der Staat dieses Problem lösen könnte.

Wir können Rahmenbedingungen schaffen, in denen das Vorhaben gelingt, aber den überwiegenden Teil dessen, was die Gesellschaft an Integration geben will, muss die Gesellschaft an Integration selbst übernehmen. Das ist nicht Gegenstand von Gesetzen und noch so wichtigen Beschlüssen von Parlamenten oder noch so unersetzlichen Aktivitäten von Verwaltung. Sondern wir brauchen Ihr Engagement, Dinge, die wir diskutieren, die wir beschreiben, an denen wir arbeiten können, selbst mit in die Hand zu nehmen. Das bedeutet nicht, dass wir uns bequem zurücklehnen, sondern dass wir das tun, was uns möglich ist, um Ihnen die Chance zu geben, das zu tun, was aus Ihrer Sicht notwendig ist. In diesem Sinne danke ich Ihnen allen, dass Sie heute an dieser Konferenz teilgenommen haben.

Es ist ein Startschuss. Ich hoffe, dass Sie mit der gleichen Intensität, mit dem gleichen Engagement auch an der zukünftigen Arbeit teilnehmen werden, und dass Sie es selbst als einen wertvollen Beitrag zu Ihrer Arbeit betrachten. **Herzlichen Dank.**

Schlusswort

2.8 Schlusswort

2.8.1 Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa

Mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt jetzt nur noch, vier Personen Danke zu sagen. Ich möchte Danke sagen an Frau Gußmann, sie hat uns vorhin mit ihrer Musik in diesen Saal geholt, aus dem Saal wieder herausgeholt und uns die Mittagspause versüßt. Ich möchte Dank sagen an Herrn Dr. Kindermann und an Frau Schindel, die die Hauptarbeit geleistet haben, um diese Integrationskonferenz organisatorisch vorzubereiten. Das ist Ihr Applaus. Und ich sage ganz herzlichen Dank an Andreas Horchler, der uns heute professionell durch diesen Tag geführt hat. Es ist immer gut, wenn solche Veranstaltungen nicht auch noch vom Veranstalter selbst moderiert werden, sondern wenn dies jemand mit einem breiten Erfahrungsschatz macht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank, dass Sie hier zusammengekommen sind! Ich wünsche Ihnen eine arbeitsreiche Woche, wir haben sie auch.

Vielen Dank!



Pressemitteilungen und Pressestimmen

3 Pressemitteilungen und Pressestimmen

3.1 Pressemitteilungen des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

Pressemitteilung HMdJIE

11.09.2009

Erste Hessische Integrationskonferenz „Vielfalt leben und gestalten“

Minister Jörg-Uwe Hahn hat für den 14. September 2009 zur Hessischen Integrationskonferenz eingeladen

Der hessische Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn hat 120 Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu der ersten Hessischen Integrationskonferenz am 14. September 2009 in den Hessischen Landtag eingeladen.

Anwesend sein werden Fachleute aus den Migrantenorganisationen, der Wirtschaft, der Politik, den Gewerkschaften, dem Sport, der Bildung, der Wissenschaft und den Wohlfahrtsverbänden. Neben den Kommunalen Spitzenverbänden werden sich Vertreter der Kreise und Kommunen, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, der Medien und gesellschaftlich aktive Migrantinnen und Migranten in die Konferenz am kommenden Montag einbringen.

„Integrationspolitik ist für die Hessische Landesregierung ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidenden Einfluss hat. Deshalb müssen wir alle Kräfte bündeln, um hier erfolgreich zu sein“, betonte Minister Hahn. Im Hessischen Landtag werden am 14. September 2009 Expertinnen und Experten zusammenkommen, um über die Perspektiven für die hessische Integrationspolitik zu diskutieren und um ihre Erfahrungen auszutauschen. Minister Hahn betonte: „Ich möchte von dem großen Erfahrungswissen der Anwesenden profitieren, um daraus die besten Strategien zu entwickeln.“

Im Zentrum der Hessischen Integrationskonferenz steht deshalb vor allem auch der Dialog mit den geladenen Vertreterinnen und Vertretern der genannten Institutionen. Diese Konferenz ist als ein Auftakt zu sehen, an den sich ein kontinuierlicher Dialog anschließen wird.

Mit der Hessischen Integrationskonferenz wird der Beginn eines Prozesses beschrieben, an dessen Ende das ehrgeizige Ziel steht, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, der die Notwendigkeit zur Integration als Aufgabe aller Beteiligten definiert. Infolgedessen werden zukünftig weitere Diskussionen stattfinden, die in Fachkonferenzen mit der Erarbeitung konkreter Handlungsschritte münden. Einbezogen werden in diesen Diskurs viele weitere Fachleute und Aktive der Integrationspolitik.

Auch hat die Hessische Landesregierung mit ihrem Kabinettsbeschluss vom 20. April 2009 ihren Willen unterstrichen, Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in allen Ressorts umzusetzen. „Wir streben eine Integrationspolitik aus einem Guss an“, so Hahn weiter. Aufbauend auf diesem Verständnis ist das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa Initiator der Konferenz und des anschließenden Prozesses, der maßgeblich durch die Fachressorts gestaltet werden wird.

Die gewählten Themen der Konferenz – Arbeit, Wirtschaft und Bildung – leiten sich aus den wichtigsten Handlungsschwerpunkten für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik ab. Frau Ministerin Henzler, die Herren Minister Banzer und Posch werden die Aktivitäten ihrer Ressorts und die sich daraus ableitenden Handlungsschritte darstellen. Grundlegende Voraussetzung für eine gelingende Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Nur wer mit seinen Mitmenschen kommunizieren kann, wird am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen können und eine emotionale Verbundenheit aufbauen. Deshalb haben das Hessische Kultusministerium und das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit der frühen Sprachförderung von Kindern im Kindergartenalter und in der Grundschule eine besondere Priorität eingeräumt. Die Sicherheit in Wort und Schrift ist zudem auch eine Voraussetzung für den Einstieg in eine qualifizierte Ausbildung und den späteren Beruf. Vor diesem Hintergrund ist sowohl vom Hessischen Wirtschaftsministerium als auch vom Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit ein besonderer Fokus auf die Unterstützung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelegt worden.

Der zukünftige Dialog, der für eine nachhaltige Integrationspolitik in Hessen von großer Bedeutung ist, wird auch im Logo der Hessischen Integrationskonferenz zum Ausdruck gebracht: „Vielfalt leben und gestalten“. „Das ist nicht nur mir als erstem Hessischen Integrationsminister wichtig – nur mit der Erfahrung und dem Wissen aller Akteure kann und wird Integration zukünftig gelingen“, sagte Minister Hahn. Herr Ministerpräsident Koch, der die Abschlussrede der Konferenz halten wird, ist gespannt auf einen vielseitigen und zukunftsgerichteten Diskurs zur hessischen Integrationspolitik und insbesondere auf die Vorschläge der Beteiligten, was Integrationspolitik alles erreichen kann, und die Ideen dazu, wohin sich unsere Gesellschaft bis zum Jahre 2020 entwickeln wird.

Pressemitteilung HMdJIE

14.09.2009

„Vielfalt leben und gestalten“ – das Motto der ersten Hessischen Integrationskonferenz ist Aufgabe und Ziel zugleich.

Heute fand im Hessischen Landtag in Wiesbaden die erste Hessische Integrationskonferenz unter dem Motto „Vielfalt leben und gestalten“ statt. Der **Hessische Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn** hatte rund 120 Persönlichkeiten aus verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eingeladen. Anwesend waren Fachleute aus den Migrantenorganisationen, der Wirtschaft, der Politik, den Gewerkschaften, dem Sport, der Bildung, der Wissenschaft und den Wohlfahrtsverbänden. Auch Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, der Kreise und Kommunen, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen, der Medien sowie gesellschaftlich aktive Migrantinnen und Migranten haben ebenfalls an der Konferenz teilgenommen.

„In Hessen hat es eine vergleichbare Veranstaltung zum Thema ‚Integration‘ bisher noch nicht gegeben. Deshalb bin ich stolz, dass es uns mit dieser Konferenz gelungen ist, nahezu alle wichtigen Partner zu einem Dialog zusammengebracht zu haben. Denn nur mit der Erfahrung und dem Wissen aller Akteure kann und wird Integration künftig

Pressemitteilungen und Pressestimmen

gelingen“, betonte Minister Hahn. „Integrationspolitik ist für die Hessische Landesregierung ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der auf die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidenden Einfluss hat. Deshalb müssen wir alle Kräfte bündeln, um hier erfolgreich zu sein“, sagte Hahn.

Mit der ersten Hessischen Integrationskonferenz werde der Beginn eines Prozesses beschrieben, an dessen Ende das ehrgeizige Ziel stehe, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen, der die Notwendigkeit zur Integration als Aufgabe aller Beteiligten definiere. „Zukünftig werden mit vielen Fachleuten und Aktiven der Integrationspolitik weitere Diskussionen stattfinden, die in Fachkonferenzen mit der Erarbeitung konkreter Handlungsschritte münden“, erläuterte Integrationsminister Hahn.

Die gewählten Themen der Konferenz – Arbeit und Wirtschaft sowie Bildung – leiten sich aus den wichtigsten Handlungsschwerpunkten für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik ab. Bildungsministerin Dorothea Henzler, Arbeitsminister Jürgen Banzer und Wirtschaftsminister Dieter Posch berichteten über die Aktivitäten ihrer Ressorts und die sich daraus ableitenden Handlungsschritte: „Voraussetzung für eine gelingende Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Nur wer mit seinen Mitmenschen kommunizieren kann, wird am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen und eine emotionale Verbundenheit aufbauen können“, sagte Kultusministerin Dorothea Henzler.

Deshalb hätten das Hessische Kultusministerium und das Hessische Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit der frühen Sprachförderung von Kindern im Kindergartenalter und in der Grundschule eine besondere Priorität eingeräumt. Die Sicherheit in Wort und Schrift sei zudem auch eine Voraussetzung für den Einstieg in eine qualifizierte Ausbildung und den späteren Beruf. Vor diesem Hintergrund sei sowohl vom Hessischen Wirtschaftsministerium als auch vom Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit ein besonderer Fokus auf die Unterstützung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gelegt worden.

Kultusministerin Dorothea Henzler hob weiterhin hervor, dass Bildung der Schlüssel zur Integration sei: „Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gelingende Integration ist die schulische Bildung, die allen Kindern und Jugendlichen in den Schulen unseres Landes gleichermaßen zugänglich sein muss. Wenn Schule, Eltern, alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf einer breiten Basis der Übereinstimmung dabei mithelfen, werden sich für junge Migrantinnen und Migranten neue und bessere Zukunftsperspektiven in unserem Land eröffnen.“



Der Hessische Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer betonte die Bedeutung von Möglichkeiten zur Integration in das Arbeitsleben. „Integration in Arbeit ist ein ganz wesentlicher Beitrag zum Gelingen von Integration. Eine abgeschlossene Berufsausbildung ist der Schlüssel dazu. Ohne Berufsausbildung ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, fast dreimal so hoch wie mit einem beruflichen Abschluss. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten müssen wir jeden Menschen mitnehmen. Dafür brauchen wir auch die Menschen mit Migrationshintergrund, denen wir helfen, ihre Talente zu entfalten“, erklärte Arbeitsminister Jürgen Banzer.

Dem schloss sich der Hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch an: „Die demografische Entwicklung führt bereits heute in einigen Segmenten des Arbeitsmarktes zu einem Fachkräftemangel, der sich zukünftig noch verstärken wird. Wir können es uns deshalb nicht leisten, das Potenzial an Erwerbspersonen, das bei den Personen mit Migrationshintergrund brach liegt, nicht oder nur unzureichend zu nutzen.“

„Wir brauchen uns in Hessen in Sachen Integration wahrlich nicht zu verstecken. Die Hessische Landesregierung hat schon seit dem Jahr 2000 mit der Einrichtung eines Integrationsbeirats, eines Integrationslotsen-Netzwerks und der Förderung vieler Einzelprojekte eine Reihe von Instrumenten zur Eingliederung von Migranten geschaffen“, sagte Ministerpräsident Roland Koch. „Das mit Abstand wichtigste Projekt ist jedoch die Einrichtung der schulischen und vorschulischen Kurse zur gezielten Förderung von Kindern mit sprachlichen Defiziten. Denn nur ein Kind, das die deutsche Sprache beherrscht, hat die Chance, dem Unterricht zu folgen. Und das ist die Grundlage für eine gute schulische und betriebliche Ausbildung und damit auch für ein Gelingen von Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.“ So sei schon viel getan worden. „Zugleich wissen wir aber, dass von allen Seiten noch viel zu tun ist.“ Die

heutige Veranstaltung diene in erster Linie dem Dialog: „Mit dieser Konferenz wollen wir einen kontinuierlichen Gesprächsfaden aufnehmen und dabei Themen und Probleme ansprechen, um ein friedliches Zusammenleben von Einheimischen und Migranten zu befördern“, betonte der Ministerpräsident abschließend.



Pressemitteilungen und Pressestimmen

3.2 Pressestimmen der Fraktionen im Hessischen Landtag

Hans-Christian Mick (FDP): „Einwanderer sind eine Chance für unser Land“

„Das politische Klima in Hessen hat sich gewandelt, und in unserem Bewusstsein nehmen wir Migration als Herausforderung und Chance wahr. Die Integrationskonferenz ist ein weiterer Schritt, mit dem das Integrationsministerium den Dialog und den Austausch mit Menschen mit Migrationshintergrund vorantreibt“, sagte Hans-Christian Mick, integrationspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Hartmut Honka (CDU): „Integrationskonferenz ist wichtiger Beitrag für eine erfolgreiche Integrationspolitik“ – „Lob und Anerkennung für die Hessische Landesregierung“

Als „wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Integrationspolitik“ bezeichnete der rechts- und integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Hartmut Honka, die erste Hessische Integrationskonferenz „Vielfalt leben und gestalten“. „Der Hessischen Landesregierung gebührt Lob und Anerkennung dafür, dass sie eine vielseitige und zukunftsgerichtete Diskussion zur hessischen Integrationspolitik auf den Weg bringt. Bereits seit 1999 ist Hessen Vorreiter in der bundesweiten Integrationspolitik. So wurden die Mittel in Hessen für Integrationsmaßnahmen mehr als verdreifacht. Wir haben Wort gehalten und die Integrationspolitik aus dem rot-grünen Schattendasein befreit. Integration ist deshalb für die Union eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die CDU wünscht der Konferenz viel Erfolg“, sagte Honka.

Mürvet Öztürk (Bündnis 90/DieGrünen): „Integrationskonferenz – GRÜNE: Kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsproblem“

„Es ist gut, wenn die Integration von allen Seiten beleuchtet wird, und deshalb ist diese heutige Konferenz ein guter Anfang. Allerdings hat sich auch während dieser Tagung wieder gezeigt, dass es bei der Integration kein Erkenntnis-, sondern ein Handlungsproblem gibt. Viele vorgetragene Analysen sind altbekannt und überraschen die Praktiker nicht. Wir werden alles unterstützen, was die Integration tatsächlich verbessert. Die Landesregierung muss aber konkret handeln, Symbolpolitik allein reicht nicht aus“, kommentiert die integrationspolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mürvet Öztürk, die heutige Integrationskonferenz.

„Wir müssen endlich auch die Chancen, die sich durch die hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ergeben, besser nutzen. Dies muss sowohl im wirtschaftlichen Bereich, aber auch etwa im öffentlichen Dienst geschehen. Wichtig ist immer noch, Vorurteile abzubauen, denn heute wurde deutlich, dass weiterhin viele Menschen mit Migrationshintergrund damit konfrontiert werden. Eine bessere Integration bedeutet eine bessere Zukunft für Hessen. Wir brauchen eine Teilhabechance für alle, unabhängig von ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft“, unterstreicht Mürvet Öztürk.

Gerhard Merz (SPD): „Integrationskonferenz war Start für einen Prozess mit offenem Ausgang“

Als „Startschuss für einen Prozess mit offenem Ausgang, für dessen Gelingen die Landesregierung die Verantwortung trägt“, hat der integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Merz, die heutige erste Hessische Integrationskonferenz bezeichnet.

„Die Landesregierung ist in einer Bringschuld gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Konferenz, aber natürlich noch vielmehr gegenüber den Hunderttausenden von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen. Ein überfälliger Diskussionsprozess ist begonnen worden, die Bereitschaft der vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Spektrum des gesellschaftlichen Lebens, sich gemeinsam auf den Weg zu machen, war beeindruckend und ermutigend.

Die aufgeworfenen Fragen müssen jetzt systematisiert und in Folgekonferenzen vertieft und lösungsorientiert weiter behandelt werden. Gerade dabei kann die demnächst einzusetzende Enquête-Kommission des Landtags sicher ebenfalls einen großen Beitrag leisten, der die gesellschaftliche Diskussion flankieren, aber nicht ersetzen soll. Die SPD-Landtagsfraktion ist zur konstruktiven Mitarbeit auf beiden Ebenen bereit.“

3.3 Allgemeine Pressestimme

Michael Biermann (dpa): „Hahns Integrationskonferenz schafft Aufbruchstimmung“

„Bekannte Probleme mit der Eingliederung von Zuwanderern wurden ausgebreitet und Lösungsvorschläge erörtert, die auch nicht neu sind. Dennoch vermittelte die Konferenz Aufbruchstimmung. Der prominente Raum, die Gästeliste mit vielen ausländisch klingenden Namen und die Anwesenheit etlicher Minister zeigten, dass die Landesregierung dem Thema eine neue Bedeutung beimisst.“



Kleine Fotodokumentation

4. Kleine Fotodokumentation



Gästeliste

5 Liste der geladenen Gäste

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
1.	Herr	Al-Wazir	Tarek	MdL; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
2.	Frau	Altuntas	Nurgül	Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule, Wiesbaden
3.	Herr	Akemlek	Erdal	Türkischer Elternverein Hochtaunus e. V.
4.	Herr	Arifi	Arif	Chip One Exchange
5.	Herr	Arslaner	Arif	KUBI e. V., Frankfurt
6.	Herr	Backhaus	Diedrich	Hessischer Städte- und Gemeindebund
7.	Herr	Banzer	Jürgen	Hessischer Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit
8.	Herr	Basaran	Orcun	Türkisches Generalkonsulat
9.	Herr	Bayam	Hulisi	Bayam Consulting & Communication GmbH Ffm.
10.	Herr	Becker	Robert	Hessischer Landkreistag
11.	Herr	Bellino	Holger	MdL; CDU-Fraktion
12.	Herr	Betz	Jürgen	Hessischer Rundfunk
13.	Herr	Bhatti	Irfan Ahmed	Mitglied Jugendbeirat der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen, Hertie-Start-Stipendiat
14.	Herr	Dr. Bilgin	Yasar	Türkisch-Deutsche Gesundheitsstiftung, Gießen
15.	Frau	Boduroglu	Sevda	Dogan Media Group International GmbH
16.	Herr	Bothner	Jürgen	ver.di Hessen
17.	Herr	Bouffier	Volker	Hessischer Minister des Innern und für Sport
18.	Herr	Dr. Brandau	Robert	Arbeitsstelle Migration der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck
19.	Frau	Bychowski	Ute	Frankfurter Verband für Alten- und Behindertenhilfe
20.	Frau	Cakir	Naime	Interreligiöser Dialog Kompetenzzentrum Muslimischer Frauen
21.	Herr	Cakir	Sedat	Kreis Groß-Gerau
22.	Frau	Cárdenas	Barbara	MdL; Fraktion Die Linke

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
23.	Frau	Dr. Cezairli	Ezhar	Türkisch-Deutscher Klub
24.	Frau	Ciftci	Ümmühan	Medizinstudentin, ehem. Hertie-Start-Stipendiatin
25.	Herr	Cornel	Stefan	Landesjugendfeuerwehr Hessen
26.	Frau	Dejak	Lilia	Deutsche Jugend aus Russland e. V.
27.	Herr	Dette	Wolfram	Oberbürgermeister Wetzlar
28.	Herr	Di Benedetto	Corrado	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
29.	Herr	Dr. Dieter	Jürgen	Hessischer Städtetag
30.	Frau	Drux	Joselene	Imbradiva
31.	Frau	Dr. Eskandari-Grünberg	Nargess	Stadt Frankfurt, Integrationsdezernentin
32.	Frau	Ewert	Susanne	Hessischer Landtag
33.	Herr	Fischbach	Stefan	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft
34.	Herr	Dr. Fishedick	Walter	Kommissariat der katholischen Bischöfe im Lande Hessen
35.	Frau	Foraci	Ulrike	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
36.	Herr	Forell	Wolfgang	Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen
37.	Herr	Frangoulis	Angelos	Deutsch-Hellenische Wirtschaftsvereinigung Sektion Frankfurt
38.	Frau	Geis	Kerstin	Landeselternbeirat
39.	Herr	Dr. Gern	Wolfgang	Diakonisches Werk Hessen und Nassau
40.	Frau	Ghafury	Shaima	Bürgerinitiative für soziale Fragen (BSF) e. V.
41.	Herr	Dr. Ghawami	Kambiz	World University Service
42.	Herr	Grimme	Herbert	Deutscher Lehrerverband
43.	Herr	Gringel	Heinrich	Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern

Gästeliste

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
44.	Frau	Güler	Aysegül	WIF – Internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungszentrum
45.	Frau	Habermann	Heike	MdL; SPD-Fraktion
46.	Herr	Hahn	Jörg-Uwe	Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa
47.	Herr	Haid	Stefan	Hessischer Jugendring
48.	Frau	Henzler	Dorothea	Hessische Kultusministerin
49.	Herr	Herold	Alfred	Bund der Vertriebenen, Landesverbund Hessen
50.	Herr	Dr. Hilligardt	Jan	Hessischer Landkreistag
51.	Herr	Hocke	Rolf	Landessportverbund Hessen
52.	Herr	Horchler	Andreas	Hessischer Rundfunk
53.	Frau	Huth	Susanne	INBAS Sozialforschung GmbH Frankfurt
54.	Herr	Hüber	Manfred	Bund der Vertriebenen, Landesverband Hessen
55.	Herr	Inoglu	Hakan	Deutsch-Türkischer Gewerbebund Rheinhessen
56.	Frau	Jansen	Mechtild M.	Landeszentrale für politische Bildung
57.	Frau	Jäger	Claudia	Kreis Offenbach, Erste Kreisabgeordnete
58.	Herr	Dr. Graf von Kalnein	Albrecht	Herbert-Quandt-Stiftung
59.	Herr	Dr. Kaehlbrandt	Roland	Stiftung Polytechnische Gesellschaft
60.	Herr	Karabörklü	Atila	Türkische Gemeinde Rhein-Main e. V.
61.	Frau	Karaca	Nuray	„Crossing the bridge“ Leibniz-Schule, Wiesbaden
62.	Herr	Kartmann	Norbert	Präsident des Hessischen Landtags
63.	Herr	Kellermann	Dieter	Amtsanzwaltschaft Frankfurt
64.	Frau	Keskinler	Gül	Projekt „start“, Landessportbund Hessen
65.	Herr	Khosrovafian	Koryoun	Leiter der Lernwerkstatt Offenbach

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
66.	Herr	Koch	Roland	Hessischer Ministerpräsident
67.	Herr	Köksal	Gürsel	Dogan Media Group GmbH
68.	Herr	Dr. Kriszeleit	Rudolf	Staatssekretär des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa
69.	Herr	Dr. von Knoblauch zu Hatzbach	Gottfried	Landesärztekammer Hessen
70.	Herr	Kubilay	Kenan	Ihlas Mediengruppe
71.	Herr	Kummer	Christoph	LAG Soziale Brennpunkte
72.	Herr	Kühn	Karl Werner	IG-Metall Hessen
73.	Herr	Kurt	Fuat	Landesverband DITIB
74.	Herr	Körzell	Stefan	DGB Hessen-Thüringen
75.	Herr	Prof. Dr. Latasch	Leo	Jüdische Gemeinde Frankfurt
76.	Frau	Dr. Latorre	Patricia	Stadt Darmstadt, Interkulturelles Büro der Stadt Darmstadt
77.	Herr	Latrovalis	Stefanos	Deutsch-Hellenische Wirtschaftsvereinigung Sektion Frankfurt
78.	Frau	Lee	Ingrid	Terre des femmes – Marburg
79.	Herr	Prof. Dr. Leonhard	Joachim-Felix	von Behring-Röntgen-Stiftung
80.	Herr	Lipsch	Andreas	Diakonisches Werk Hessen und Nassau
81.	Herr	Dr. Löffler	Roland	Herbert-Quandt-Stiftung
82.	Herr	Marincola	Franco	CGIL-Bildungswerk e. V. Centro di Cultura e Formazione
83.	Herr	Merz	Gerhard	MdL; SPD-Fraktion
84.	Herr	Mick	Hans-Christian	MdL; FDP-Fraktion

Gästeliste

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
85.	Herr	Dr. Möglich	Heinz	AWO Hessen Süd
86.	Herr	Dr. Müller	Mathias	IHK Hessen
87.	Herr	Dr. Müsse	Wolfgang	Hochtaunuskreis, Erster Kreisbeigeordneter
88.	Frau	Niesner	Elvira	FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht, Frankfurt
89.	Frau	Novelli Glaab	Liana	Coordinamento Donne Italiane di Francoforte
90.	Frau	Ornth-Sümenicht	Gudrun	DRK-Landesverband Hessen e. V.
91.	Herr	Van Ooyen	Willy	MdL; Fraktion Die Linke
92.	Herr	Dr. Önen	Kenan	START-Stiftung
93.	Herr	Prof. Dr. Özsoy	Ömer	Stiftungsprofessur Islamische Religion, Frankfurt
94.	Frau	Öztürk	Mürvet	MdL; Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
95.	Frau	Pinar	Elif	Alevitische Gemeinde Frankfurt
96.	Herr	Posch	Dieter	Hessischer Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
97.	Frau	Gräfin Praschma	Ursula	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
98.	Frau	Qani	Nadia	AHP Ambulanter häuslicher Pflegedienst
99.	Herr	Rafoud	Abdelkader	Deutsch-Marokkanische Kulturgemeinschaft DMK Offenbach e. V.
100.	Herr	Reuther	Jürgen	Integrationsreferent Deutsche Jugend in Europa LV Hessen
101.	Frau	Sabandar	Jetty	Gesamtschule Mathildenschule und Geschwister-Scholl-Schule in Darmstadt
102.	Herr	Salman	Ramazan	Ethno-Medizinisches Zentrum, Hannover
103.	Frau	Santos	Patricia	Imbradiva; Organisation für Brasilianische Frauen Frankfurt
104.	Herr	Sauerborn	Jochen	UBS Deutschland, UBS-Stiftung

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
105.	Herr	Saygili	Ilhan	Türkisches Generalkonsulat
106.	Frau	Schalk	Maria-Theresia	Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Hessen
107.	Herr	Scheller	Werner	Türkisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer e. V.
108.	Herr	Dr. Scherer	Werner	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V., Frankfurt
109.	Frau	Schlebusch	Martina	Caritasverband für die Diözese Limburg e. V.
110.	Herr	Schneider	Thorsten	Sportjugend Hessen
111.	Herr	Songün	Erhan	Türkische Gemeinde in Deutschland, Frankfurt
112.	Frau	Stanimirov	Katica	Landesverband GEW
113.	Frau	Stöcker-Zafari	Hiltrud	Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Frankfurt
114.	Frau	Süß	Sabine	Schader-Stiftung, Darmstadt
115.	Herr	Victor-Rodriguez	Omar Antonio	Deutsch-Lateinamerikanischer Kulturverein L'Arana e. V.
116.	Frau	Vucelic	Svetlana	Evangelisches Zentrum für Beratung und Therapie
117.	Frau	Vuckovic	Vida	Zentralrat der Serben, Landesverband Hessen
118.	Herr	Vincenzo	Saverio	Internationaler Presstreff Corriere d'Italia
119.	Frau	Walter	Rosina	Beramí Berufliche Integration e. V., Frankfurt
120.	Frau	Walther	Claudia	Bertelsmann-Stiftung
121.	Frau	Wangare Greiner	Virginia	Maisha-Frankfurt e. V.
122.	Frau	Weber	Bärbel	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft
123.	Herr	Weigel	Hans-Georg	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Frankfurt
124.	Herr	Weist	Reinhold	Stadt Kassel

Gästeliste

Zahl	Anrede	Name	Vorname	Organisation
125.	Herr	Wenz	Achim	HLKA-Landesmigrationsbeauftragter der hessischen Polizei
126.	Herr	Dr. Wittmeier	Manfred	Hessischer Jugendring
127.	Frau	Zeimetz	Birgit	Integrationsdezernentin der Stadt Wiesbaden
128.	Frau	Ziegler-Raschdorf	Margarete	Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler
129.	Herr	Ziliaskopoulos	Athenagoras	Archimandrit des Ökumenischen Patriarchats

6 Impressum

Herausgeber:

Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa,
Abteilung Integration
Luisenstraße 13
65185 Wiesbaden
Mail: poststelle@hmdj.hessen.de
www.hmdj.hessen.de
www.integrationskompass.de

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Frau Sandra Kranz, Referentin für Öffentlichkeit
Tel.: 06 11-32 2706

Redaktion:

Wiebke Schindel, Tel.: 06 11-32 2014
Heike Würfel, Tel.: 06 11-32 2015

Fotos:

Hermann Heibel

Gestaltung:

Studio R. Zerzawy AGD,
Burgstr.1, 65329 Hohenstein,
Mail: studio@r-zerzawy.de

Druck:

Druckerei JVA Darmstadt, Fritz-Bauer-Haus
Marienburgstr. 74, 64297 Darmstadt
Mail: serviceabteilung@jvadamstadt.justiz.hessen.de

September 2010